

# Lagebild Islamismus

Stand: Januar 2024





# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	6
Aktuelle Lage - Kernbotschaften.....	6
Aufgaben der Sicherheitsbehörde .....	8
GTAZ NRW und GTAZ Bund .....	8
Varianten des Islamismus.....	9
Begriffsdefinition des polizeilichen Staatsschutzes .....	11
<b>Strukturen des nicht-salafistischen Islamismus</b> .....	12
Kernbotschaften.....	12
Hizb Allah.....	12
Hizb ut-Tahrir (HuT).....	14
Muslimbruderschaft (MB) und HAMAS .....	15
Trends und Prognosen.....	17
<b>Strukturen des extremistischen Salafismus</b> .....	18
Kernbotschaften.....	18
Daten, Zahlen und lokale Schwerpunkte.....	18
Missionierungsaktivitäten und Onlinepropaganda .....	20
Salafismus als Lifestyle.....	23
Gefangenenhilfe.....	27
Hilfsorganisationen.....	29
Trends und Prognosen.....	30
<b>Strukturen der jihadistischen Szene</b> .....	31
Kernbotschaften.....	31
Jihadistische Anschlagsvorhaben und Anschläge in Nordrhein-Westfalen ab 2020 .....	32
Jihadistische Mobilisierung.....	33
Jihadismus im Internet.....	35

Jihadistisch motivierte Täter.....	35
Gefährder und Relevante Personen.....	37
Gewaltorientierte Salafisten.....	37
Jihadistische Einflusszonen als Ausreiseziel.....	38
Trends und Prognosen.....	40
<b>Antisemitismus im Islamismus</b> .....	41
Kernbotschaften.....	41
Definition des Begriffs Antisemitismus .....	41
Themen und Erscheinungsformen des Antisemitismus .....	42
Aufklärung und Sensibilisierung.....	44
<b>Reaktionen des islamistischen Spektrums auf die Terrorangriffe der Hamas am 7. Oktober 2023</b> .....	45
Hintergrund.....	45
Phänomenübergreifende Reaktionen.....	45
Reaktionen der verschiedenen islamistischen Strömungen.....	46
<b>Prävention und Aussteigerprogramm</b> .....	51
Kernbotschaften.....	51
Primärprävention durch den Verfassungsschutz.....	52
Sekundäre Prävention - Wegweiser .....	53
Teritiäre Prävention - Aussteigerprogramm.....	54
Polizeiliche Präventionsmaßnahmen.....	55
Weitere Projekte .....	56
<b>Trends und Prognosen</b> .....	58
<b>Zeitleiste Relevante Ereignisse im Islamismus mit Nordrhein-Westfalen-Bezug ab 2020</b> .....	60

## Einleitung

Eine klare Abgrenzung zwischen dem Islam als Religion und Islamismus als extremistischer Ideologie ist für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen wesentlich. Glaube und religiöse Praxis der Muslime sind durch das in Art. 4 Grundgesetz normierte Recht auf Religionsfreiheit geschützt. Der Islam ist eine Religion, deren Ausübung durch den Verfassungsschutz nicht beobachtet wird. Islamismus dagegen ist eine Sammel-

bezeichnung für alle politischen Auffassungen und Handlungen, die aus dem Islam einen hegemonialen politischen Anspruch und eine religiös legitimierte Gesellschafts- und Staatsordnung ableiten und die auf eine teilweise oder vollständige Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen. Islamismus ist demnach eine extremistisch-politische Ideologie. Islamistische Bestrebungen werden durch den Verfassungsschutz gemäß seinem gesetzlichen Auftrag beobachtet.

## Aktuelle Lage - Kernbotschaften

- » So sehr sich die islamistischen Strömungen unterscheiden – eine aggressive Ablehnung des Staates Israel teilen sämtliche Akteure und Organisationen aus dem Phänomenbereich Islamismus. Damit einher geht immer auch eine antisemitische Grundhaltung, die von subtiler Ablehnung bis hin zur offen propagierten Bekämpfung von Jüdinnen und Juden reicht. Nicht nur Jihadisten beziehungsweise militante Islamisten, auch legalistische Islamisten befürworten oder relativieren zumeist Gewalt gegen Israel. Gemessen daran fallen die Reaktionen auf die terroristischen Angriffe der HAMAS am 7. Oktober 2023 aus dem islamistischen Spektrum in Nordrhein-Westfalen bisher verhalten aus. Zwar löst die aktuelle Lage in Nahost auf der individuellen Ebene eine teils hohe Emotionalisierung aus, im Rahmen derer zur Solidarität mit Palästina aufgerufen und die Angriffe der HAMAS relativiert werden. Dabei sind jedoch wenige offene Sympathiebekundungen für die HAMAS erkennbar.
- » Das Geschehen im Ausland hat konkrete Auswirkungen auf die Entwicklung des Islamismus in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen. Die aktuelle Konfliktlage im Nahen Osten bietet Ansätze für eine Instrumentalisierung durch Islamisten und ermöglicht diesen, weit über ihr Kernklientel hinaus bis in die Mitte der Gesellschaft hinein um Anschluss und Solidarität zu werben. Hierbei kann es zu einer Entgrenzung zwischen extremistischen und nicht-extremistischen Gesellschaftsspektren kommen, auf die Islamisten bewusst hinwirken.
- » Die Bundesrepublik Deutschland, einschließlich Nordrhein-Westfalen, steht weiterhin im Fokus jihadistischer Akteure. Der extremistische Salafismus, insbesondere der Jihadismus, stellt eine fortdauernde Herausforderung für die Sicherheitsbehörden und die Gesellschaft dar und ist nach wie vor ein Nährboden für terroristische Gewalt. Es besteht weiterhin eine sehr hohe abstrakte Gefahr für terroristische Anschläge durch islamistisch motivierte Extremisten.
- » Trotz unterschiedlicher Bewertungen der HAMAS im jihadistischen Spektrum: Jihadisten verneinen das Existenzrecht Israels, propagieren auch in diesem Kontext den bewaffneten Jihad und heißen jedwede Gewaltanwendung gegen den Staat Israel und Menschen jüdischen Glaubens außerhalb Israels gut. Es besteht aktuell zudem die Gefahr, dass das Konfliktgeschehen in Nahost Radikalisierungsdynamiken bei Einzelpersonen auslöst und zu Übersprunghandlungen in Form von jihadistisch motivierten Anschlagplanungen und -handlungen führen kann.
- » Auch anderweitig emotionalisierende Ereignisse mit Bezug zum Islam oder Muslimen, wie die Veröffentlichung von Prophetenkarikaturen oder Koranschändungen, bergen ein hohes Mobilisierungspotenzial für radikalisierte Einzelpersonen oder (Kleinst-) Gruppen.

- » Zwar ist der sogenannte Islamische Staat (IS) weiterhin weltweit aktiv, allerdings verfügt die Gruppierung nicht mehr über ein größeres quasi-staatliches Gebiet, das für Ausreisewillige attraktiv wäre. Dies gilt sowohl für den Islamischen Staat Provinz Khorasan (ISPK) als auch für den Islamischen Staat in der Provinz Westafrika (ISWAP), die aktuell beide keine beachtliche Sogwirkung auf jihadistisch motivierte Personen aus dem Ausland entfalten. Der überwiegende Fokus transnationaler jihadistischer Gruppierungen, seien sie al-Qaida-nah oder IS-nah, liegt damit momentan weiterhin auf der Anstiftung von Einzeltätern und (Kleinst-)Gruppen zur Begehung von Anschlägen mit einfachen bzw. leicht verfügbaren Tatmitteln.
- » Darüber hinaus gibt es jedoch Anzeichen dafür, dass vor allem der ISPK auch komplexe, koordinierte Terrorangriffe in Europa plant.
- » Der extremistische Salafismus ist eine attraktive Ideologie für Jugendliche, junge Erwachsene und dabei insbesondere für Personen aus schwierigen persönlichen Verhältnissen. Eindeutigkeitsangebote, die aus einer komplexen, unsicheren und vielfältigen Lebenswelt ein simples und berechenbares Bild konstruieren, aus dem sich einfache Handlungsanweisungen ableiten lassen, sind vor allem für diejenigen Jugendlichen attraktiv, die sich von Pluralismus und Wahlmöglichkeiten überfordert fühlen.
- » Beeinflusst durch Online-Propaganda und populäre extremistische Prediger haben sich der Salafismus und salafistische Versatzstücke als Gegenkultur mit Lifestyle-Charakter etablieren können. Da extremistische Inhalte online leicht zugänglich sind und in Form von extremistisch-salafistischen Versatzstücken durch Jugendliche und junge Erwachsene auch in einen nicht konsequent religiös ausgerichteten Alltag integriert werden können, findet der Zugang zum extremistischen Salafismus zunehmend niedrigschwellig statt.
- » Ein überwiegend sehr junges Publikum wird dadurch angesprochen, dass extremistische Salafisten sich im Auftreten an populären Influencern orientieren: Anstelle anspruchsvoller theologischer Diskurse treten schlichte lebensnahe Themen mit salafistischen Positionen, die in einfacher, umgangssprachlicher Weise kommuniziert und durch ein betont lockeres Auftreten, das häufig von Vorbildern aus Gangster-Rap, Kampfsport und kriminellem Milieu beeinflusst ist, vermittelt werden.
- » Der aktuelle Nahost-Konflikt wird auch durch extremistische Prediger thematisiert, die hiermit ein noch größeres Publikum erreichen können, wobei strafrechtlich relevante Äußerungen durch in Nordrhein-Westfalen aufhältige Akteure im öffentlichen Raum bewusst vermieden werden.
- » Informationsstände, über die extremistisch-salafistische Ideologie verbreitet wird („Street-Da'wa“), Plakataktionen, Verteilung von Flugblättern mit religiös-moralisierenden Inhalten sowie Pilgerreisen, die von extremistischen Predigern durchgeführt werden, unterstreichen, dass sich der Trend eines Rückgangs von extremistischen Missionierungsaktivitäten, der durch das Verbotungsverfahren der Koranverteilung LIES!/DWR (Die Wahre Religion) und die COVID-19-Pandemie bedingt war, wieder umgekehrt hat.
- » Geographische Schwerpunkte des islamistischen Spektrums in Nordrhein-Westfalen sind vor allem die urbanen Gebiete in und um Bonn, Köln, Düren, Aachen, Wuppertal, Düsseldorf, Mönchengladbach, das Ruhrgebiet mit den Ballungsräumen um Dortmund, Essen und Duisburg sowie Ostwestfalen-Lippe.

## Aufgaben der Sicherheitsbehörden

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie dem Bestand und der Sicherheit des Bundes und der Länder. Seine Aufgaben bestehen darin, extremistische – das heißt verfassungsfeindliche – Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen und das friedliche Zusammenleben, oder die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, zu erkennen und aufzuklären. Dies wird ergänzt durch die Beobachtung sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Vor diesem Hintergrund agiert der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen im Verbund mit den Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), das eine koordinierende Zentralstellenfunktion einnimmt.

Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen für die freiheitliche demokratische Grundordnung tätig zu werden. Als Frühwarnsystem der Demokratie beginnt sein gesetzlicher Beobachtungsauftrag bereits, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den

Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen. Er informiert Öffentlichkeit und Politik sowie Behörden. Durch seine Tätigkeit trägt er dazu bei, den für Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zuständigen sowie weiteren Behörden Maßnahmen zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu ermöglichen. Damit Bevölkerung, Politik und Medien Anzeichen für Extremismus frühzeitig erkennen können, leistet er intensive Aufklärungsarbeit. Im Sinne eines aktiven Frühwarnsystems wirkt der Verfassungsschutz bei behördlichen Verfahren, wie u.a. Verbotsverfahren nach dem Vereins- oder Parteien gesetz und Zuverlässigkeitsprüfungen nach dem Waffenrecht, mit.

Der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Abwehr von Gefahren und die Verfolgung von Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität erfordern einen proaktiven, vertrauensvollen und gegenseitigen Informationsaustausch sowie die Bündelung und Analyse der bei den Sicherheitsbehörden verfügbaren Informationen. Dies erfolgt immer unter Beachtung des Trennungsgebots. Die Aufgabe der Polizei und insbesondere des Polizeilichen Staatsschutzes umfasst hierbei die Gefahrenabwehr, die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten sowie die Verfolgung von Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität und des islamistischen Terrorismus.

## GTAZ NRW und GTAZ Bund

Um eine intensive und zielorientierte Zusammenarbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie weiterer öffentlicher Stellen zu gewährleisten, wurden im Bund wie auch in den Ländern Kooperations- und Kommunikationsplattformen eingerichtet, in denen regelmäßige Abstimmungen und Fallbesprechungen zu besonderen Sachverhalten stattfinden. Hierbei spielen das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)“ im Land Nordrhein-Westfalen und das GTAZ Bund beim Bundeskriminalamt in Berlin eine wichtige Rolle.

Das GTAZ Bund bündelt die Fachkompetenz aller relevanten Akteure und ermöglicht eine effektive Zusammenarbeit der beteiligten Behörden aus Bund und Ländern ohne Schaffung weiterer Schnittstellen unter Einhaltung des Trennungsgebots zwischen Polizei und Nachrichtendiensten.

Das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Nordrhein-Westfalen“ (GTAZ NRW) des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) gewährleistet und optimiert den landesweiten Informationsaustausch zum Personenpotenzial im Bereich des Islamistischen Terrorismus durch die Koordination und Organisation von Fallkonferenzen und turnusmäßigen Besprechungen.

Ein weiteres Aufgabengebiet des GTAZ NRW ist die Pflege und der Ausbau der internationalen Zusammenarbeit. Damit wird auch auf internationaler Ebene ein reibungsloser Informationsaustausch etabliert. Die Landesvertretungen im GTAZ Bund sind seitens der Polizei im GTAZ NRW und seitens des Verfassungsschutzes in den Referaten zur Bekämpfung von Islamismus und islamistischem Terrorismus angegliedert. Sie bilden das Bindeglied zwischen Bund (BKA und BfV) und Land (LKA NRW und LfV NRW).



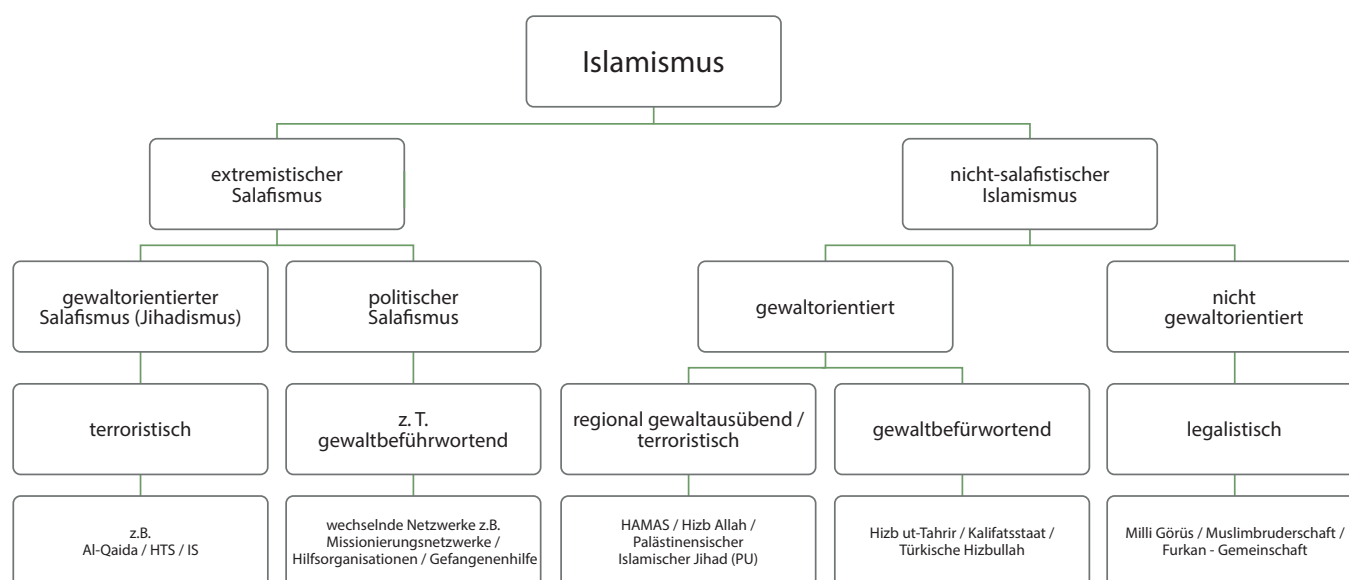
## Varianten des Islamismus

Der Verfassungsschutzverbund hat sich auf eine gemeinsame Definition von Kategorien verständigt, durch welche die Unterschiede der Bestrebungen im Phänomenbereich Islamismus einfach und verständ-

lich anhand ihrer ideologischen Merkmale sowie ihrer Handlungsweisen beschrieben werden können. Diese gemeinsame Definition der Kategorien zeigt folgendes Schaubild:

ABBILDUNG 1

**Kategorien von Islamismus,  
 die im Verfassungsschutz verwendet werden**



Die Bezeichnung Salafismus – abgeleitet vom arabischen Terminus „al-salaf al-salih“ („die frommen Alvorderen“) – stellt eine religiös-fundamentalistische Strömung innerhalb des sunnitischen Islam dar. Wenn diese Weltanschauung mit einem politischen Herrschaftsanspruch verbunden wird, entsteht eine extremistische Ideologie. Anhänger dieser Ideologie berufen sich auf den Wortlaut des Koran und die Überlieferungen des Propheten Muhammad (sunna) als verpflichtenden Maßstab für die Ausrichtung des Lebens und nehmen dabei keine oder nur geringfügige Rücksicht auf sich wandelnde sozio-politische Umstände. Abweichungen von dieser fundamentalistischen Weltansicht und moderne, progressive Islamverständnisse gelten als „unislamische Neuerungen“ (bid'a), die zum „Unglauben“ (kufr) führen. Aus der salafistischen Perspektive werden damit nicht nur Nicht-Muslime, sondern beispielsweise auch muslimische Mystiker (Sufis) und Schiiten als Ungläubige beziehungsweise Ketzler betrachtet.

Seitens der Verfassungsschutzbehörden wird Salafismus, also ein religiös-fundamentalistisches Islamverständnis, dann als extremistisch bewertet, wenn dieses auf die Beseitigung von Werten und Normen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielt und eine solche Bestrebung die Errichtung einer in ihren Augen „islamischen Herrschaft“ anstrebt, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar ist. Wird dieses Ziel von extremistischen Organisationen oder Einzelpersonen mit Gewalt verfolgt und zur Umsetzung des Jihad im Sinne eines bewaffneten Kampfes propagiert, spricht man von Jihadismus beziehungsweise einer jihadistischen Bestrebung. Jihadistische Bestrebungen werden nicht nur vom Verfassungsschutz beobachtet, weil von ihnen eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft ausgeht, sondern unterfallen, sobald eine konkrete Gefahr erkennbar wird, der Gefahrenabwehr durch den polizeilichen Staatsschutz.

Der extremistische Salafismus teilt sich ideologisch in eine politische und eine gewaltorientierte beziehungsweise jihadistische Strömung auf. Beide Strömungen haben ein verfassungsfeindliches Islamverständnis und streben auf kurze oder lange Sicht die Errichtung eines „islamischen“ Staatesystems nach dem Vorbild der frühislamischen Gesellschaftsordnung an. Die Hauptaktivität politischer Salafisten besteht in der Missionierungsarbeit, dem Gewinnen neuer Anhänger und der Verbreitung eines extremistischen Islamverständnisses. Gewalt wird zur Umsetzung ihrer Ziele in Deutschland nicht eingesetzt. Häufig aber lehnen politische Salafisten Gewalt islamistischer Terrororganisationen auch nicht eindeutig ab, sondern relativieren und legitimieren diese als „Verteidigung“ oder „Gegenwehr“.

Gewaltorientierte Salafisten können auch als Jihadisten bezeichnet werden, da sie den Jihad als militärischen Kampf in den Mittelpunkt ihrer religiös-ideologischen Vorstellungen stellen. Anhänger des jihadistischen Salafismus sind darüber hinaus aber auch gewillt, ihre Gesellschafts- und Staatsvorstellungen unmittelbar mit Waffengewalt umzusetzen.

Der Übergang zwischen dem politischen und jihadistischen Salafismus ist fließend, eine ganzheitliche Betrachtung und Bearbeitung daher notwendig.

Der nicht-salafistische Islamismus lässt sich ebenfalls in eine gewaltorientierte und nicht-gewaltorientierte Strömung differenzieren. Die gewaltorientierte Variante umfasst Gruppierungen, die Gewalt – insbesondere gegen Israel gerichtet – bislang nur verbal befürworten (gewaltbefürwortend) und solche, die – meist regional begrenzt – tatsächlich Gewalt einsetzen (regional gewaltausübend/terroristisch). Daneben gibt es legalistische Islamisten, die nicht (unmittelbar) gewaltorientiert sind. Sie agieren im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung, hängen aber einer islamistischen Ideologie an. Sie unterstützen einerseits ihre Mutterorganisationen im

Ausland und streben andererseits als „Vertreter des Islams“ gesellschaftlichen und politischen Einfluss in Deutschland an. Hier ist es besonders wichtig, zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden. Denn einer islamistischen Bestrebung den von ihr angestrebten Einfluss einzuräumen, würde bedeuten, ihr die Definitionsmacht über den Islam in Deutschland zu übertragen. Dadurch würde ein Teil der Muslime durch ein extremistisches Islamverständnis beeinflusst beziehungsweise an diesem ausgerichtet, was nicht nur die Akzeptanz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einschränken, sondern langfristig den inneren Frieden in Staat und Gesamtgesellschaft gefährden würde.

Der Schwerpunkt des politischen und öffentlichen Interesses lag jedoch in den vergangenen Jahren aufgrund des von ihm ausgehenden hohen Gefahrenpotenzials auf Bestrebungen im Bereich des transnationalen Jihadismus, zu dem Terrororganisationen wie al-Qaida (AQ) und der sogenannte Islamische Staat (IS) gezählt werden. Diese Terrororganisationen sowie ihre Anhänger und Sympathisanten hängen der Ideologie des gewaltbereiten extremistischen Salafismus an, so dass von ihnen Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen, die sich in schweren Straftaten manifestieren können. Der Verfassungsschutz beobachtet entsprechende Gruppierungen und Einzelpersonen, der polizeiliche Staatsschutz wird gefahrenabwehrend und strafverfolgend tätig.

Vor dem Hintergrund der noch immer anhaltend hohen Bedrohung aus diesem Spektrum kommt der Abwehr von konkreten Gefahren, insbesondere der Unterbindung von Anschlagsvorbereitungen und der Verhinderung von Anschlägen neben einer konsequenten Strafverfolgung eine entscheidende Bedeutung zu.

## Begriffsdefinitionen des polizeilichen Staatsschutzes

Die für den polizeilichen Staatsschutz Nordrhein-Westfalen im Phänomenbereich Islamismus erarbeiteten Definitionen bilden einen Kernkonsens ab und sind auf die zentralen Aufgaben der Polizei im Sinne von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zugeschnitten. Zugleich orientieren sie sich aber am Stand der Wissenschaft und an sicherheitsbehördlichen Ausarbeitungen auf Bundes- und Länderebene. Die Definitionen beschreiben alle wesentlichen im Staatsschutz bearbeiteten islamistischen Phänomene. Fokus der Definitionen ist die Handlungsebene islamistischer Akteure und Gruppierungen, da diese für den Bereich der Strafverfolgungsbehörden entscheidend ist.

Islamismus ist der Oberbegriff für alle im Folgenden benannten Phänomene. Aus islamistischer Perspektive ist der Islam eine gesellschaftliche und politische Herrschaftsideologie mit hegemonialem Anspruch. Für Islamisten hat der Islam keine rein private, sondern eine dezidiert politische Dimension. Diese ist es auch, die für die Arbeit der Sicherheitsbehörden relevant ist, zumal sich der Islamismus aggressiv gegen die Werte und Normen der liberalen Demokratie wendet.

Islamistischer Terrorismus bezeichnet Akteure und Organisationen, die Gewalt anwenden, um religiös begründete extremistische Zielvorstellungen zu erreichen. Sie richten sich dabei in aggressiv-kämpferischer Form gegen universelle Menschenrechte, internationale Konventionen und demokratische Normen.

Zum islamistischen Terrorismus zählt der transnationale Jihadismus, der die gesamte Staatengemeinschaft auf internationaler Ebene zur „Kampfzone“ erhebt, auf weltweite Herrschaft abzielt und gezielt Anschläge gegen die Zivilbevölkerung durchführt. Der Jihadismus mit lokaler Agenda ist in Teilen – das heißt im Falle einzelner Organisationen – als terroristisch zu bewerten. Er unterscheidet sich vom transnationalen Jihadismus darin, dass sich seine bewaffnete Aktivität nur gegen staatliche und gegebenenfalls zivilgesellschaftliche Strukturen in einem spezifischen geographischen Bereich in der islamischen Welt richtet.

Legalistische Islamisten bedienen sich hingegen im Wesentlichen gesellschaftspolitischer Mittel (Aufbau von Netzwerkstrukturen, Teilnahme an Wahlen), um auf die Abschaffung „unislamischer“ Herrschaftsformen, darunter der liberalen Demokratie, sowie eine langfristig angelegte Islamisierung von Gesellschaft und Staat hinzuwirken.

Der Salafismus ist eine besonders fundamentalistische, pietistische und puristische Variante des Islamismus. Salafisten richten ihre gesamte Lebenspraxis und ihre dogmatischen Ansichten an einer idealisierten Anfangszeit des Islam aus und wirken gegen jegliche aus ihrer Sicht damit unvereinbaren Werte, Normen und politischen Systeme, darunter die liberale Demokratie.

Islamistisch-terroristisch motivierte Akteure setzen Gewalt ein oder unterstützen diese ausdrücklich in der Absicht, religiös begründete extremistische Ziele mit gesellschaftspolitischen Implikationen zu erreichen, darunter die Tötung von „Ungläubigen“ oder die Ausübung von „Rache“ gegen westliche Staaten und Bürger. Sie verfügen häufig nur über geringes religiöses Wissen und befolgen zumeist keinen ausschließlich religiösen Lebenswandel, insbesondere dann, wenn sie kriminell aktiv sind und/oder Betäubungsmittel konsumieren.

Die vorangehend aufgeführten Definitionen dienen dazu, Polizei und Verfassungsschutz die Einordnung und Bewertung von beobachteten islamistischen Bestrebungen in der Bearbeitung und Darstellung zu erleichtern. Die Kategorien helfen dabei, die von islamistischen Gruppierungen und Einzelakteuren ausgehende Gefahr zu bestimmen und die jeweils geeigneten Maßnahmen zur Aufklärung der Gesellschaft über legalistische bis hin zur Abwehr terroristischer Bestrebungen zu ergreifen.

## Strukturen des nicht-salafistischen Islamismus

### Kernbotschaften

- » Legalistische Islamisten bemühen sich darum, als repräsentative Vertreter muslimischer Interessen in Deutschland zu agieren und sich als Partner öffentlicher Stellen und der Gesellschaft anzubieten. Zielsetzung ist die Einflussnahme auf den Prozess der Institutionalisierung des Islam in Deutschland. Die im Entstehen befindliche muslimische Infrastruktur soll in ihrem Sinne geprägt werden.
- » Die intensive Online-Propaganda von Gruppierungen, die der Hizb ut-Tahrir nahestehen, greift geschickt kontroverse gesellschaftliche Themen auf. Mittlerweile ist deren Wirkung deutlich erkennbar, da diese Gruppen in der Lage sind, auch realweltlich ein beachtliches Mobilisierungspotenzial zu entfalten.
- » Militante Organisationen mit regionalem Fokus, wie beispielsweise HAMAS und Hizb Allah, verfügen in Deutschland über Sympathisanten, die sie propagandistisch oder finanziell fördern. Deren Strukturen sind gegenwärtig aber einem hohen Druck durch staatliche Maßnahmen ausgesetzt.

### Hizb Allah

#### Historische Entwicklung der Hizb Allah

Die Hizb Allah wurde im Jahr 1982 nach dem Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon auf iranische Initiative hin gegründet. Zunächst als verdeckt agierende Guerillabewegung aktiv, die den iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini als oberste religiöse und politische Autorität anerkannte, agiert die Hizb Allah heute im Libanon als eine weit verzweigte und einflussreiche Organisation.

Als politische Partei kann sie große Teile des schiitischen Wählerpotenzials für sich motivieren und ist an der aktuellen libanesischen Regierung beteiligt. Auf diese Weise gelang es der Hizb Allah, sich in der Wahrnehmung von Teilen der libanesischen Öffentlichkeit als respektable und konstruktive Organisation zu verstetigen.

Aufgrund ihrer paramilitärischen Struktur stellt sie gegenwärtig einen Staat im Staat dar und kann für ihre Interessen beträchtliche militärische Mittel mobilisieren. Der militärische Zweig der Hizb Allah kooperiert eng mit der für Auslandseinsätze zuständigen Einheit der iranischen Revolutionsgarde, der sogenannten Quds Force. Mit der External Security Organization (ESO) verfügt sie zudem über einen eigenen geheimen Sicherheits- und Nachrichtendienst, der zugleich für Auslandsoperationen eingesetzt wird.

#### Ideologie der Hizb Allah

Die Hizb Allah (wörtlich übersetzt „Partei Gottes“) verwendet auf ihrer Flagge die Symbolik einer Faust, die ein Sturmgewehr in die Höhe reckt, und greift auf diese Weise die Symbolik der iranischen Revolutionsgardien auf. Das verdeutlicht die enge ideologische und materielle Anlehnung an die Islamische Republik Iran. Auf ihrer Flagge bezeichnet sich die Hizb Allah als „Der islamische Widerstand im Libanon“ (arabisch: al muqawama al-islamiya fi-lubnan). Sie versteht sich als Teil einer „Achse des Widerstands“, zu der insbesondere Iran und Länder und Gruppierungen wie beispielsweise Syrien, die HAMAS oder die Huthi-Bewegung im Jemen gezählt werden. Man richtet sich gegen eine vermeintliche westliche Bevormundung und amerikanische Hegemonialpolitik, als deren sichtbarste Manifestation der Staat Israel betrachtet wird und orientiert sich ideologisch am Gedankengut des 1989 verstorbenen iranischen Religionsführers Ayatollah Khomeini.

Die Hizb Allah strebt weiterhin die Vernichtung Israels sowie die Errichtung einer von ihr so bezeichneten islamischen Herrschaft über Jerusalem an. Zur Umsetzung ihrer Ziele bedient sie sich auch terroristischer Mittel: Seit Jahren ist sie für Angriffe im nördlichen Israel verantwortlich und stellt damit eine unmittelbare Bedrohung für den Staat Israel dar.

## Die Hizb Allah in Deutschland

Der militärische Arm der Hizb Allah wird seit dem Jahr 2013 auf der sogenannten EU-Terrorliste geführt. Darüber hinaus hat das Bundesministerium des Innern am 30. April 2020 ein Betätigungsverbot gegen die Hizb Allah in Deutschland erlassen und die Verwendung ihrer Kennzeichen in der Öffentlichkeit verboten.

Deutschland wird von der Hizb Allah als Rückzugs- und Rekrutierungsraum sowie für Beschaffungs- und Spendensammelaktivitäten genutzt. Die hiesigen Anhänger agieren gewaltfrei, sind aber bestrebt, die Aktivitäten der Organisation im Libanon propagandistisch und finanziell zu fördern. Da Geldzahlungen an die Hizb Allah – auch an deren karitativen Zweig – strafrechtlich relevant sind, müssen diese stets im Verborgenen erfolgen und sind meist nur schwer nachzuweisen. Die junge Anhängerschaft der Hizb Allah vernetzt sich in Deutschland verstärkt über das Internet und ist in sozialen Netzwerken aktiv.

In Nordrhein-Westfalen dienen mehrere Moscheen als Anlaufstellen für Anhänger der Hizb Allah. Zu nennen sind hier die Gemeinschaft libanesischer Emigranten in Dortmund (Ahl al-Bait-Zentrum), die Gemeinschaft Libanesischer Emigranten e.V. in Bottrop (Imam Rida-Zentrum) sowie der Almahdy Kulturverein e.V. in Bad Oeynhausen. Die Zahl der Hizb Allah-Anhänger beläuft sich bundesweit auf etwa 1.250 Personen und in Nordrhein-Westfalen auf rund 400 Personen. Ein Anstieg der Zahl in Nordrhein-Westfalen innerhalb der letzten Jahre ist weniger auf die gesteigerte Aktivität der Szene, sondern eher auf die Intensivierung der Aufklärung durch die Sicherheitsbehörden zurückzuführen.

## Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Hizb Allah und des schiitischen Islamismus

Die Hizb Allah-Unterstützerszene in Deutschland sieht sich seit einiger Zeit wachsendem Druck von staatlicher Seite ausgesetzt, der insbesondere auf mehrere vereinsrechtliche Maßnahmen zurückzuführen ist. Im Nachgang zum Betätigungsverbot im Jahr 2020 und Durchsuchungsmaßnahmen in vier Vereinen, bei denen der Verdacht einer Unterstützung der Hizb Allah bestand, zeichnet sich ab, dass Hizb Allah-nahe Moscheevereine in Deutschland zunehmend bemüht sind, ihre politischen Ziele zu verschleiern. Man präsentiert sich als rein religiöser Zusammenschluss, der entsprechende Dienstleistungen für hier lebende Schiiten anbietet.

Im Mai 2021 wurden drei Vereine (zwei in Niedersachsen, einer in Rheinland-Pfalz) durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) verboten, da sie Ersatzorganisationen des vom BMI im Jahr 2014 verbotenen Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP) darstellten: die Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung der Hizb Allah aus Deutschland wurden somit nachhaltig beeinträchtigt. Am 17. März 2022 wurde das Verbot des Islamischen Zentrums in Münster (Imam Mahdi Zentrum) ausgesprochen. Die Verfügung wurde zeitgleich mit dem Verbot der Hizb Allah-nahen Al Mustafa Gemeinschaft e. V. in Bremen vollzogen.

Der Verein – bereits seit 1996 kontinuierlich in den Verfassungsschutzberichten des Landes Nordrhein-Westfalen erwähnt – war sehr stark durch das Gedankengut der Hizb Allah sowie die extremistische Ideologie der Islamischen Revolution geprägt. Er erfüllte damit auch ohne den Nachweis der unmittelbaren Einbindung in die Organisation die Voraussetzung für ein Verbot. Die Verbotsmaßnahmen gegen das Imam Mahdi Zentrum (IMZ) in Münster und die Al Mustafa Gemeinschaft e.V. in Bremen wurden in der schiitisch-islamistischen Szene mit großer Bestürzung aufgenommen. Während das Betätigungsverbot für die Hizb Allah im Jahr 2020 als zu erwartende und eher symbolische Geste verstanden wurde, kam das Verbot zweier besonders aktiver Vereine für die Szene überraschend und stellt eine nachhaltige Beeinträchtigung ihrer Infrastruktur dar.

Im Mai 2023 wurden zwei mutmaßliche Hizb Allah-Mitglieder in Niedersachsen festgenommen. Bei einem der beiden handelte es sich um einen Funktionär des 2022 verbotenen Vereins in Bremen, der maßgeblich für die Orientierung des Vereins an der Hizb Allah verantwortlich gewesen sein soll. Der zweite Festgenommene soll als Angehöriger der Abteilung für Außenbeziehungen für die Betreuung libanesischer Vereine in Nordwestdeutschland zuständig gewesen sein und pflegte auch Beziehungen zu Vereinen in Nordrhein-Westfalen.

Im November 2023 wurden in sieben Bundesländern, darunter Nordrhein-Westfalen, insgesamt 54 Objekte durchsucht. Diese Maßnahmen dienten der Aufklärung des Verdachts, der Verein Islamisches Zentrum Hamburg e.V. (IZH) und fünf weitere Vereinigungen, mutmaßlich Teilorganisationen des IZH, richteten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung und unterstützten Aktivitäten der libanesischen Hizb Allah.

## Hizb ut-Tahrir (HuT)

### Historische Entwicklung der HuT

Die Hizb ut-Tahrir (HuT; arabisch für „Partei der Befreiung“) wurde 1953 aufgrund der Ablehnung der Gründung des Staates Israels im jordanisch kontrollierten Ostjerusalem gegründet. Sie agierte als Untergrundbewegung und gründete Zellen in den Nachbarländern, bevor sie auch in Zentralasien und in Europa Strukturen aufbaute.

In Deutschland wurde die HuT am 10. Januar 2003 durch eine Verfügung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat wegen ihrer Betätigung gegen den Gedanken der Völkerverständigung und ihrer Befürwortung von Gewaltanwendung verboten. Dennoch existieren weiterhin unabhängig agierende Kleingruppen (Zellen) und lokale Szenen, die sich durch ein konspiratives Verhalten auszeichnen. Regionale Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen sind das Ruhrgebiet sowie das Münsterland.

Bundesweit zählt die HuT rund 800 Anhänger; in Nordrhein-Westfalen sind ihr derzeit circa 130 Personen zuzurechnen, wobei in den letzten Jahren ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war.

### Ideologie und Strategie der HuT

Die HuT ist eine panislamistische Bewegung, die sich an alle Muslime weltweit richtet. Ziel der Organisation ist die Wiedereinführung des 1924 abgeschafften Kalifats und die Errichtung eines islamischen Staats unter Führung eines Kalifen, der alle Muslime weltweit politisch vereint. Die Errichtung des Kalifats wird dabei nicht nur als politische Lösung, sondern als religionsrechtliche Pflicht eines jeden Muslim betrachtet. Nach Vorstellung der HuT soll im Kalifat die Scharia als Grundlage und Maßstab staatlichen Handelns dienen. Islam und Demokratie sind für die HuT nicht miteinander vereinbar; die Teilnahme an Wahlen wird als islamrechtlich verboten betrachtet. Die HuT wendet sich dezidiert gegen die Integration von Muslimen in westlichen Gesellschaften, da dies Muslimen vermeintlich eine mit dem Islam unvereinbare „Wertediktatur“ aufzwingen würde.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele versucht die HuT vor allem einflussreiche Persönlichkeiten und Akademiker zu rekrutieren, die ihre herausgehobene gesellschaftliche Position zur gezielten Einflussnahme im Sinne der Organisation nutzen sollen. Entsprechende Treffen finden in konspirativen Kleingruppen statt, die als Schulungszirkel fungieren.

### Aktuelle Entwicklungen der HuT

Die HuT kann in Deutschland aufgrund des Verbots nicht offen agieren und verbreitet ihre Botschaften vorwiegend über die deutschsprachige Version ihrer offiziellen Internetseiten. Seit einigen Jahren sind im Internet Strukturen erkennbar, die eine ideologische Nähe zur HuT aufweisen. Hierbei handelt es sich vor allem um Generation Islam (GI) und Muslim Interaktiv (MI) in Hamburg sowie Realität Islam (RI) in Hessen. Diese Organisationen achten darauf, keine direkten Verbindungen zur HuT erkennen zu lassen, verbreiten aber teilweise sehr deutlich deren Ideologie. Mit zahlreichen tagesaktuellen Videos und Textbeiträgen erreichen sie bundesweit Zehntausende Interessenten. So zählt die Facebook-Seite von Realität Islam circa 43.000 Follower, die von Generation Islam rund 72.000 und der Youtube-Kanal von Muslim Interaktiv circa 12.000 Abonnenten (Januar 2024).

Die Reichweite der verbreiteten Inhalte ist somit weitaus größer als die tatsächliche Zahl der HuT-Anhänger. Themenfelder sind unter anderem die Verbrüderung und der Zusammenhalt gegen den vermeintlich von der Regierung verbreiteten Feminismus, LSBTQ, Islamunterricht an Schulen oder den Islamhass, der mit Beispielen wie den Koranverbrennungen in Schweden untermauert wird. Der eigenen Argumentationslinie folgend sei eine Wahrung der islamischen Identität nur durch eine Abgrenzung von der westlichen Gesellschaft möglich. Ein „wahrer Muslim“ solle sich bei Konflikten zwischen Grundgesetz und Scharia stets nach den Vorgaben der Scharia richten. Die HuT greift auf diese Weise immer wieder aktuelle Reizthemen auf, um damit gezielt junge Menschen anzusprechen.

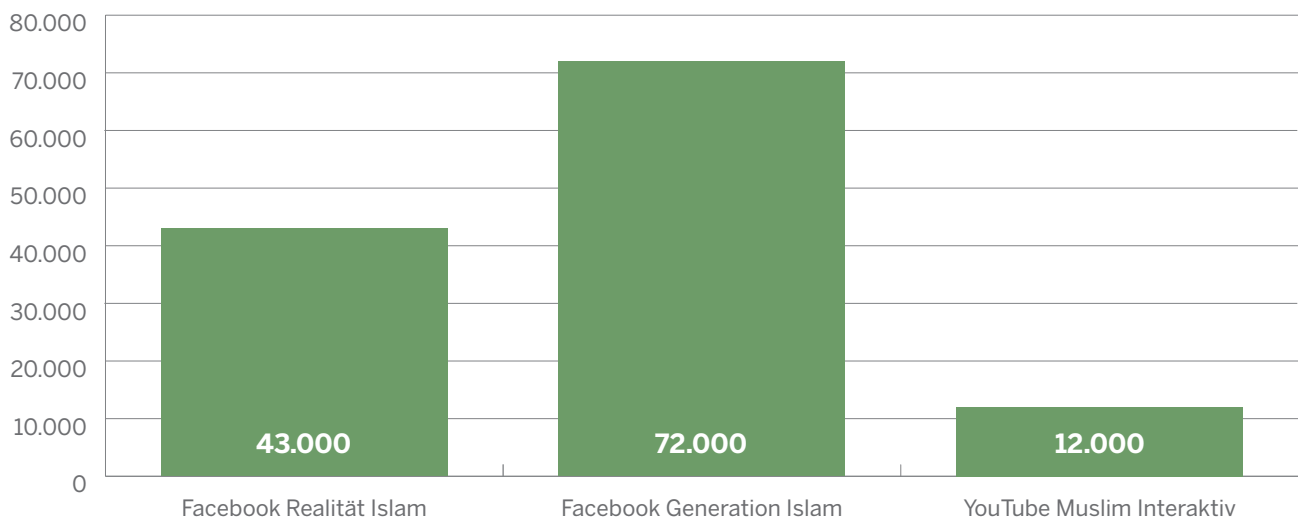
Seit einiger Zeit können auch außerhalb des Internets Aktivitäten dieser HuT-nahen Gruppierungen verzeichnet werden. Muslim Interaktiv rief etwa im Februar 2023 in Hamburg zu einer Demonstration gegen die Koranverbrennungen in Schweden auf, an der 3.500 Personen teilnahmen. Mit der Demonstration zum Nahostkonflikt, die am 3. November 2023 mit 3.000 Teilnehmern in Essen stattfand, waren erstmals realweltliche Aktivitäten von Generation Islam in Nordrhein-Westfalen feststellbar. Die Teilnehmer dieser Demonstrationen sind mit Sicherheit nicht alle der HuT zuzurechnen, die Zahl der Beteiligten zeigt aber anschaulich, welches Mobilisierungspotenzial die Gruppierung hat und dass sie mit ihren Themen über eine erhebliche Reichweite verfügt (Eine ausführliche Schilderung der Aktivitäten der HuT anlässlich des aktuellen Konfliktgeschehens in Nahost findet sich im Sonderkapitel dieses Lagebilds).

ABBILDUNG 2

Internetpräsenz von Hizb ut-Tahrir-nahen  
Gruppen im Vergleich

## Follower-/Abonnentenzahlen

Stand: Januar 2024



## Muslimbruderschaft (MB) und HAMAS

### Hintergründe zur Muslimbruderschaft

Die Muslimbruderschaft wurde 1928 in Ägypten gegründet und ist damit die älteste und weltweit am stärksten vernetzte islamistische Strömung. Ihr Wirken stellt den Beginn der modernen Politisierung des Islam dar und war Vorbild für viele islamistische Organisationen in zahlreichen Ländern. Die MB kann heute vor allem als eine Bewegung oder Denkrichtung betrachtet werden, die ein loses Netzwerk an ideologisch nahestehenden Gruppierungen und Organisationen in den unterschiedlichsten Ländern miteinander verbindet.

Ausgehend von ihrem Ursprungsland Ägypten gelang es der MB in fast allen Ländern, in denen Muslime leben, darunter auch in Deutschland, Organisationsstrukturen zu schaffen oder bereits bestehende Vereinigungen zu prägen. Obgleich diese verschiedenen regionalen Ableger und Zweige der MB, zu denen auch die palästinensische HAMAS oder die tunesische Ennahda zählen, ideologisch mit der Mutterorganisation in Ägypten eng verbunden sind, agieren sie größtenteils eigenständig.

Die MB inspirierte jenseits dieser unmittelbaren Prägung auch weitere bedeutende islamistische Gruppierungen außerhalb der arabischen Welt, wie etwa die türkische Milli Görüs-Bewegung oder die Jamaat-e-Islami auf dem indischen Subkontinent.

In den einzelnen Ländern ist die MB sehr unterschiedlich aufgestellt. Als hierarchisch strukturierte Organisation wird die ägyptische MB als Mutterorganisation von einem „Allgemeinen Führer“ (murshid 'amm) geleitet und besteht aus einer beratenden Versammlung (schura), einer Generalversammlung sowie einem Exekutivrat. Die Anzahl der aktiven Mitglieder der MB in Ägypten wird auf rund eine Million geschätzt.

## Ideologie der Muslimbruderschaft

Die Muslimbrüder erheben ihre Interpretation des Islam zu einer Ideologie mit Universal- und Absolutheitsanspruch, die menschengemachten Gesetzen übergeordnet ist und jedes staatliche Handeln vermeintlich göttlichen Normen unterwirft. Die MB strebt ein politisches und gesellschaftliches System auf der Grundlage von Koran und Sunna an. Säkulare demokratische Verfassungsordnungen gelten nur als eine Option, um den Übergang zu einer islamischen Ordnung gewaltlos zu gestalten.

Ein wichtiges Element der heutigen Ausprägung der MB-Ideologie ist die Propagierung des „Islam der Mitte“: Dahinter verbirgt sich ein Religionsverständnis, das sich zwischen den beiden Extremen eines gewaltbereiten Fanatismus einerseits sowie einer aus der Sicht der MB allzu liberalen Glaubensauslegung andererseits bewegt. Allerdings orientiert sich auch dieser Mittelweg an einem extremistisch-politischen Verständnis der Scharia und steht damit selbst im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die MB proklamiert gegenwärtig, grundsätzlich auf die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele zu verzichten und ist als klassisch legalistische Organisation zu betrachten. Zur Umsetzung des propagierten Ziels der Befreiung Palästinas und des damit einhergehenden Kampfs gegen Israel, geführt insbesondere durch den palästinensischen Zweig der MB, die HAMAS, gilt dieser Gewaltverzicht allerdings nicht.

## Die Muslimbruderschaft und die HAMAS in Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland ist die MB seit den 1960er Jahren aktiv. Viele ihrer hiesigen Unterstützer sind in der Deutschen Muslimischen Gemeinschaft (DMG, früher IGD, Islamische Gemeinschaft in Deutschland) organisiert. Zahlreiche weitere Vereine, die ebenfalls mit den Konzepten der MB sympathisieren, sind der Bewegung unmittelbar oder mittelbar zuzurechnen. Sie verfügen lediglich über lose oder keine Anbindungen an die Strukturen der DMG. Die DMG unterhält einige eigene Moscheen und Gemeindezentren. Der Einfluss der DMG ist aufgrund des weit verzweigten Netzwerks der MB aber deutlich größer, als es die überschaubare Zahl der ihr direkt zugehörigen Moscheegemeinden vermuten lässt.

Im Gegensatz zum extremistischen Salafismus, der auf eine rigide Ablehnung der Gesellschaft setzt, wollen legalistische Islamisten, wie die Anhänger der MB, in die Gesellschaft hineinwirken und sind bereit, zu diesem Zweck mit unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu kooperieren. Dies kann dazu führen, dass langfristig Freiräume für islamistische Ordnungsvorstellungen in der Gesellschaft verankert werden und eine parallele Rechts- und Gesellschaftsstruktur etabliert wird, die insbesondere die Freiheit von Muslimen einschränkt. Im Gegensatz dazu besteht aber auch die Chance, dass einige Anhänger durch die verstärkte Teilhabe in der Gesellschaft ihre islamistischen Ordnungsvorstellungen aufgeben und letztlich die freiheitliche demokratische Grundordnung akzeptieren.

Die in Deutschland lebenden Anhänger der MB stammen oftmals aus dem gehobenen bürgerlichen Spektrum. Sie verfügen meist über eine gute Ausbildung und haben teilweise einen akademischen Hintergrund. Sie arbeiten häufig in gut bezahlten Berufen (beispielsweise technischer oder medizinischer Bereich), können ausreichende deutsche Sprachkenntnisse vorweisen und wirken nach außen wie „Musterbeispiele“ für eine gelungene Integration. Dies lässt sie zu gefragten Ansprechpartnern für Behörden und gesellschaftliche Akteure werden und verschafft ihnen trotz der überschaubaren Zahl an Mitgliedern erheblichen Einfluss innerhalb der hiesigen muslimischen Gemeinschaft.

Ein Schwerpunkt der MB-Aktivisten stellt die religiöse Bildung dar. Durch ihre Kontakte zu renommierten islamischen Gelehrten im Ausland – meist ebenfalls mit MB-Bezügen – versucht man, vermeintlich authentische islamische Bildung zu vermitteln, die seitens der MB als Alternative zu den im Aufbau befindlichen universitären Einrichtungen der islamischen Theologie in Deutschland propagiert wird. Die hiesigen Anhänger der HAMAS sind darum bemüht, ihre Sympathien für die Organisation nicht zu offensiv nach außen zu tragen. Ihr Ziel ist es, die Mutterorganisation von Deutschland aus propagandistisch und/oder finanziell zu unterstützen. Aus ihrer strikten Ablehnung des Staates Israel heraus setzen HAMAS-Anhänger sich für Positionen ein, die Israel diskreditieren und schaden. Eine finanzielle Förderung der HAMAS ist hingegen strafbewehrt und kann nur im Verborgenen erfolgen.



## Aktuelle Entwicklungen innerhalb der Muslimbruderschaft und der HAMAS

Die Kernorganisation der Muslimbruderschaft sieht sich seit einiger Zeit wachsenden Problemen ausgesetzt. Zum einen ist erkennbar, dass die Unterstützung verschiedener Staaten in letzter Zeit zurückgeht. Dies trifft besonders auf die Türkei zu, die seit dem Jahr 2021 einen außenpolitischen Schwenk vollzogen hat und sich Ägypten annähert. Auch das Emirat Katar zeigte sich in jüngster Zeit deutlich zurückhaltender gegenüber der MB. Darüber hinaus ist die ägyptische MB auch durch interne Differenzen beeinträchtigt. Bereits seit Jahr 2021 besteht ein Disput zur Frage der Organisationsleitung zwischen in der Türkei und in Großbritannien ansässigen führenden Funktionären der MB. In Deutschland mussten Anhänger der MB ebenfalls Rückschläge hinnehmen: Dies veranschaulicht der Ausschluss der DMG aus dem Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD). Über den ZMD hatte die DMG über viele Jahre die Möglichkeit, Einfluss auf die Ausrichtung des Verbands zu nehmen, der an der 2006 erstmals eingerichteten Deutschen Islamkonferenz im Bun-

desministerium des Innern teilnahm und so auch Einfluss auf die Islampolitik in der Bundesrepublik Deutschland nahm. Aufgrund der seit dem Jahre 2019 wachsenden Kritik wurde seitens des ZMD die Mitgliedschaft der DMG ruhend gestellt, im Januar 2022 folgte schließlich der Ausschluss aus dem ZMD. Auf Landesebene wird sich diese Entwicklung wahrscheinlich erst verzögert abbilden. Der ZMD-Landesverband Nordrhein-Westfalen klagte gegen das NRW-Schulministerium, weil dieses ihm aufgrund seiner Verbindungen zu Organisationen mit verfassungsfeindlichen Tendenzen die Mitwirkung an der Kommission für den islamischen Religionsunterricht verweigert hatte. Die Klage zog der Verband kurz vor Beginn der mündlichen Verhandlung im Mai 2023 zurück und kündigte zeitgleich eine inhaltliche und personelle Neuausrichtung an. Gegen die HAMAS hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat im November 2023 ein Betätigungsverbot erlassen, da die Tätigkeit der HAMAS im Bundesgebiet Strafgesetzen zuwiderläuft, sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet und erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt.

## Trends und Prognosen

Der legalistische Islamismus ist aufgrund der intendierten Entgrenzung in die Mehrheitsgesellschaft, dem Versuch der politischen Einflussnahme und der oben beschriebenen Verbotsmaßnahmen zunehmend in den Fokus der gesellschaftlichen Wahrnehmung gerückt. Dies könnte islamistische Gruppen unter einen erhöhten Anpassungsdruck bringen und sie dazu zwingen, ihre Positionen in der Öffentlichkeit argumentativ besser zu begründen. Damit könnte auch eine Tendenz zur ideologischen Mäßigung einhergehen, die aber nicht zwangsläufig zum gänzlichen Abbau extremistischer Inhalte führen muss. Von großer Bedeutung für die Entwicklung des islamischen Lebens in Deutschland wird die Frage sein, ob es gelingen wird, bei der Institutionalisierung muslimischer Religiosität den Islamismus, insbesondere in seiner legalistischen Ausprägung, daran zu hindern, Einfluss auf die sich neu entwickelnde islamische Infrastruktur zu nehmen. Dies könnte wesentlich zu deren gesellschaftlicher Akzeptanz beitragen, während im Falle des Scheiterns die Gefahr besteht, dass die jungen Institutionen noch lange Zeit mit gesellschaftlichen Vorbehalten zu kämpfen haben werden. Dem Islamismus stehen auch strukturelle Änderungen im personellen Bereich bevor. In den nächsten Jahren dürfte in den meisten

islamistischen Bestrebungen die Zahl der jungen, in Deutschland geborenen und sozialisierten Personen zunehmen. Dies wird sich auch auf die Struktur und die programmatische Ausrichtung islamistischer Organisation auswirken. Auch das Geschehen im Ausland kann sich unter Umständen sehr konkret auf die Entwicklung des Islamismus in Deutschland auswirken. Die aktuelle Konfliktlage in Nahost und die Reaktionen des islamistischen Spektrums in Nordrhein-Westfalen veranschaulichen, dass dieses Thema Ansätze für eine Instrumentalisierung durch Islamisten bietet und diesen ermöglicht, weit über ihr Kernklientel hinaus bis in die Mitte der Gesellschaft hinein um Anschluss und Solidarität zu werben. Nicht nur extremistisch ausgerichtete Gesellschaftsteile befassen sich mit dem Nahostkonflikt. Auch in nicht-extremistischen muslimischen und nicht-muslimischen Gesellschaftsteilen findet eine teils hoch emotionalisierte Beschäftigung damit statt, wobei es vielfach zu undifferenzierter, teils antisemitisch konnotierter Agitation gegen Israel und Menschen jüdischen Glaubens kommt. Daher sind auf diesem Feld Ansätze einer Entgrenzung zwischen extremistischen und nicht-extremistischen Gesellschaftsspektren erkennbar, auf die Islamisten bewusst hinwirken.

## Strukturen des extremistischen Salafismus

### Kernbotschaften

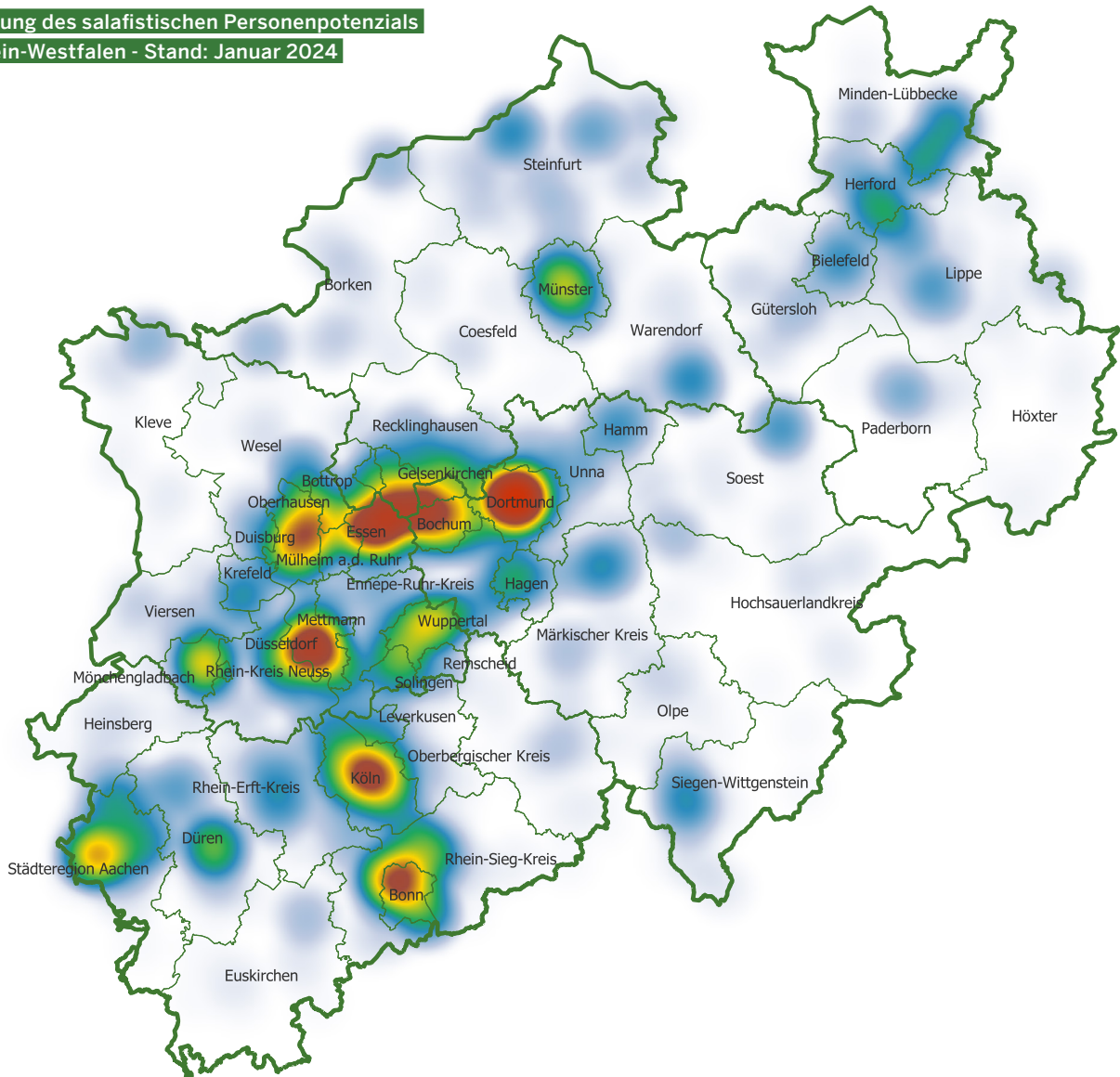
- » Trotz der Umsetzung einer Vielzahl staatlicher Maßnahmen und damit einhergehender Verdrängungseffekte hat sich der extremistische Salafismus in den vergangenen Jahren immer wieder neue Betätigungsfelder und Verbreitungswege gesucht. Diese erstrecken sich auch nach dem Abklingen der Corona-Pandemie in großen Teilen auf die sozialen Medien.
- » Nach dem Auslaufen der Pandemiebestimmungen ist seit dem Ende des Jahres 2021 ein Wiedererstarken altbekannter Formen von Missionierungsaktivitäten (Da'wa) zu verzeichnen, wie beispielsweise die Verteilung szenetypischen Schriftguts in Innenstädten (Street-Da'wa).
- » Der extremistische Salafismus ist weiterhin eine attraktive Ideologie für Jugendliche, junge Erwachsene und dabei insbesondere Personen aus schwierigen persönlichen Verhältnissen. Beeinflusst durch Online-Propaganda und populäre extremistische Prediger haben sich Versatzstücke extremistisch-salafistischer Ideologie als Gegenkultur mit Lifestyle-Charakter etablieren können.
- » Populäre Akteure in diesem Feld inszenieren sich in den sozialen Medien häufig als Influencer mit schlichten, reaktionär-patriarchalischen Wertvorstellungen. Szenegrößen, die sich mit Kampfsportferfahrung und einem materialistisch aufgeladenen Gangster-Image brüsten, das in Sprache und Erscheinungsbild subkulturelle Anleihen aus der Rap-Kultur nimmt, üben insbesondere auf Jugendliche und junge Erwachsene Anziehung aus.
- » Das extremistisch-salafistische Spektrum ist weiterhin äußerst heterogen. Es bestehen sowohl verschiedene lokale Netzwerke als auch solche mit überregionalen Verbindungen.
- » Entsprechend des propagierten klassischen binären Rollenbildes vermitteln weibliche Szeneangehörige ideologisch aufgeladene Familienwerte und Normvorstellungen. In den vergangenen Jahren war eine Stärkung der Rolle von Frauen innerhalb der Szene festzustellen. Diese erstreckt sich über den familiären Bereich hinaus auch auf die Verbreitung von Propaganda oder die Unterstützung sogenannter Hilfsorganisationen und Netzwerke der Gefangenenhilfe im extremistisch-salafistischen Kontext.
- » Frauen nehmen keine Sonderposition gegenüber den szeneehörigen Männern ein, sie besetzen vielmehr typische Aktionsfelder der beschriebenen Szenen. Zentralisierte und fest strukturierte Frauen-Netzwerke sind dabei jedoch nicht erkennbar.
- » Die Rückkehr von Jihadisten aus Kampfgebieten, anstehende Entlassungen verurteilter Jihadisten und extremistischer Salafisten sowie Radikalisierungen in Haft bergen weiterhin erhebliche Gefahren.
- » Im extremistisch-salafistischen Spektrum wird der Boden für Radikalisierungsprozesse bereitet und Rekrutierungspotenzial für deutlich radikalere jihadistische Gruppen eröffnet. Die abstrakte Gefahr von Anschlägen bleibt weiterhin hoch.

### Daten, Zahlen und lokale Schwerpunkte

- » Bis Ende 2020 bewegte sich die Anzahl extremistischer Salafisten in Nordrhein-Westfalen auf dem Niveau von 3.200 Personen. Die COVID-19-Pandemie sowie Verdrängungseffekte aufgrund mehrerer Verbotsmaßnahmen haben sich auf den Bereich des extremistischen Salafismus ausgewirkt und dazu geführt, dass sich einige Personen aus diesem Spektrum über einen längeren Zeitraum nicht mehr nachweislich extremistisch betätigt haben. Über das Jahr 2023 waren noch 2.700, aktuell sind 2.600 extremistische Salafisten in Nordrhein-Westfalen nachrichtendienstlich bekannt.
- » Von den 2.600 extremistischen Salafisten in Nordrhein-Westfalen sind 2.000 dem politischen und 600 dem gewaltorientierten Spektrum zuzurechnen.
- » Der extremistische Salafismus ist vor allem in den Ballungsräumen im Rhein-Ruhr-Gebiet konzentriert. Dazu zählen die Städte und Metropolregionen Bonn, Köln, Düren, Aachen, Wuppertal, Düsseldorf, Mönchengladbach, das Ruhrgebiet mit den Ballungsräumen um Dortmund, Essen und Duisburg, aber auch Ostwestfalen-Lippe außerhalb des Rhein-Ruhr-Gebiets.

ABBILDUNG 3

Visualisierung des salafistischen Personenpotenzials  
in Nordrhein-Westfalen - Stand: Januar 2024



- » Extremistische Salafisten sind vielfach überregional vernetzt. So haben Strukturen aus diesem Bereich in Aachen und Düren in der Vergangenheit Verbindungen in das salafistische Spektrum Belgiens und den Niederlanden erkennen lassen.
- » In lokalen organisationsspezifischen extremistisch-salafistischen Strukturen dominieren zahlenmäßig häufig Personen mit einem bestimmten Migrationshintergrund – beispielsweise aus Tschetschenien oder Tadschikistan. So ist das extremistisch-salafistische Spektrum in Ostwestfalen-Lippe stark tschetschenisch geprägt, hiesige Akteure, die mit dem Islamischen Staat Provinz Khorasan (ISPK) in Verbindung stehen, haben häufig eine tadschikische Herkunft.
- » In Dortmund war mit dem Islamischen Kulturverein Nuralislam ein Zentrum extremistisch-salafistischer Propaganda mit jihadistischer Ausrichtung präsent, das als Rekrutierungszentrum für ein IS-nahes Netzwerk wirkte und in Verbindung zum rechtskräftig verurteilten und inhaftierten IS-Rekruteur Abu Walaa stand. Der Verein wurde durch den Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen am 10. März 2022 verboten.
- » Extremistisch-salafistisch ausgerichtete Moscheevereine hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen fest im Blick. Beim Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen werden Verbotverfahren gegen diese angestrengt. Die Szene jedoch reicht über die bekannten Moscheevereine hinaus und Aktivitäten manifestieren sich insbesondere im Internet.

## Missionierungsaktivitäten und Onlinepropaganda

War es im Nachgang zum Verbotsverfahren der Koranverteilaktion LIES!/DWR (Die Wahre Religion) und bedingt durch die COVID-19-Pandemie zu einem Rückgang der Missionierungsaktivitäten (Da'wa) innerhalb des extremistisch-salafistischen Spektrums gekommen, sind diese seit Ende des Jahres 2021 wieder verstärkt im öffentlichen Raum zu beobachten. Zielsetzung ist, Nichtmuslime zur Konversion und zur Annahme des eigenen, extremistischen Islamverständnisses zu bewegen. Für die Verbreitung ihrer Botschaft werden Missionierungsformate mit großer Reichweite genutzt. Muslime werden dazu angehalten, ihren „Glauben zu stärken“, womit gemeint ist, dass sie an ein fundamentalistisches Islamverständnis herangeführt werden, das mit einem politischen Herrschaftsanspruch aufgeladen und somit extremistisch ist.

### Infostände

Seit 2022 sind extremistische Missionierungsaktivitäten im öffentlichen Raum immer wieder feststellbar. Regelmäßig wurden Informationsstände aufgebaut, über die extremistisch-salafistische Bücher, Broschüren und Flyer verteilt wurden. In diesem Rahmen durchgeführte Konversionen wurden über die sozialen Medien propagandistisch verbreitet. Auffallend ist, dass die Stände bis auf das verwendete Logo nahezu identisch im Erscheinungsbild waren, was strukturelle und personelle Überschneidungen bei den veranstaltenden Vereinigungen nahelegt. Es liegen Erkenntnisse vor, die darauf hindeuten, dass die Bereitstellung dieser Stände durch die Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft (DMG) Braunschweig erfolgt ist. Die in Niedersachsen ansässige DMG Braunschweig nimmt dem Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsens für das Jahr 2022 zufolge eine zentrale Rolle in der überregionalen Vernetzung extremistisch-salafistischer Aktivitäten ein.

### Plakat- und Flugblatt-Aktionen

Anfang 2022 wurde eine Plakataktion ins Leben gerufen, die massiv durch den extremistisch-salafistischen Prediger Pierre Vogel beworben wurde. Das Ziel war, in möglichst vielen deutschen Großstädten großflächige Plakate mit Botschaften anbringen zu lassen, die die Rolle Jesu Christi im Islam thematisierten. Nach Beginn der Aktion wurden Fotos von unterschiedlichen Standorten in sozialen Netzwerken geteilt, wodurch der Verbreitungsgrad noch einmal gesteigert wurde. Im Januar 2023 gab es eine weitere Aktion, bei der deutschlandweit Plakate an unterschiedlichen Standorten angebracht und in sozialen Netzwerken verbreitet wurden. Diese Aktionsform wird mittlerweile nicht mehr beworben; auch Aufrufe zu einer Fortsetzung sind aktuell nicht bekannt.

Das Projekt „Was danach?“ wird derzeit verstärkt von Pierre Vogel beworben. Im Rahmen dieses Projekts soll eine möglichst große Zahl an Flugblättern mit religiös-moralisierenden Inhalten in Deutschland, Österreich und der Schweiz verteilt werden. Inhaltlich unterschiedliche Versionen der Broschüren sind darauf ausgelegt, sowohl Muslime als auch Nichtmuslime anzusprechen. Während bei Muslimen eine „Stärkung des Glaubens“ und Hinwendung zum salafistischen Islamverständnis erreicht werden soll, sollen Nichtmuslime zur Konversion bewegt werden. Erste Verteilaktionen fanden bereits statt; geplant ist eine bundesweite Verteilung der Flyer. Pierre Vogel selbst hat das Projekt bereits mehrfach mit der verbotenen Koranverteilungskampagne LIES!/DWR verglichen, um zu verdeutlichen, dass dieses Projekt eine ähnliche Reichweite wie die damals bundesweite Kampagne LIES!/DWR haben soll.

## Vortragsveranstaltungen

Neben diesen Aktivitäten werden seit dem Ende der Covid-19-Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen bei Versammlungen wieder verstärkt Vortragsveranstaltungen in Präsenz durchgeführt. Populäre Prediger mit großer Reichweite sind deutschlandweit aktiv und füllen Moscheen und Eventhallen. Beispielsweise erreicht der extremistische Prediger Ibrahim El Azzazi, der seine Aktivitäten zunehmend in Nordrhein-Westfalen entfaltet, über seine Auftritte regelmäßig ein breites Publikum. Häufig predigt er auch in der DMG Braunschweig. In Nordrhein-Westfalen trat er unter anderem als Prediger in Düsseldorf, Hagen, Essen oder Dortmund auf.

Dehran Asanov, bekannt als Abdelhamid, war im Jahr 2023 mit zahlreichen Vortragsveranstaltungen präsent. Er ist ein Prediger, der innerhalb der extremistisch-salafistischen Szene in der jüngeren Vergangenheit zunehmend an Reichweite gewonnen hat und mitunter bei Präsenzveranstaltungen eine vierstelligen Zuhörerzahl erreichen konnte. In der Regel tritt er in diesem Rahmen gemeinsam mit dem Prediger Efsthios Tsiounis (Abu Alia) auf. In Nordrhein-Westfalen waren die beiden unter anderem bei Veranstaltungen in Düsseldorf, Aachen, Herne, Bergheim, Bonn, Marl und Münster zu sehen.

Auch Pierre Vogel, der zuvor längere Zeit keine öffentlich angekündigten Vortragsveranstaltungen mehr abgehalten hat, ist wieder aktiv geworden. Auftritte dieser Prediger finden nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Bundesländern statt. Die Aufzählung der hier genannten Prediger ist nicht abschließend, zumal auch überregional bekannte Prediger des extremistisch-salafistischen Spektrums aus anderen Teilen der Bundesrepublik in Nordrhein-Westfalen auftreten.

## Online-Propaganda

Seit der COVID-19-Pandemie fokussieren sich extremistische Salafisten verstärkt auf Online-Propaganda. Extremistische Prediger, darunter auch vorangehend genannte, betreiben offizielle Accounts in sozialen Netzwerken, darunter auf Facebook, Instagram, TikTok oder YouTube.

Hier werden Botschaften, Ermahnungen, Vorträge und Antworten auf Fragen im Stil islamischer Rechtsgutachten (Fatwas) veröffentlicht. Gelegentlich werden auch Auszüge aus Vortragsveranstaltungen präsentiert. Insbesondere über TikTok, das von überwiegend jüngeren Menschen genutzt wird, erreichen die extremistischen Prediger eine sehr große Zahl von Personen. Die Videobeiträge extremistisch-salafistischer Prediger lassen sich jedoch nicht nur auf ihren eigenen Internet-Kanälen finden, sondern werden auch auf diversen weiteren Plattformen und Accounts verbreitet. Beispiele für TikTok-Kanäle, auf denen Videos von unterschiedlichen salafistisch-extremistischen Predigern aus dem deutschsprachigen Raum geteilt werden, die allem Anschein nach jedoch nicht von den Predigern selbst betrieben werden, sind beispielsweise: DMG Braunschweig, Islamic Motivation, Islam\_Deutschland\_99, LoveAllah, @islamplacee, IslamContent und Islam El-Amin. Mit Blick auf die Follower-Zahlen fällt die Reichweite El Azzazis geringer als die Asanovs aus, ist aber immer noch erheblich.

Vielfach werden von den Betreibern salafistischer Webpräsenzen Konversionen durchgeführt, die in der Folge öffentlichkeitswirksam im Internet verbreitet werden.

Beachtenswert ist der nach der pandemiebedingten Auszeit erneute Anstieg von Pilgerreisen, die unter anderem auch von den vorangehend genannten reichweitenstarken extremistischen Predigern angeboten und öffentlich beworben werden. Diese begleiten die bis zu 60 Personen umfassenden Gruppen als Reiseführer nach Saudi-Arabien. Diese Pilgerreisen dienen der Generierung von Einnahmen, der Vernetzung innerhalb der Szene und der Verbreitung extremistisch-salafistischen Gedankenguts.

ABBILDUNG 4

Internetpräsenz von Dehran Asanov

### Follower-/Abonnentenzahlen Asanovs

Stand: Januar 2024

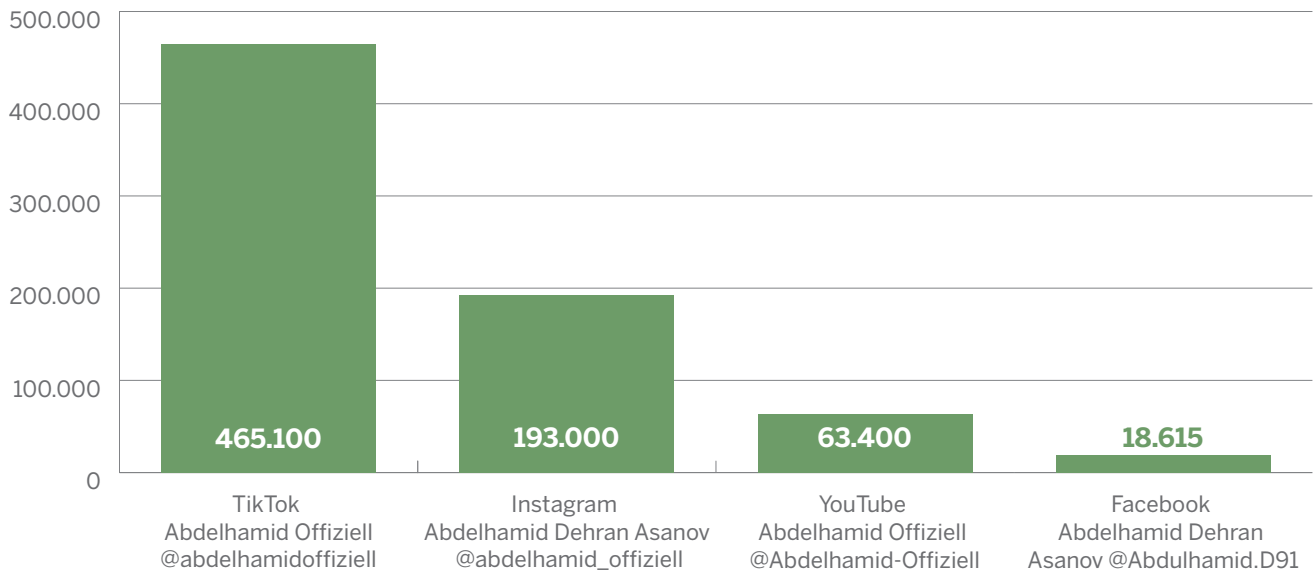
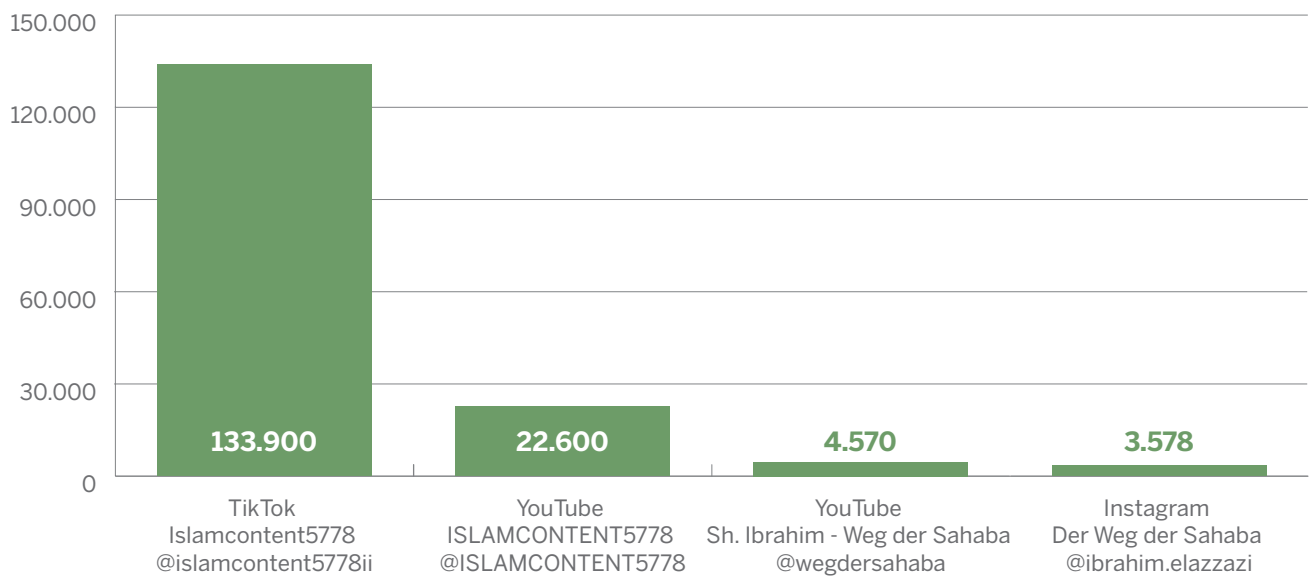


ABBILDUNG 5

Internetpräsenz von Ibrahim El Azzazi

### Follower-/Abonnentenzahlen El Azzazis

Stand: Januar 2024



## Salafismus als Lifestyle

Als Zugangsvoraussetzung für die extremistisch-salafistische Szene, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten etabliert hat, sind weder besondere theologische Kenntnisse noch die konsequente Befolgung eines frommen islamischen Lebenswandels erforderlich. Extremistischer Salafismus, vielfach nur extremistisch-salafistische Versatzstücke, nehmen für einige Jugendliche und junge Erwachsene offenkundig den Stellenwert eines Lifestyles ein, der auch in ein nicht konsequent islamisch ausgerichtetes Leben integriert werden kann.

### Extremistische Prediger als Influencer

Die Vorstellung, dass traditionell gekleidete Gelehrte mit langen Bärten vor einer ähnlich aussehenden Zuhörerschaft stehen und monologisieren, ist in Zeiten sozialer Medien und Gewohnheitsänderungen der jungen Generation nur noch bedingt zutreffend.

Das Auftreten und Werben extremistischer Prediger, die sich bemühen, ein junges Publikum, darunter auch Kinder, zu gewinnen, hat sich gewandelt. Reichweitenstarke Akteure des extremistisch-salafistischen Spektrums führen keine anspruchsvollen, hochideologischen Diskurse, pflegen keinen ausschließlich frommen Lebenswandel und treten häufig nicht in traditionellem Erscheinungsbild auf.

Einige populäre extremistische Salafisten inszenieren sich als Influencer in den sozialen Medien. Sie bedienen sich einfacher Sprache, kokettieren mit einem Gangster-Image, das in Sprache und Erscheinungsbild subkulturelle Anleihen aus der Gangster-Rap-Kultur übernimmt, prahlen mit Kampfsport Erfahrung sowie Kontakten ins Clan-Milieu und pflegen einen konsumorientierten materialistischen Lebenswandel, den sie in sozialen Medien demonstrativ zur Schau stellen.

Insbesondere jüngere Menschen sind in Teilen von den propagierten Rollenbildern fasziniert und können hierüber Zugang zum extremistischen Salafismus finden. Dieser hat über einen längeren Zeitraum eine geistige Verflachung erfahren und ist damit einem breiteren Publikum zugänglich geworden. Diese Entwicklung hat im Wesentlichen mit Pierre Vogel begonnen und setzt sich über Akteure wie Dehran Asanov und Ibrahim El Azzazi fort.

Extremistische Prediger bedienen sich zielgerichtet sozialer Medien und nutzen beispielsweise Live-Videoschalten mit Influencern, um ihre Reichweite weiter zu steigern. Münden Gespräche in verbale Auseinandersetzungen, zu denen es mitunter kommen kann, so profitieren beide Seiten durch steigende Follower-Zahlen. Auf diese Weise gelingt es spielerisch, bei Menschen ohne Bezüge zum extremistischen Salafismus Aufmerksamkeit zu generieren und diese in Teilen für eine vertiefte Beschäftigung mit extremistisch-salafistischen Inhalten zu gewinnen. Einige extremistisch-salafistische Aktivisten lassen sich bei der Ausübung sportlicher Aktivitäten wie Hallenfußball filmen und streamen ihren Auftritt in sozialen Netzwerken. Religion und beliebte Freizeitaktivitäten schließen sich nicht aus und der Zugang zur Szene sei spielerisch leicht, so die Botschaft.

### Bezüge zu Clan-Strukturen

Um die Finanzierung ihrer Bestrebungen gewährleisten zu können und somit handlungsfähig zu bleiben, haben sich terroristische Gruppierungen in den letzten Jahren tatsächlich an die Strategien und Taktiken der Organisierten Kriminalität (OK) angenähert und sich dieser bedient. Hierbei geraten auch strafrechtlich in Erscheinung getretene Clanangehörige in den Fokus der Sicherheitsbehörden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind nur wenige, punktuelle Verbindungen zwischen der extremistisch-salafistischen Szene und kriminellen Clanangehörigen in Nordrhein-Westfalen erkennbar, die derzeit Gegenstand einer noch andauernden polizeilichen und nachrichtendienstlichen Analyse und Auswertung und diesbezüglichen Erkenntnisverdichtung sind. Gleichwohl ist zu konstatieren, dass diese Bezüge in Clan-Strukturen und zu einzelnen Clanangehörigen durch einige extremistisch-salafistische Akteure in sozialen Netzwerken offen und affirmativ zur Schau gestellt werden. Dies gilt insbesondere für Asanov und El Azzazi, die Kontakt zu einschlägigen Szenegrößen pflegen. Einige Akteure üben selbst eine Kampfsportdisziplin aus und verfügen über gute Verbindungen in die Kampfsportszene.

Die Vernetzung extremistisch-salafistischer Akteure mit kriminellen Clanangehörigen stellt eine Entwicklung dar, die die Sicherheitsbehörden im Blick behalten. Hieraus können sich neue Dynamiken und Radikalisierungsmomente ergeben. Extremistische

Prediger vermitteln religiös legitimierte patriarchalisch-chauvinistische Wertvorstellungen, mit denen sich auch Clanangehörige mit muslimischem Migrationshintergrund in vielen Fällen identifizieren können. Umgekehrt scheint das martialische Auftreten von Szenegrößen aus dem Bereich einschlägiger Clans eine Faszination auf einige extremistische Salafisten auszuüben, die sich diesem in Sprache und Erscheinungsbild annähern.

Extremistische Salafisten nutzen die Bezüge in das Clan-Umfeld gezielt, um Propagandainhalte zu verbreiten und neue Anhänger und Follower in den sozialen Medien zu gewinnen, indem sie Glaubwürdigkeit „auf der Straße“ erlangen. Einzelne kriminelle Clanangehörige scheinen durch den Kontakt zum extremistischen Salafismus eine religiös unterlegte Legitimation zu suchen.

Jugendliche und junge Erwachsene, die noch keine Bezüge zum extremistischen Salafismus aufweisen, sind gefährdet, sich islamistischen Denkweisen und Einstellungen anzunähern, wenn diese von populären extremistisch-salafistischen Akteuren in sozialen Netzwerken offen propagiert oder subtil verbreitet werden.

## Dehran Asanov

Dehran Asanov, der im Jahr 2023 zahlreiche Vortragsveranstaltungen vor großem Publikum durchgeführt hat, bedient sich in hohem Maße einfacher Sprache. Seine Glaubwürdigkeit speist sich aus der Behauptung, selbst Teil „der Straße“ gewesen zu sein und zeitweise „den falschen Weg“ beschritten zu haben.

Asanov geriert sich bewusst nicht als Gelehrter mit dem Anspruch, komplexe religiöse Fragestellungen beantworten zu wollen. Vielmehr wirbt er in einer auch für bildungsferne Milieus leicht zugänglichen Weise für ein extremistisch-salafistisches Islamverständnis, wobei er insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene anspricht. Neben der Durchführung von Präsenzveranstaltungen veröffentlicht Asanov zahlreiche Videobeiträge. Er ist mit offiziellen Accounts auf einer Vielzahl von Plattformen wie TikTok, YouTube, Instagram oder Spotify aktiv. Im Gegensatz zu seinen Vortragsveranstaltungen kleidet sich Asanov bei Internetauftritten oft nicht traditionell, sondern trägt Sportshirts, zum Beispiel Basketballtrikots, und stellt auf diese Weise eine Nähe zu dem vielfach jungen Publikum her. Bei Fragen zu komplexeren religiösen Themengebieten verweist er in der Regel auf Gelehrte aus dem extremistisch-salafistischen Spektrum. Trotz der zur Schau gestellten Lockerheit propagiert Asanov extremistisch-salafistische Inhalte. Zumeist handelt es sich um chauvinistisch-patriarchalische Werte und Moralvorstellungen, die mit extremistisch-salafistischen Begründungsmustern unterlegt werden. Sein eingängiger, schlichter Duktus, das Thematisieren lebensnaher Inhalte unter Auslassung komplexer theologischer Fragen und sein betont legeres Erscheinungsbild ermöglichen Asanov einen Zugang zu einem breiten, insgesamt jungen Publikum, das sich mit ihm identifizieren kann.

Der Prediger propagiert ein Rollenverständnis, das mit dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbar ist: Demzufolge sind Frauen Männern nicht gleichgestellt, sondern ihnen untergeordnet, dürfen ihnen nicht widersprechen und haben sich vollständig zu bedecken. Die Aufgabe der Frauen beschränkt sich seiner Vorstellung nach auf die häusliche Fürsorge für die Familie.

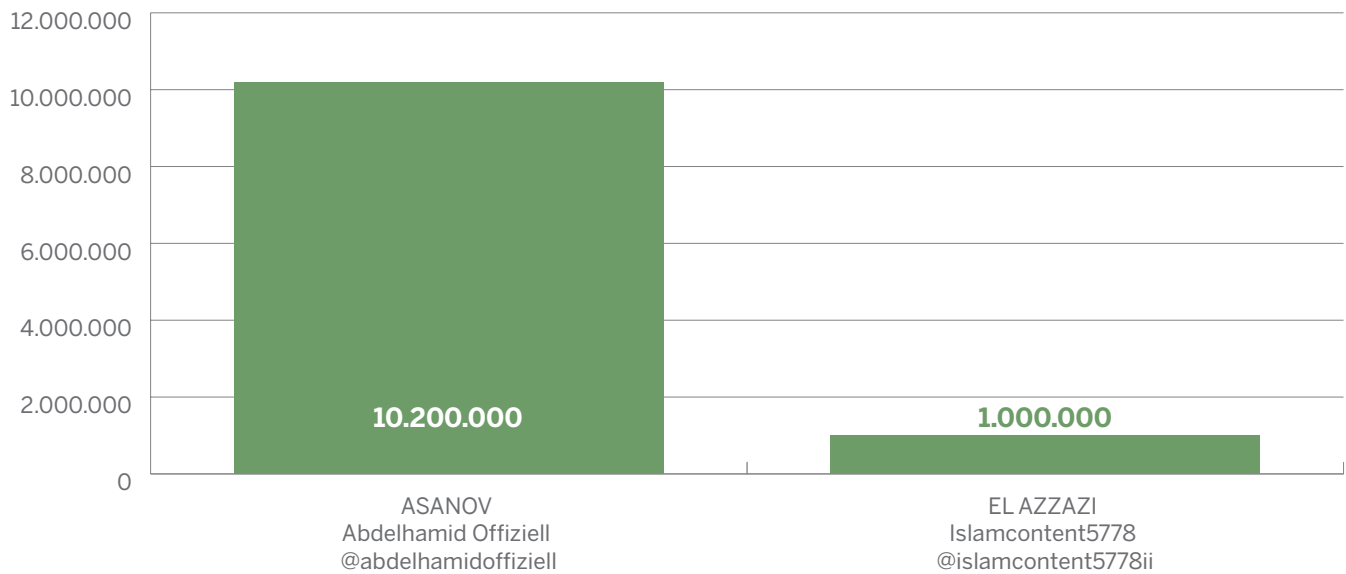


ABBILDUNG 6

Zustimmungswerte auf TikTok von Asanov  
und El Azzazi

## TikTok-Likes Asanovs und El Azzazis

Stand: Januar 2024



## Ibrahim El Azzazi

Auch Ibrahim El Azzazi, der sich im Gegensatz zu Asanov allerdings durchaus als Gelehrter inszeniert, verwendet ähnliche Formate und eine einfache Sprache, die insbesondere ein jüngeres Publikum anspricht.

El Azzazi zeigt ebenfalls eine starke Präsenz auf sozialen Medien, die verstärkt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen konsumiert werden. Ein von ihm genutzter, mittlerweile gesperrter, TikTok-Auftritt konnte hohe Follower- und Klickzahlen aufweisen.

El Azzazi nutzte TikTok für die im Stil eines islamischen Rechtsgutachtens (Fatwa) vorgetragene Beantwortung auch überspitzter, satirisch anmutender Fragen im Kurzvideoformat. So lautete eine Frage: „Darf man [als Muslim] in Schweinfurt leben?“ Antwort: „Es ist – inshaallah – nicht verboten, ja.“ Auf diese Weise wird auch religiös wenig bis gar nicht interessierten Menschen ein Zugang zu den propagierten Themen ermöglicht.

Um seinen Bekanntheitsgrad zu steigern, nutzt El Azzazi Interviews und wirkt an Reportagen mit, die in sozialen Netzwerken verbreitet werden. Zu diesem Zweck sucht er die Nähe von Influencern, die bereits über eine größere Reichweite verfügen. Für die Erhöhung der Reichweite nimmt El Azzazi negative Kommentare in Kauf und zeigt sich auch mit Personen, die ihn öffentlich deutlich kritisieren.

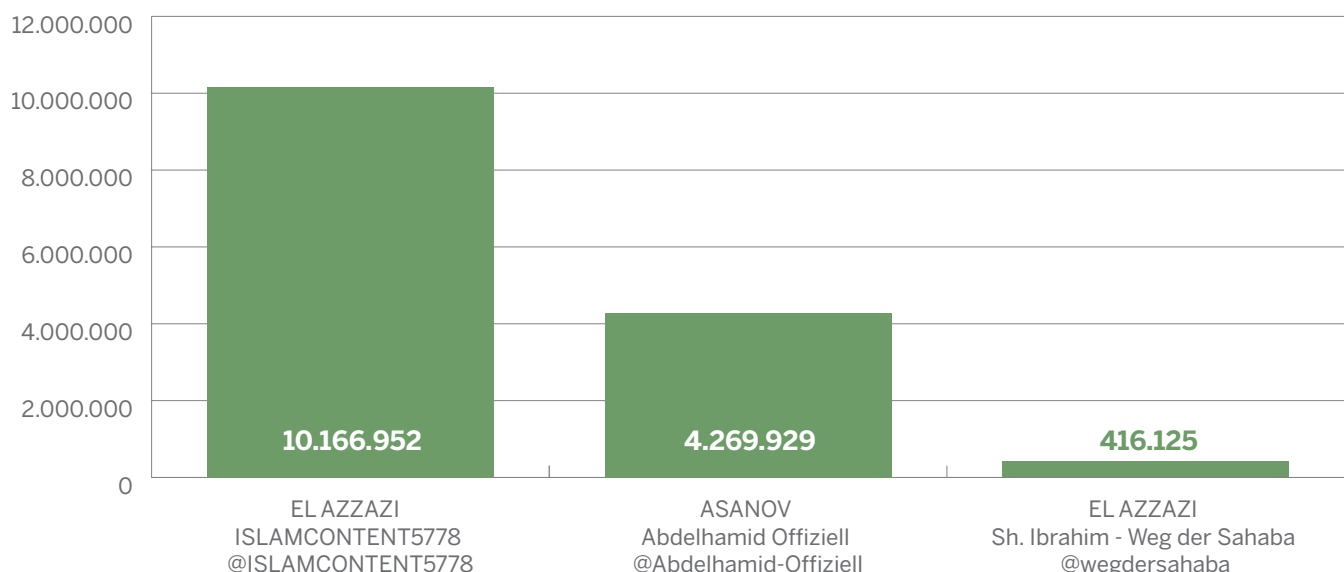
Er agitiert bei öffentlichen Auftritten gegen den deutschen Staat und fordert eine Abgrenzung von Muslimen gegenüber den „Kuffar“ (Ungläubigen). Auf die Frage, ob ein Muslim als Polizist arbeiten dürfe, erklärt er beispielsweise, dass es aus islamischer Sicht nicht erlaubt sei, für einen Staat, der nicht die Interessen des Islam vertritt, tätig zu werden. Symbole oder Namen von „Kuffar“, zum Beispiel auf Fußballtrikots, dürften Muslime nicht tragen, da Ungläubige nicht nachzuahmen seien. In einem Staat, in dem die Scharia eingeführt sei, müsse einem Dieb, wenn das Diebesgut einen bestimmten Wert übersteigt, die Hand abgehackt werden.

ABBILDUNG 7

YouTube-Aufrufe von Asanov und El Azzazi im Vergleich

## YouTube-Aufrufe Asanovs und El Azzazis

Stand: Januar 2024



## Gefangenenhilfe

Neben Besuchen von Gerichtsprozessen und der Vermittlung von Anwälten zählen auch Aktivitäten in den sozialen Medien zu den Kernbereichen der Gefangenenhilfe. Letztere umfassen Solidaritätsaufrufe und Spendensammlungen für inhaftierte Szeneangehörige in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und im Ausland. Im Bereich der Unterstützung vor allem weiblicher Jihadistinnen in den nord-syrischen Lagern Roj und al-Hol, häufig mit dem Ziel ihrer Ausschleusung in die Türkei, findet eine Solidarisierung mit internationalen Aktivisten in den sozialen Medien statt.

Ehemals in jihadistische Kampfgebiete ausgereisten Männern, Frauen und deren Kindern, die bereits zurückgekehrt sind oder zukünftig aus den Lagern im Irak oder in Nord-Syrien zurückgeführt werden, wird eine besondere Bedeutung zugemessen. Die durch etablierte Netzwerke der Gefangenenhilfe eingeworbene Unterstützung dieser Rückkehrenden verstärkt die Rolle der jihadistischen Strukturen innerhalb des extremistisch-salafistischen Spektrums in erheblichem Maße.

Die wesentlichen Akteure in Nordrhein-Westfalen werden im Folgenden aufgeführt:

### Bernhard Falk

Falk, der sich als Muntasir billah (deutsch: Siegreich durch Gott) bezeichnet, ist ein zum Islam konvertierter ehemaliger Linksterrorist. Als selbsternannter Prozessbeobachter nimmt er bundesweit an Gerichtsverhandlungen teil. Da Falk zu Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen keinen Zugang mehr erhält, lässt er Besuche von Personen aus seinem Umfeld, die seine Gefangenenhilfe unterstützen, durchführen. Daneben sucht Falk den Kontakt zu Inhaftierten über Briefverkehr. In seinen im Internet veröffentlichten Beiträgen agitiert er gegen Zeugen, Staatsanwälte, Richter, Pflichtverteidiger und Ermittlungsbehörden. Er bedient er sich dabei vornehmlich unwahrer und übersteigerter Behauptungen sowie suggestiver Aussagen. Zielsetzung seiner Aktivitäten ist der Aufbau von Abhängigkeitsverhältnissen und die Verankerung der durch ihn betreuten Personen in der extremistischen Ideologie, insbesondere aber die Steigerung der eigenen Popularität im extremistisch-salafistischen, aber auch im linken und linksextremistischen Spektrum. Neuerdings sucht Falk auch die Nähe zu rechtsextremistischen Querfront-Aktivisten, die seine pro-russische Haltung

teilen, und engagiert sich öffentlichkeitswirksam in diesen Kreisen. Für die Ende August 2023 neu gegründete pro-russische Partei „Aufbruch Frieden-Souveränität-Gerechtigkeit“ ist Falk als Schatzmeister tätig. Damit entfernt er sich ideologisch vom extremistischen Salafismus. Die von ihm behauptete Interessenkongruenz salafistischer und linksextremistischer antiimperialistischer Ideologie findet im extremistisch-salafistischen Spektrum nahezu keinen Anklang.

Im extremistischen Salafismus polarisiert er durch seine weiterhin bestehende geistige Nähe zu linker und linksextremistischer Ideologie, seine offenen Sympathiebekundungen für al-Qaida (AQ) und seine Agitation gegen andere prominente Vertreter des extremistisch-salafistischen Spektrums erheblich und trifft insbesondere auf ideologischer Ebene vielfach auf Ablehnung.

### Free our Sisters

Die Aktivitäten der Organisation Free our Sisters haben zuletzt deutlich zugenommen. Ähnlich wie Bernhard Falk verfolgt auch Free our Sisters das Ziel, einer Resozialisierung von Inhaftierten in den Justizvollzugsanstalten entgegenzuwirken und eine Bindung an die extremistisch-salafistische Szene zu festigen. Durch den Verkauf beziehungsweise die Versteigerung von gespendeten Büchern, Kleidung und Alltagsgegenständen werden Gelder gesammelt. Diese sollen Inhaftierten und ihren Angehörigen in Form von juristischer Unterstützung, Finanz- und Sachspenden zugutekommen. Zudem wird wiederholt zum Verfassen und Versenden von Briefen an Inhaftierte aufgerufen. Free our Sisters beteuert, dass keine Gelder ins Ausland oder gar an Terrororganisationen fließen würden.

Dem widerspricht jedoch der Befund, dass in der Vergangenheit Briefe aus den Gefangenenlagern al-Hol oder Roj in den sozialen Medien gepostet wurden, in denen man sich für die Unterstützung durch Free our Sisters bedankt. In diesen Lagern in Nord-Syrien werden ausschließlich ehemalige IS-Kämpfer inhaftiert. Manche Fotos zeigen auch höhere Bargeldspenden, die in den Camps ankamen. Dies kann als Beleg dafür gewertet werden, dass eine Unterstützung von IS-Anhängern in nord-syrischen Gefangenenlagern stattgefunden hat.

## Al Asraa - Die Gefangenen

Die Vereinigung Al Asraa (deutsch: Die Gefangenen), die im Jahr 2015 erstmals in sozialen Netzwerken aktiv wurde, hat sich auf die Betreuung von inhaftierten Muslimen und deren Angehörigen spezialisiert. Bei dieser Vereinigung handelt es sich um eine Organisation, die sowohl aufgrund der Themensetzung als auch im Erscheinungsbild stark der Gefangenenhilfe Ansarul Aseer ähnelt, die im Zuge des Vereinsverbotsverfahrens zu Tauhid Germany im Jahre 2015 verboten wurde.

Seit dem Sommer 2020 sind die Aktivitäten von Al Asraa merklich zurückgegangen. Die Vereinigung postet seitdem nur noch sporadisch Beiträge anderer Organisationen und spielt in der Gefangenenhilfe nur noch eine nachgeordnete Rolle.

## Islamisten in Haft

Die Zahl der Straftäter, die dem extremistisch-salafistischen Spektrum zuzurechnen sind, war in den vergangenen Jahren aufgrund von Propaganda- und Unterstützungstätigkeiten für den sogenannten IS sowie andere jihadistische Organisationen und wegen zahlreicher Ausreisen in und Rückreisen aus jihadistischen Kampfgebieten in erheblichem Maß angestiegen. Sie ist nach der militärischen Niederlage des sogenannten IS im Jahr 2019 jedoch rückläufig.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat Stellen für die Koordination der Verfahren und Maßnahmen bei Rückkehrern und Rückkehrerinnen samt ihrer minderjährigen Familienangehörigen sowie für den Kontakt zur Justiz und darüber hinaus eine Verbindungsstelle zu den Justizvollzugsanstalten eingerichtet. Die „Rückkehrkoordination Nordrhein-Westfalen“ prüft in jedem Einzelfall auch die Möglichkeit, die Betroffenen in Deradikalisierungsprogramme zu vermitteln. Die Verbindungsstelle zu den Justizvollzugsanstalten gewährleistet den Überblick über inhaftierte Islamisten und deren Entwicklung in der Haft. Insbesondere vor einem Entlassungstermin ist dieser Einblick für eine Bewertung der durch die Sicherheitsbehörden zu treffenden Maßnahmen von Bedeutung. In Fallkonferenzen aller beteiligten Sicherheitsbehörden werden alle diesbezüglich relevanten Informationen zusammengeführt und die Maßnahmen abgestimmt.

## Fallkonferenzen

Insbesondere von jihadistisch motivierten Inhaftierten können erhebliche Gefahren für die innere Sicherheit nach der Haftentlassung ausgehen. Im Fall von Gefährdern und Relevanten Personen (Erläuterung der Begriffe im Jihadismus-Kapitel) erfolgt ein sehr engmaschiger Austausch zwischen Justiz, Polizei und Verfassungsschutz. So ist es möglich, auf kurzfristige Entlassungen von eingestuftem Personenpotenzial sicherheitsbehördlich mit abgestimmten nachrichtendienstlichen oder polizeilichen Maßnahmen zu reagieren.

In einigen Fällen radikalisieren sich Personen erst in der Haft und wenden sich dem Islamismus zu. Der Verfassungsschutz führt über die Verbindungsbeamten in den Justizvollzugsanstalten Sensibilisierungen – unter anderem Fortbildungen zum Themenfeld Islamismus – durch, damit bereits radikalisierte oder in einem Radikalisierungsprozess befindliche Personen schnell und sicher identifiziert werden können. Sollte eine Gefährdung für die Allgemeinheit festgestellt werden, gehen die Sicherheitsbehörden in einen engen Erkenntnisaustausch und besprechen gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen.

## Hilfsorganisationen

Salafistische Hilfsorganisationen mischen karitatives Engagement geschickt mit extremistischen Inhalten. Die Unterstützung durch bekannte und populäre salafistische Prediger und das Verbreiten ihrer Inhalte zählt zur Werbestrategie. Die Organisationen sind fester Bestandteil des extremistisch-salafistischen Spektrums mit strukturellen und personellen Schnittmengen zu anderen Akteuren der Szene in Nordrhein-Westfalen und bundesweit.

Da auch extremistische Hilfsorganisationen humanitäre Themen besetzen, die in der breiten Gesellschaft Zustimmung erfahren, lässt sich beobachten, dass auch nicht-extremistische muslimisch geprägte Gesellschaftsteile erreicht werden. Dadurch erhalten Hilfsorganisationen, die im extremistisch-salafistischen Spektrum angesiedelt sind, breitere Akzeptanz und gesellschaftliches Ansehen, was wiederum ihre Effektivität beim Sammeln von Spenden erhöht. Diese Anschlussfähigkeit in breitere gesellschaftliche Kreise hinein wird als Entgrenzung bezeichnet, weil es extremistischen Salafisten hier gelingt, über die Grenzen ihres Milieus hinaus in die demokratische Gesellschaft hinein zu wirken. Regional oder gar deutschlandweit werden auf diese Weise große Geldbeträge akquiriert. Die Verwendung der Gelder kann hierbei vielfach nicht transparent nachvollzogen werden.

Die Kombination aus humanitärer Hilfe und professioneller Werbung sowie der Werbeunterstützung durch Influencer, unter anderem aus der Rap-, Beauty- oder Kampfsportszene, sorgen für eine hohe Attraktivität und Reichweite bei potenziellen Geldgebern. Ebenso hat sich die Spendenakquise insoweit erweitert, dass neben der klassischen Geldspende per Überweisung Gelder über digitale Spendenpools sowie über prozentuale Verkaufserlöse bei muslimischen Bekleidungs-, Dekorations- und Pflegeprodukten erzielt werden sollen. Ein zentraler Schwerpunkt der Aktivitäten ist der Kryptowährungshandel. So nehmen salafistisch beeinflusste Hilfsorganisationen auch Spenden via Bitcoin entgegen. Transaktionen über Kryptowährungen sind für das salafistische Spektrum lukrativ, da eine etwaige Zweckentfremdung und Verschleierung der Geldströme durch die scheinbare Anonymität vereinfacht wird. Zudem werden so Kontosperrungen vermieden, da die Aktivitäten weitestgehend unterhalb des Radars der Geldwäschemeldungen der Kreditinstitute bleiben.

## Ansaar International

Der Verein Ansaar International e.V., nachfolgend Ansaar genannt, wurde 2012 als Ansaar Düsseldorf e.V. gegründet. Er entwickelte sich nach seiner Umbenennung im Jahr 2014 in Ansaar International e. V. bis zu seinem Verbot am 22. März 2021 zur größten Hilfsorganisation im extremistisch-salafistischen Spektrum in Deutschland.

Mit der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, erstmals im Jahr 2013, bemühte sich Ansaar in der Folge um ein moderateres äußeres Bild, die Verknüpfungen in das extremistisch-salafistische Spektrum blieben davon jedoch unberührt.

Ansaar nahm, ähnlich wie auch andere Hilfsorganisationen des extremistisch-salafistischen Spektrums, für sich in Anspruch, weltweit primär für Muslime humanitäre Hilfe zu leisten. In der Spitze will der Verein bis zum Verbot im Jahr 2021 nach eigenen Angaben mehr als 100 Projekte in über 50 Ländern betreut haben.

Neben den aufgeführten Projekten sind jedoch auch beträchtliche Summen für Tätigkeiten aufgewendet worden, die der Verbreitung extremistischer Ideologie und der Unterstützung terroristischer Vereinigungen zuzurechnen sind. So bot Ansaar unter anderem Predigern des extremistischen Salafismus im Rahmen von Benefizveranstaltungen die Möglichkeit, extremistisches Gedankengut zu verbreiten, übermittelte Geldzahlungen und Hilfsgüter an Terrororganisationen, darunter die Jabhat al-Nusra (JaN) beziehungsweise Hai'at Tahrir al-Sham (HTS) in Syrien, die HAMAS im Gazastreifen und die Al-Shabab in Somalia und unterstützte die JaN bzw. HTS mit der Lieferung militärischer Ausrüstungsgegenstände und Geld für Waffenkäufe. Zudem identifizierte sich Ansaar mit Zielen der in Krisengebieten herrschenden Terrororganisationen.

Gegen das mit Verfügung vom 22. März 2021 durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat ausgesprochene Verbot reichte der Verein Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ein. Mit Urteil vom 21. August 2023 wurde die Klage letztinstanzlich in allen Punkten abgewiesen und somit das Verbot als rechtmäßig anerkannt.

## Trends und Prognosen

Pandemiebedingt haben populäre extremistisch-salafistische Akteure ihre Präsenz in den sozialen Medien verstärkt. Auch nach dem Ende der Pandemie haben sie ihre Aktivitäten dort unvermindert fortgesetzt. Denn durch die intensive Nutzung von sozialen Medien erhöhen extremistisch-salafistische Prediger ihre Reichweite bedeutend.

Kurzweilige, eingängige und leicht zugängliche Medien wie TikTok erlauben es extremistischen Salafisten, ihre Inhalte einem großen Adressatenkreis zugänglich zu machen. Vor allem Formate wie TikTok machen es dabei wahrscheinlicher, dass insbesondere junge Menschen auch ohne Bezug zum Islamismus oder sogar ohne spezielles religiöses Interesse am Islam bei der alltäglichen Nutzung von TikTok mit extremistisch-salafistischer Ideologie in Berührung kommen und daran Gefallen finden.

Der Zugang zum extremistischen Salafismus findet zunehmend niedrigschwellig statt: Extremistische Inhalte sind online leicht zugänglich und können in Form von extremistisch-salafistischen Versatzstücken (Salafismus als Lifestyle) durch Jugendliche und junge Erwachsene auch in ein nicht konsequent islamisch ausgerichtetes Leben integriert werden.

Extremistische Salafisten gerieren sich online auch vermehrt als Influencer. Es gelingt ihnen, ein überwiegend sehr junges Publikum anzusprechen, da sie keine anspruchsvollen theologischen Diskurse führen, sondern schlichte lebensnahe Themen mit salafistischen Positionen besetzen. Sie bedienen sich einfacher, umgangssprachlich gefärbter Sprache und kultivieren ein betont lockeres Auftreten, das häufig von Vorbildern aus Gangster-Rap, Kampfsport und kriminellen Milieu beeinflusst ist. Der Zugriff auf Social Media-Plattformen ist insbesondere bei einem jüngeren Publikum ständige Praxis. Extremistisch-salafistische Inhalte werden, um eine große Reichweite bei der Missionierung herzustellen, deshalb genau dort in einer kurzweiligen, ein junges Publikum ansprechenden Aufmachung vermittelt. Die Leichtigkeit des Zugangs zusammen mit der ansprechenden, lifestyle-gerechten Vermittlung leistet einer Entgrenzung und einem Anschluss an nicht-extremistisch geprägte Gesellschaftsteile Vorschub.

Schlichte, chauvinistisch-patriarchalische Wertvorstellungen, die mit salafistischen Begründungsmustern legitimiert und von populären extremistisch-salafistischen Akteuren vertreten werden, finden bisweilen auch in einem muslimisch-migrantischen Clan-Milieu Anklang. Während patriarchalische Normen im muslimisch-migrantischen Clan-Umfeld grundsätzlich einen hohen Verbreitungsgrad erfahren, kann dies von extremistisch-salafistischen Positionen nur in begrenztem Umfang angenommen werden.

War durch das Verbotsverfahren der Koranverteilung LIES!/DWR und die COVID-19-Pandemie ein Rückgang von extremistischen Missionierungsaktivitäten erkennbar, so scheint sich dieser Trend wieder umgekehrt zu haben. Informationsstände, über die extremistisch-salafistische Ideologie verbreitet wird, (Street-Da'wa), Plakataktionen, Verteilung von Flugblättern mit religiös-moralisierenden Inhalten sowie Pilgerreisen, die von extremistischen Predigern durchgeführt werden, sind wieder vermehrt festzustellen.

Die Gefangenenhilfe hat innerhalb der Szene durch die Rückkehr von ehemaligen IS-Kämpfern und im Zuge zahlreicher Verbotsmaßnahmen und damit einhergehender Verdrängungseffekte in den vergangenen Jahren entscheidend an Bedeutung gewonnen. In diesem Feld ist jedoch derzeit eher eine Konsolidierung zu beobachten, die unter anderem mit einer geringeren Zahl an Rückkehrern aus den ehemaligen IS-Gebieten nach Deutschland zu erklären ist. Mit dem Verbot von Ansaar International, das am 22. März 2021 durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat ausgesprochen und durch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig mit Urteil vom 21. August 2023 bestätigt wurde, verschwindet die reichweitenstärkste und profilierteste Hilfsorganisation des extremistischen Salafismus. Dies ist ein unverkennbar wichtiges Signal an bestehende und künftige Vorhaben, humanitäre Hilfe mit extremistischem Aktivismus zu verbinden.

## Strukturen der jihadistischen Szene

### Kernbotschaften

- » Der Jihadismus stellt eine fortdauernde Herausforderung für die Sicherheitsbehörden und die Gesellschaft dar. Die Verbreitung jihadistischer Ideologie ist nach wie vor ein Nährboden und Motor für terroristische Gewalt. Dadurch besteht weiterhin eine sehr hohe Gefahr für terroristische Anschläge von islamistisch motivierten Extremisten in Deutschland.
- » Anschläge und gegen den Westen gerichtete Drohungen zielen darauf ab, der eigenen Anhängerenschaft Handlungsfähigkeit und Macht zu suggerieren, Zulauf für die jihadistische Ideologie und jihadistische Gruppierungen zu generieren und westliche Staaten zu destabilisieren.
- » Der Westen wird meist in seiner Gesamtheit als Feind betrachtet. Die besondere Herausstellung eines einzelnen Staates findet nur selten statt. Deutschland wird aufgrund der ökonomischen Stärke und hervorgehobenen Stellung innerhalb der Europäischen Union (EU) als eine der führenden Nationen sowie als Vertreter „westlicher Werte“ angesehen. Eine explizite Nennung als legitimes Ziel für die Durchführung von Anschlägen ist daher nicht mehr zwingend erforderlich.
- » Die Vernichtung des Staates Israel und die vermeintliche „Befreiung Palästinas“ ist fester Bestandteil jihadistischer Botschaften. In der jüngeren Vergangenheit wurde die „Befreiung Palästinas“ in der jihadistischen Propaganda eher zurückgestellt. Der massive terroristische Angriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 wird jedoch auch im jihadistischen Spektrum aufgegriffen. Während Jihadisten grundsätzlich jegliche Gewalt gegen Israel ausdrücklich billigen und auch der Angriff der HAMAS seitens al-Qaida (AQ)-Ablegern wohlwollend kommentiert wurde, wird der HAMAS seitens des sogenannten Islamischen Staates (IS) und seinen Unterstützern abgesprochen, als legitime Vertretung muslimischer Interessen zu fungieren.
- » Vor allem der sogenannte IS, aber auch Teile des AQ-Netzwerkes – insbesondere al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) – sind weiterhin bestrebt, (selbst)radikalisierte Einzelpersonen (sogenannte lone actor terrorists) oder eigenständig agierende (Kleinst-)Gruppen zu Terroranschlägen in den „Ländern der Ungläubigen“ zu motivieren. Auch komplexe Anschläge liegen im Interesse beider Gruppierungen. Solche werden zurzeit jedoch eher vom IS, und hier vor allem von Seiten des Islamischen Staates Provinz Khorasan (ISPK), lanciert.
- » In den letzten Jahren haben jihadistische Gruppierungen vor allem im Globalen Süden, der Sahelzone, der Subsahara sowie im Vorderen und Mittleren Orient ihre Terrorangriffe ausgeweitet und verstärkt. Somit steht den im Globalen Norden abnehmenden jihadistischen Angriffen eine Zunahme in anderen Regionen gegenüber.
- » In Subsahara-Afrika sieht der sogenannte IS ein neues Gebiet für sein „Kalifatsprojekt“. Die „IS-Provinz“ in Westafrika gilt als mögliches Ausreisegebiet, das jedoch in keiner Weise eine vergleichbare Sogwirkung auf jihadistisch motivierte Personen aus dem Ausland entfaltet, wie es in der Hochzeit des sogenannten IS im Bereich Syrien und Irak der Fall war.
- » Trotz der weiterhin sinkenden Zahlen jihadistischer Angriffe im Globalen Norden häufen sich in jüngster Zeit in der offiziellen Propaganda jihadistischer Gruppierungen des sogenannten IS und AQ wieder Anschlagdrohungen gegen den Westen. Beide Gruppierungen halten an einem „globalen Jihad“ fest und beanspruchen jeweils die weltweite Führung der Muslime.
- » Emotionalisierende Ereignisse wie die Veröffentlichung von Prophetenkarikaturen oder Koranschändungen bergen ein hohes Mobilisierungspotenzial für radikalisierte Einzelpersonen oder (Kleinst-)Gruppen. Auch in der deutschsprachigen jihadistischen Szene wird die Tötung von Personen propagiert, denen Beleidigungen oder Verunglimpfungen des Propheten vorgeworfen werden.

## Jihadistische Anschlagsvorhaben und Anschläge in Nordrhein-Westfalen ab 2020

- » Im April 2020 wurden in Nordrhein-Westfalen vier tadschikische Jihadisten, die mit hochrangigen IS-Führungsmitgliedern in Syrien und Afghanistan, darunter solchen des Islamischen Staats Provinz Khorasan (ISPK), in Kontakt standen, festgenommen. Zum Zweck von Anschlagsvorhaben waren sie bereits in den Besitz von Schusswaffen gelangt.
- » Im September 2021 konnte durch die Sicherheitsbehörden ein Anschlag auf eine Synagoge in Hagen vereitelt werden. Der noch minderjährige Täter hatte sich im Internet radikalisiert und wurde durch einen Mentor des sogenannten IS bei den Vorbereitungen des Anschlags unterstützt.
- » Anfang Januar 2023 wurden in Castrop-Rauxel zwei Iraner festgenommen, die offenbar Anschläge mit Rizin und Cyanid planten. Auch diese beiden sollen über das Internet in Kontakt mit IS-Unterstützern beziehungsweise -Mitgliedern gestanden und so Zugang zu Anleitungen zur Durchführung von Terroranschlägen erhalten haben.
- » Im April 2023 tötete ein jihadistisch motivierter Syrer zunächst einen 35-jährigen Mann in der Duisburger Altstadt mit einer Vielzahl von Messerstichen und verletzte zu einem späteren Zeitpunkt in einem Duisburger Fitnessstudio vier Menschen unter dem erneuten Einsatz einer Stichwaffe schwer. Im Rahmen des Gerichtsverfahrens zum ersten vollendeten islamistisch motivierten Tötungsdelikt in Nordrhein-Westfalen bekannte der Täter sich zum sogenannten IS und erklärte die Taten, denen auch Personen mit muslimischem Hintergrund zum Opfer fielen, als Vergeltung für das westliche Vorgehen gegen Muslime begangen zu haben.
- » Im Juli 2023 wurden in Nordrhein-Westfalen sieben mutmaßliche aus Zentralasien (Tadschikistan, Kirgistan und Turkmenistan) stammende Mitglieder einer jihadistischen Terrorzelle festgenommen, die im Namen des sogenannten IS Terroranschläge zu begehen beabsichtigten. Die Gruppe soll im Kontakt zum IS-Ableger Islamischer Staat Provinz Khorasan (ISPK) gestanden haben.
- » Im Oktober 2023 führten Hinweise eines ausländischen Nachrichtendienstes zur Festnahme eines Jihadisten, der mutmaßlich einen Anschlag gegen eine pro-israelische Demonstration durchführen wollte. Er war bereits 2013 nach Syrien ausgewandert, hatte sich dem sogenannten IS angeschlossen, kehrte 2016 nach Deutschland zurück und wurde damals zu fünf Jahren Jugendstrafe verurteilt.
- » Im November 2023 wurden zwei jihadistisch motivierte Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren festgenommen, die einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Leverkusen planten, was dank nachrichtendienstlicher Hinweise frühzeitig verhindert werden konnte.
- » Im Dezember 2023 konnten aufgrund von nachrichtendienstlichen Hinweisen mehrere Verdächtige festgenommen werden, die mutmaßlich im Auftrag des Islamischen Staats Provinz Khorasan (ISPK) Anschläge an Weihnachten und/oder Silvester, unter anderem in Köln, durchzuführen beabsichtigten.



## Jihadistische Mobilisierung

Für den Jihadismus ist nicht das lokale oder nationale politische Gemeinwesen die entscheidende Bezugsgröße. Jihadistisch motivierte Personen wie IS-Anhänger begreifen sich als Teil einer transnationalen, religiös-politischen Gemeinschaft Gleichgesinnter mit dem Anspruch, die nationalstaatliche Ordnung einzureißen und durch Anwendung von Gewalt ein weltumspannendes Kalifat aufzubauen. Als solche haben weltweite Ereignisse mit Bezug zum Islam oder zu Muslimen unmittelbare Auswirkungen auf das Denken und Handeln jihadistisch motivierter Personen und lösen bei latent vorhandener extremistischer Ausrichtung häufig drastische Handlungsimpulse aus.

So hat der Bürgerkrieg in Syrien, das medial sichtbare Leid der Zivilbevölkerung und die Gründung jihadistischer Organisationen radikalisierte Personen zur Ausreise ins IS-Herrschaftsgebiet oder zur Begehung von Anschlägen im Westen motiviert.

Mohammed-Karikaturen und Koranschändungen führen regelmäßig dazu, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Bürger derselben Nationalität, wie die mit einer Karikatur oder Buchverbrennung in Aktion getretenen Personen, vorrangiges Ziel jihadistisch motivierter Anschläge werden. Der Anschlag auf schwedische Fußballfans in Brüssel im Oktober 2023 war beispielsweise mutmaßlich durch vorangegangene Koranverbrennungen in Schweden motiviert.

Der Terrorangriff der HAMAS auf Israel und das Vorgehen der israelischen Streitkräfte gegen die Organisation hat bereits Einzeltäter in mehreren westlichen Ländern zu jihadistisch motivierten Angriffen veranlasst, bei denen aktuell vor allem einfache Tatmittel wie Hieb- und Stichwaffen zur Anwendung kommen. Weltweite Ereignisse mit Bezug zum Islam oder zu Muslimen können auch in Nordrhein-Westfalen Radikalisierungsdynamiken bei Einzelpersonen auslösen und zu Übersprunghandlungen in Form von jihadistisch motivierten Anschlagsplanungen und -handlungen führen.

Extremistische Akteure zielen insbesondere auf junge Menschen ab, versuchen diese für ihre Ideologie zu gewinnen und sie in ihrem Sinne zu radikalisieren. Im Falle der Koranverteilkampagne LIES!/DWR wurde die Mitwirkung an Straßenmissionierungen als Einstieg für eine jihadistische Ideologisierung genutzt. Mit dem Verbot der damit verbundenen Strukturen gegen Ende 2016 und einem konsequenten Einschreiten von Ordnungs- und Sicherheitsbehörden konnten jihadistische Anbahnungsbestrebungen erfolgreich aus dem öffentlichen Raum verbannt werden. Jihadistische Werbung und Agitation findet jedoch nach wie vor im Internet statt. Extremisten haben erkannt, dass die Kommunikation auf Social-Media-Plattformen vor allem bei Jugendlichen eine immer größer werdende Rolle spielt. Propagandamittel lassen sich online unkontrolliert, schnell, kostengünstig und vermeintlich anonym verbreiten und auch konsumieren.

Insbesondere durch geschlossene Gruppen und Chats entstehen sogenannte „Echokammern“, in denen sich die Nutzer in ihren extremistischen Denkweisen gegenseitig bestärken und rechtfertigen. In manchen Fällen findet die Radikalisierung fast ausschließlich online statt. Das Internet bildet vielfach einen Katalysator im Radikalisierungsprozess, der in der Regel durch realweltliche Interaktionen ergänzt wird. Um einer Radikalisierung entgegenzuwirken, gilt grundsätzlich: Je eher eine Radikalisierung offenbar wird, desto größer sind die Erfolgsaussichten von Deradikalisierungsmaßnahmen.

## Jihadismus im Internet

Ohne das Internet würde der Jihadismus keine vergleichbare Reichweite entfalten. Insbesondere bestimmte Plattformen, die ein gewisses Maß an Konspirativität gewährleisten, ermöglichen jihadistischen Gruppierungen Propaganda gezielt zu verbreiten, neue Anhänger zu rekrutieren und Anschlagplanungen anzustoßen. Beispielsweise werden auf TikTok jihadistische Beiträge veröffentlicht, die durch die Verwendung von trendigen Memes oder sogenannten Stickern getarnt werden. Auf diesem Weg kann jihadistische Propaganda als vermeintlich harmlos verklausuliert und bei der Zielgruppe platziert werden. In vielen Fällen, so haben Analysen gezeigt, hat sich das Weltbild jihadistisch motivierter Personen durch jihadistische Propaganda im Internet verfestigt. Teilweise wurden Personen, denen jihadistische Tatplanungen nachgewiesen werden konnten, erst auf Plattformen, die ein hohes Maß an vermeintlicher oder tatsächlicher Abschottung ermöglichen, zu konkreten Tatplanungen verleitet und angeleitet.

### Die Wirkmacht der IS-Propaganda

Dem sogenannten IS gelingt es aufgrund deutlich eingeschränkter personeller und materieller Ressourcen zwar nicht mehr, in Qualität und Quantität an die Propagandaleistung vergangener Jahre anzuknüpfen. Dennoch bleibt die Organisation die wirkmächtigste jihadistische Gruppierung weltweit, zumal sich jihadistisch motivierte Personen, die Anschläge im Westen begehen, fast ausschließlich auf den sogenannten IS berufen. Das Niveau der jihadistischen Propaganda des sogenannten IS als Motor für Radikalisierungen bleibt durch andere jihadistische Organisationen unerreicht. Der sogenannte IS verzichtet seit jeher auf lange theologische und ideologisch-politische Traktate und fokussiert sich auf optisch ansprechende, plakative, eingängige, hoch emotionalisierte und drastische Botschaften. Diese werden in Formaten vermittelt, die klassischen Posts in den sozialen Medien, die Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen, optisch ähnlich sind, auch wenn die vermittelten Inhalte diametral von diesen abweichen. Damit gelingt es dem sogenannten IS weiterhin, insbesondere jüngere, mental wenig gefestigte Personen zu erreichen.

Jihadistische Medieninhalte wie Videos, Audio-dateien und Zeitschriften wurden und werden gezielt für den deutschen Markt produziert und über das Internet verbreitet. Auch wenn die Quantität jihadistischer Propaganda im Vergleich zur Hochzeit des sogenannten IS deutlich abgenommen hat, sind ältere Propagandainhalte weiterhin im Umlauf und werden stetig durch neue Veröffentlichungen ergänzt.

### Messengerdienste als Konspirationsräume

Schon seit geraumer Zeit findet jihadistische Propaganda im Internet nur noch vereinzelt auf statischen Webseiten statt. Jihadistisch motivierte Gruppierungen und ihre Anhänger nutzen bevorzugt Messengerdienste, um jihadistische Inhalte zu verbreiten und Personen anzuwerben. Während die Verbreitung von jihadistischer Propaganda auf populären sozialen Netzwerken aufgrund verstärkter Kontrollmechanismen lediglich in geringem Maße möglich ist und virtuelle jihadistische Personenzusammenschlüsse hier schneller entdeckt werden, erlauben Messengerdienste ein höheres Maß an Konspirativität. Nicht zuletzt deswegen werden sie verstärkt zur Verbreitung von Propagandainhalten, zur Anwerbung von neuem Personal, zum intensiveren persönlichen Austausch und teilweise auch zur gezielten Anleitung von Anschlagsvorhaben genutzt.

Teilweise findet die Begeisterung für jihadistische Inhalte – und damit einhergehend eine Radikalisierung – zuerst im Internet statt, teilweise beginnt diese durch realweltliche Kontakte und setzt sich durch den gezielten Konsum jihadistischer Propaganda im Internet fort. Dabei kann es internetaffinen Jugendlichen vergleichsweise schnell gelingen, Anschluss an jihadistisch ausgerichtete virtuelle Personenzusammenschlüsse zu finden.

Sicherheitsbehörden stoßen beim Bekämpfen von Propagandainhalten, die über Messengerdienste verbreitet werden, aufgrund rechtlicher Vorgaben, personeller Ressourcen, technischer Hürden und Firmensitzen im Ausland vielfach an ihre Grenzen. Hier sind auch die Betreiber entsprechender Plattformen im Hinblick auf die Meldung und Löschung entsprechender Inhalte gefragt.

## Jihadistisch motivierte Täter

### Der Jihad als „Ablasshandel“

Insbesondere der sogenannte IS propagiert den Jihad als „Ablasshandel“. Religiöse Lebensführung und religiöses Wissen ist demnach keine Voraussetzung, um jihadistisch in Aktion zu treten. Jeder, auch Personen mit allgemein-krimineller Vorgeschichte, psychischen Auffälligkeiten und aus der Drogenszene werden willkommen geheißen, sich zur Ideologie des sogenannten IS zu bekennen und im Namen der Gruppierung jihadistisch motivierte Anschläge zu verüben. Insbesondere Personen mit psychischen Auffälligkeiten stellen die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen in der Früherkennung. Da der Jihad als größter „Gottesdienst“ propagiert wird, wiegt dieser in der Propaganda des sogenannten IS weit mehr als eine fromme Lebensführung, die aus jihadistischer Sicht für sich genommen keinen Einzug ins Paradies garantiert. Treten Personen ohne einen frommen, religiösen Vorlauf jihadistisch in Aktion, werden die Taten bewusst als Lossagung von einer moralisch verkommenen „westlichen“ Lebensführung propagandistisch ausgeschlachtet. Darüber hinaus tilgt die Teilnahme am Jihad aus jihadistischer Perspektive alle Sünden. Das jihadistische Spektrum nutzt in seiner Propaganda eine jugendgerechte Sprache und erreicht insbesondere jüngere Menschen und vulnerable Personen aus bildungsschwächeren Milieus. Damit kommen als jihadistisch motivierte Täter nicht nur Erwachsene, sondern vielfach auch Jugendliche in Frage. In beiden Altersgruppen finden sich auch Geflüchtete, die bereits radikalisiert eingereist sind oder sich erst in Deutschland verstärkt dem Jihadismus zugewendet haben.

### Personenspektrum, Tatmotivation und Prüffälle

Das jihadistische Personenpotenzial speist sich nicht nur aus einer Personengruppe. Neben in Deutschland radikalisierten Personen setzt sich die Gruppe der Jihadisten aus Rückkehrern aus Kriegs- und Krisengebieten, radikalisierten, jüngst nach Deutschland geflüchteten beziehungsweise eingewanderten Menschen sowie eingeschleusten Angehörigen jihadistischer Gruppierungen (sogenannte „Hit-Teams“) zusammen.

Eine vom Täter proklamierte oder von Außenstehenden erkennbare jihadistische Motivation ist eine notwendige Voraussetzung für die Begehung einer schweren staatsgefährdenden Straftat im Bereich des islamistischen Terrorismus und der Zuordnung der Tat als solche. Neben der jihadistischen Ausrichtung lassen Personen aus dem oben genannten Spektrum in einigen Fällen jedoch auch eine psychische Beeinträchtigung erkennen, wodurch vielfach nicht trennscharf eingeordnet werden kann, ob diese oder die jihadistische Motivation handlungsleitend bei der Tatplanung beziehungsweise -begehung wirkt.

Die Prüffallbearbeitung „Islamistischer Terrorismus“ ist bereits seit 2004 ein wichtiges Instrument der nordrhein-westfälischen Polizei zur niedrigschwelligen Früherkennung des islamistischen Terrorismus. Prüffälle ergeben sich aus polizeiinternen Hinweisen, zum Beispiel des Bezirksdienstes oder des Wach- und Wechseldienstes auf verdächtige Personen oder Sachverhalte, aus Ermittlungen in anderen Verfahren, aus Hinweisen von Bürgerinnen und Bürgern oder aus Hinweisen anderer Behörden, wie dem Ausländeramt, Jobcenter oder den in- und ausländischen Nachrichtendiensten. Diese Hinweise sind ein wichtiges Frühwarninstrument und wesentlicher Bestandteil des Handlungskonzeptes der nordrhein-westfälischen Polizei zur Früherkennung des politisch motivierten Extremismus und Terrorismus sowie der Politisch motivierten Kriminalität (PMK). Liegen belastbare Hinweise über eine Person im Sinne der bundeseinheitlichen Definitionen vor, erfolgt eine Einstufung durch die Polizeibehörden.

## Einzeltäter versus komplexe Anschlagsvorhaben

Anstelle komplexer Tatplanungen wird in der jihadistischen Propaganda seit geraumer Zeit durch transnationale jihadistische Terrororganisationen in ihrer Propaganda zu Einzeltaten mit einfach zu beschaffenden Waffen beziehungsweise Tatmitteln aufgerufen. Ab dem Jahr 2015 vollzog sich, durch die Propaganda von IS und AQ begünstigt, ein Paradigmenwechsel. Beide terroristischen Gruppierungen propagierten nun aufgrund der besseren Praktikabilität verstärkt Anschläge durch Einzeltäter und die Verwendung einfacher Waffen und Tatmittel auf sogenannte „weiche Ziele“. Die häufig spontan erscheinenden Anschlagshandlungen von Einzeltätern, deren Vorlauf für Außenstehende vielfach nicht erkennbar ist, stellen Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Anschläge mit einfachen Waffen wie Messern oder Fahrzeugen erfordern keine komplexen Tatplanungen und kein umfangreiches Know-How, erzeugen aber trotzdem – neben dem Leid der Opfer – einen großen medialen Effekt.

Wenngleich komplexere Anschlagsvorhaben im Jihadismus aufgrund der deutlich anspruchsvolleren Tatplanungen und der erhöhten Gefahr eines Misserfolgs durch vorzeitige Entdeckung insgesamt eine geringere Rolle spielen, finden diese in der IS- und AQ-Propaganda zumindest weiterhin Erwähnung. Attentäter, die als mobiler Zusammenschluss in sogenannten Hit-Teams agieren, sind im Gegensatz zu Einzelakteuren in der Lage, eine größere Anschlagswirkung mit einer höheren Opferzahl zu erzielen. Dies erhöht die von Jihadisten gewünschte mediale Wirkung, dient Propagandazwecken und hilft, neue Jihadisten zu rekrutieren. Komplexere Anschlagspannungen im Rahmen eines Personenzusammenschlusses sind stets einem erhöhten Risiko vorzeitiger sicherheitsbehördlicher Entdeckung ausgesetzt. Hochgradig konspiratives Handeln Tatwilliger, wachsendes Szenewissen um sicherheitsbehördliches Vorgehen und enge rechtliche Beschränkungen der Sicherheitsbehörden können die frühzeitige Entdeckung von Tatplanungen jedoch erheblich erschweren.

In Deutschland hat es zumindest Versuche gegeben, komplexere Anschläge durch sogenannte Hit-Teams durchzuführen, die beide in Nordrhein-Westfalen zu verorten waren. Im Jahr 2007 hatte die Sauerland-Gruppe um zwei zum Islam konvertierte deutsche Staatsangehörige und einen Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund vor, Terroranschläge auf Diskotheken, Flughäfen und US-Einrichtungen zu begehen. Die Düsseldorfer Zelle um drei AQ-Mitglieder plante im Jahr 2011 konzertierte Anschläge. Beide Vorhaben konnten in einer frühen Phase durch Intervention der Sicherheitsbehörden verhindert werden.

Nachdem über Jahre weder al-Qaida noch der IS – oder einer ihrer regionalen Ableger – in der Lage gewesen zu sein schienen, komplexe Anschläge zu planen, tritt seit Ende 2022 der Islamische Staat Provinz Khorasan (ISPK) nun mit solchen Anschlagsvorhaben in Erscheinung. Während eine IS-Zweigstelle im Nahen Osten vermutlich durch den Verfolgungsdruck der internationalen Anti-Terrorcoalition nicht in der Lage war, die Fähigkeiten für komplexe Terroranschläge in westlichen Staaten aufzubauen, hat der ISPK diese anscheinend entwickelt und kann damit als gegenwärtig gefährlichster und schlagkräftigster IS-Ableger gewertet werden. Dabei scheint der ISPK, konträr zu den in jüngerer Vergangenheit durch den sogenannten IS propagierten Einzeltäteranschlägen, bestrebt zu sein, Attentätergruppen, sogenannte Hit-Teams, gegen prominente westliche Ziele zu steuern. Dass Terroranschläge des ISPK bis Anfang 2024 noch nicht umgesetzt werden konnten liegt nicht zuletzt an der kontinuierlichen, erfolgreichen Zusammenarbeit der nationalen und internationalen Polizeibehörden und Nachrichtendienste.

## Gefährder und Relevante Personen

Die Einstufung sogenannter Gefährder und Relevanter Personen obliegt dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen in enger Abstimmung mit den jeweils örtlich und sachlich zuständigen Staatsschutzdienststellen (Kriminalinspektion Polizeilicher Staatsschutz) der 16 Kriminalhauptstellen des Landes Nordrhein-Westfalen sowie in Zusammenarbeit mit und unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Verfassungsschutzes. Die Kriterien für die Einstufung als Gefährder beziehungsweise Relevante Person sind durch bundeseinheitliche Definitionen festgelegt.

Ein Gefährder ist eine Person, zu der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere solche im Sinne des § 100 a Strafprozessordnung (StPO), begehen wird.

Eine Person ist als relevant anzusehen, wenn sie innerhalb des extremistischen/terroristischen Spektrums die Rolle

- a) einer Führungsperson,
- b) eines Unterstützers/Logistikers,
- c) eines Akteurs

einnimmt und objektive Hinweise vorliegen, die die Prognose zulassen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere im Sinne des § 100 a Strafprozessordnung, fördert, unterstützt, begeht oder sich daran beteiligt, oder

- d) es sich um eine Kontakt- oder Begleitperson eines Gefährders, Beschuldigten oder Verdächtigen einer politisch motivierten Straftat von erheblicher Bedeutung, insbesondere einer solchen im Sinne des § 100 a Strafprozessordnung, handelt.

Gefährder und Relevante Personen werden in Nordrhein-Westfalen auch dann geführt, wenn die Personen in ein sogenanntes Jihadgebiet ausgereist sind, sich in Haft befinden oder mutmaßlich in einem sogenannten Jihadgebiet verstorben sind, solange ihr Tod nicht konkret bestätigt ist.

## Gewaltorientierte Salafisten

Die Gesamtzahl der gewaltorientierten Salafisten umfasst alle Gefährder und Relevanten Personen sowie unterhalb dieser Schwelle anzusiedelnde grundsätzlich gewaltorientierte Salafisten. Die Spanne

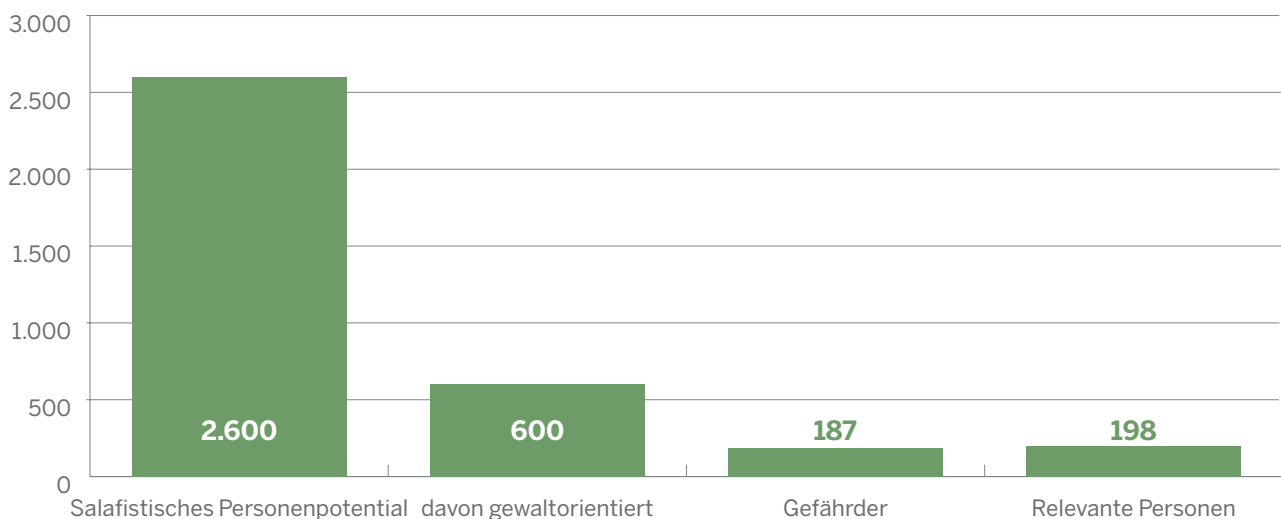
reicht dabei von ideologisch gewaltbefürwortenden Einzelpersonen und Gruppen bis hin zu Personen, die Gewalt in Form politisch-motivierter Straftaten ausüben.

ABBILDUNG 8

Salafisten in NRW und das jihadistische Personenpotenzial

## Jihadismus-Potenzial in NRW

Stand: Januar 2024



## Jihadistische Einflusszonen als Ausreiseziel

### Ausreisebewegungen in Zahlen

Während erste Ausreisebewegungen nach Afghanistan, später zum Beispiel auch in den Jemen, bereits in den Jahren 2008/2009 an Dynamik gewannen, wurde erst mit den massiven Gebietsgewinnen des sogenannten IS und anderer jihadistischer Gruppierungen in Syrien und dem Irak in den Jahren 2013 bis 2016 ein jihadistisches „Herrschaftsgebiet“ erschlossen, das eine große radikalisierte Personenzahl ansprach und eine deutliche Mobilisierung in Europa und auch in Deutschland auslöste. Seit dem Jahr 2011 sind mehr als 1.150 jihadistisch motivierte Personen nach Syrien und den Irak ausgeweist, wovon rund 25 Prozent weiblich sind. Bei einem Großteil dieser Personen (rund 65 Prozent) liegen konkrete Anhaltspunkte für die unterschiedlich gear-tete Mitwirkung an beziehungsweise Unterstützung von jihadistischen Gruppierungen, insbesondere des sogenannten IS und AQ, vor. Seit 2019 werden Ausreisen und Ausreiseversuche nur noch vereinzelt registriert. Diese bewegten sich in den Folgejahren jeweils im niedrigen zweistelligen Bereich.

Etwa 40 Prozent der etwa 1.150 ausgeweisten Personen kehrte bislang nach Deutschland zurück, hiervon sind etwa 25 Prozent weiblich. Zu über 150 der bislang zurückgekehrten Personen liegen den Sicherheitsbehörden Erkenntnisse vor, wonach sie sich aktiv an Kämpfen in Syrien oder im Irak beteiligt oder hierfür eine Ausbildung absolviert haben. Zu etwa 25 Prozent der ausgeweisten Personen liegen Hinweise vor, dass sie in Syrien oder im Irak ums Leben gekommen sind.

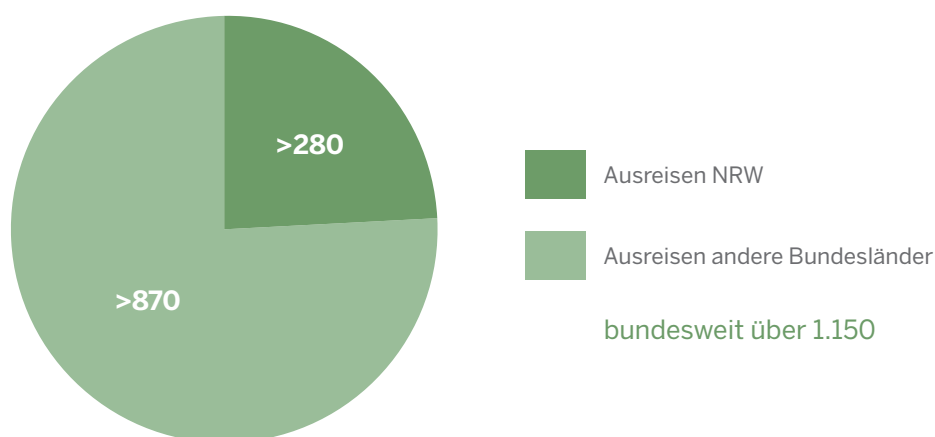
Aus Nordrhein-Westfalen sind etwa 280 Personen in Jihadgebiete ausgeweist, von denen mehr als 80 verstorben sind.

ABBILDUNG 9

In Krisengebiete ausgeweiste  
jihadistisch motivierte Personen

## In Krisengebiete ausgeweiste Jihadisten aus Deutschland

Stand: Januar 2024



## Rückkehrer als Gefahr für die Gesellschaft

Da Rückkehrer aus jihadistischen Herrschaftsgebieten zumeist deutlich radikalisiert und häufig paramilitärisch geschult sind sowie in jihadistische Strukturen eingebunden waren, können von ihnen erhebliche Gefahren ausgehen. Mögliche Gefahrenmomente liegen nicht nur in der Begehung von jihadistisch motivierten Straftaten durch Rückkehrer selbst, sondern auch in ihrer Rolle als erfahrene Jihadisten, die die Ideologie des sogenannten IS in Deutschland verbreiten und an denen sich für extremistisches Gedankengut empfängliche Personen orientieren können.

Jihadistische Indoktrination, passive und aktive Gewalterfahrungen und traumatische Erlebnisse in jihadistischen Gebieten im Ausland bedeuten nicht nur erhebliches Leid für die Kinder jihadistisch motivierter Eltern. In das Herrschaftsgebiet des sogenannten IS ausgereiste oder dort geborene Kinder haben häufig bereits im Kindesalter Waffentraining erhalten sowie Gewaltverbrechen beobachten müssen oder sind zur Mitwirkung an diesen veranlasst worden. Kinder, die unter solchen Umständen aufwachsen, können mit zunehmendem Alter selbst geneigt sein, jihadistisches Gedankengut zu verbreiten und jihadistisch motivierte Gewalt auszuüben.

Die Situation der Frauen und Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit, die sich in Gefängnissen und Internierungslagern der kurdischen Selbstverwaltung im Norden Syriens befindenden, ist weiterhin schwierig: Zusammen mit Zehntausenden weiterer festgehaltener Frauen und Kinder leben sie dort in weitestgehend autonomen und mitunter nach jihadistischer Ideologie (im Sinne des sogenannten IS) organisierten Strukturen, deren Aufrechterhaltung Frauen aktiv gestalten.

## Strafrechtliche Verfolgung und Deradikalisierung

Während bei Ausgereisten mit einer ausschließlich ausländischen Staatsangehörigkeit ein weiterer Aufenthalt in Deutschland beim Vorliegen strafrechtlich relevanter Erkenntnisse durch die Ausländerbehörden versagt werden kann, ist deutschen Staatsbürgern eine Rückkehr nach Deutschland nicht zu verweigern. Die Koordinierung ausländerrechtlicher und aufenthaltsbeendender Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen findet durch die Sicherheitskonferenz des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen statt, in der auch die Polizei und der Verfassungsschutz vertreten sind.

Liegt ein Anfangsverdacht für strafbare Handlungen im Ausland vor, werden bereits vor der Rückkehr konsequent Strafverfahren gegen jihadistisch motivierte Ausgereiste eingeleitet. Insbesondere bei Frauen konnten strafbare Handlungen trotz eines langen Aufenthaltes in einem jihadistischen Umfeld im Ausland in der Vergangenheit vielfach nur schwer nachgewiesen werden. Dennoch ist es bei einer großen Zahl von Jihadistinnen gelungen, den Nachweis zu führen, dass diese Straftaten, vielfach nach dem Völkerstrafgesetzbuch, begangen haben. Sofern Rückkehrern oder Rückkehrerinnen keine strafbaren Handlungen nachgewiesen werden können, sind Polizei und Verfassungsschutzbehörden auf Bund- und Länderebene gefordert, eine engmaschige Überwachung mutmaßlicher Jihadisten zu gewährleisten. Zu diesem Zweck findet eine Abstimmung im Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) in Berlin und seinem Pendant in Nordrhein-Westfalen statt.

Staatliche Ausstiegs- und Deradikalisierungsprogramme, darunter das Aussteigerprogramm Islamismus (API) des Nordrhein-Westfälischen Verfassungsschutzes, flankieren die gefahrenabwehrende und strafrechtliche Befassung mit jihadistisch motivierten Ausgereisten. Zudem hat der Verfassungsschutz seit dem Herbst 2019 einen sogenannten „Rückkehrkoordinierenden“ (RKK), der entsprechende Fallkonstellationen zwischen den verschiedenen Behörden organisiert.

## Trends und Prognosen

Der massive Terrorangriff der HAMAS auf Israel, das Vorgehen der israelischen Streitkräfte (IDF) gegen die militant-islamistische Gruppierung und damit verbundene zivile Opfer auf palästinensischer Seite verstärken die grundsätzlich gewaltbejahende, gegen Israel und Juden gerichtete Haltung im Jihadismus. Das aktuelle Konfliktgeschehen im Nahen Osten löst auch in Deutschland neue Radikalisierungsdynamiken aus und begünstigt Gewalt- und Anschlagsvorhaben gegen Menschen jüdischen Glaubens und jüdische Einrichtungen im Speziellen und den Westen im Allgemeinen.

Nach der Zerschlagung des IS-Herrschaftsgebiets in Syrien und dem Irak ist es bislang keiner jihadistischen Gruppierung gelungen, quasi-staatliche Strukturen in dieser Dimension, mit einer so umfangreichen Anhängerschaft aufzubauen, die eine derartige Sogwirkung auf jihadistisch motivierte Individuen aus dem Ausland ausübt. Zwar ist der sogenannte IS weiterhin weltweit aktiv, allerdings verfügt die Gruppierung über kein größeres quasi-staatliches Gebiet, das für Ausreisewillige attraktiv wäre. In Afghanistan beispielsweise wendet der sogenannte Islamische Staat Provinz Khorasan (ISPK) eine Guerilla-Taktik an und kontrolliert kein repräsentatives Herrschaftsgebiet. Konträr zum Kern-IS in Syrien und dem Irak ab dem Jahr 2013 gelingt es dem ISPK nicht, eine vergleichbare Attraktivität für jihadistisch motivierte Personen aus dem Ausland zu entfalten. Dabei spielen die prekäre materiell-ökonomische Verfasstheit der Gruppe, die Existenz als Guerilla-Organisation und die geographische Lage Afghanistans die wichtigste Rolle. Die Taliban als regional orientierte militant-islamistische Bewegung mit vorwiegend nationaler Agenda haben sich trotz extremistischer Ideologie und massivster Menschenrechtsverletzungen nicht dem globalen Jihad, sondern dem pragmatischen Auskommen mit der internationalen Staatengemeinschaft verschrieben, um den Fortbestand ihrer Herrschaft zu sichern. Zwar kooperieren weite Teile der Taliban-Bewegung weiterhin mit AQ, zugleich lehnen sie einen Anschluss transnational orientierter Jihadisten aus dem Westen jedoch ab.

Grundsätzlich ist der Islamische Staat in der Provinz Westafrika (ISWAP) ein mögliches Ausreiseziel ausländischer Jihadisten. Im Hinblick auf die Attraktivität dieses IS-Einflussgebiets für Ausreisende gilt jedoch eine ähnliche Einschätzung wie im Falle des ISPK: Das Agieren als Guerilla-Gruppe, die eingeschränkten monetären und materiellen Ressourcen der Gruppe und ähnlich gelagerte sozioökonomische Bedingungen in dem sie umgebenden Gebiet machen einen Anschluss jihadistisch-motivierter Individuen aus dem Ausland an den ISWAP wenig attraktiv. Auf internationaler Ebene existiert aktuell keine Gruppierung, die an die Erfolge des sogenannten IS in Syrien und dem Irak anknüpfen könnte. Damit bleibt dem Jihadismus aktuell kein Herrschaftsgebiet, das als attraktives Ausreiseziel fungiert und für das propagandistisch geworben werden kann. Der überwiegende Fokus jihadistischer Gruppierungen liegt damit weiterhin auf der Anstiftung von Einzeltätern und (Kleinst-)Gruppen zur Begehung von Anschlügen mit einfachen Tatmitteln.



# Antisemitismus im Islamismus

## Kernbotschaften

- » Antisemitische Auffassungen sind bei sämtlichen islamistischen Bestrebungen fester Bestandteil ihrer Ideologie und finden sich sowohl bei sunnitischen als auch bei schiitischen Organisationen.
- » Antisemitismus im Islamismus verknüpft Stereotype judenfeindlicher Hetze in Europa ausgehend vom christlich-abendländischen Mittelalter bis in die heutige Zeit mit negativen Aussagen über die Situation der Juden in der Frühgeschichte des Islam. Auf diese Weise werden altbekannte und in der europäischen Geschichte verankerte judenfeindliche und antisemitische Ideen mit antijüdischen Elementen der Frühgeschichte des Islam verbunden.
- » Antisemitische Positionierungen stellen ein Element der Entgrenzungsstrategien islamistischer Gruppierungen dar. Die öffentliche Ächtung des Antisemitismus bietet Islamisten die Möglichkeit, in diese Lücke zu treten und sich mit israelfeindlichen Äußerungen ein Personenpotenzial zu erschließen, das eigentlich kein islamistisches Gedankengut unterstützt und jenseits dieses Themas nicht für deren Botschaften empfänglich wäre.
- » Antisemitismus findet sich in allen extremistischen Phänomenbereichen und könnte unter spezifischen Umständen als verbindendes Element dienen, das Islamisten Kooperationsmöglichkeiten zum Linksextremismus und sogar zum Rechtsextremismus eröffnet.
- » Die aktuelle Konfliktlage in Nahost führt auch in Deutschland, insbesondere in Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstem Bundesland, zu einem Anstieg antisemitischer Straftaten in allen Phänomenbereichen. Im islamistischen Spektrum löst die Lage in Nahost auf individueller Ebene eine erhebliche Emotionalisierung aus, die allermeisten islamistischen Organisationen reagieren jedoch eher verhalten auf die aktuellen geopolitischen Entwicklungen.

Etwa 100.000 Jüdinnen und Juden sind in Deutschland in jüdischen Gemeinden organisiert. Davon leben rund 27.000 in Nordrhein-Westfalen, das somit Heimat der größten jüdischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik ist. Jüdisches Leben hat eine lange Tradition in Nordrhein-Westfalen und lässt sich bis auf die Römerzeit zurückführen. Nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Konfliktlage im Nahen Osten sehen sich Jüdinnen und Juden aber immer wieder mit Vorurteilen, Anfeindungen und teils offenen Drohungen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig aufzuzeigen, wo legitime Meinungsäußerung aufhört und Antisemitismus beginnt. Dies kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn Juden pauschal für die Politik der israelischen Regierung verantwortlich gemacht und angefeindet werden oder wenn vorgebliche „Israelkritik“ dazu genutzt wird, um Israel das Existenzrecht als Staat abzusprechen.

## Definition des Begriffs Antisemitismus

Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), der auch Deutschland angehört, definiert Antisemitismus als „eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ In der von der Bundesregierung verabschiedeten Erweiterung wird zusätzlich festgelegt, dass auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein kann.

## Themen und Erscheinungsformen des Antisemitismus im Islamismus

Antisemitismus ist bei sämtlichen islamistischen Bestrebungen fester Bestandteil ihrer Ideologie und stellt ein verbindendes Element dar. Sowohl extremistisch-salafistische Bestrebungen, die dem sogenannten Islamischen Staat (IS) oder al-Qaida (AQ) nahestehen, als auch schiitische, wie die Hizb Allah und die Islamische Republik Iran, die sich in Syrien und im Irak militärisch bekämpft haben und gegenseitig als Ketzer ansehen, stimmen ungeachtet ihrer erheblichen weltanschaulichen Differenzen bei jüdenfeindlichen Klischees überein.

Auch zwischen gewaltfreien, legalistischen und militanten, jihadistischen Strömungen bestehen in der antisemitischen Grundhaltung keine wesentlichen Unterschiede, auch wenn daraus dem eigenen Verständnis nach unterschiedliche Konsequenzen abgeleitet werden.

Themenfelder des Antisemitismus innerhalb der islamistischen Szenen umfassen die Ablehnung des Existenzrechts Israels, eine „jahrhundertealte Verschwörung der Juden“, einen „langen und gefährlichen Kampf gegen die Juden“, Bezugnahme auf die antisemitische Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“, die Wahrnehmung von Juden und Freimaurern als Weltverschwörer sowie New York als Zentrum des „Weltjudentums“.

Jüdenfeindliche Einstellungen waren historisch gesehen in der islamischen Welt deutlich schwächer ausgeprägt als in Europa, wo der Antijudaismus immer wieder zu Verfolgungen und Pogromen geführt hatte, vor denen Jüdinnen und Juden unter anderem im Osmanischen Reich Zuflucht suchten. Der Beginn des Nahostkonflikts in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führte jedoch in vielen arabischen Ländern zu einer immer kritischeren Sicht auf das Judentum, die nach der Gründung Israels zum Teil in offene Feindschaft umschlug. Anfangs stand dabei eher eine panarabische Argumentation im Vordergrund, wobei auch Ansichten und Narrative des europäischen Antisemitismus übernommen wurden. Mit dem Erstarken des Islamismus erfolgte allerdings eine zunehmend religiöse Prägung der antiisraelischen Rhetorik, die versucht, diese auch aus den islamischen Quellen und der Geschichte des Islam zu begründen. Im Unterschied zum modernen, europäischen Antisemitismus, der stark durch rassistisches Denken geprägt ist, lassen sich unter Islamisten jedoch kaum biologische Argumentationsmuster finden.

Jerusalem gilt nach Mekka und Medina als dritt-heiligste Stätte des Islam. Deren politische Kontrolle durch Nichtmuslime wird insbesondere von Personen mit einem politisierten Islamverständnis häufig als Schmach empfunden. Ein Einsatz zur „Befreiung“ Palästinas und damit Jerusalems wird von manchen Muslimen als religiös verdienstvoll oder gar als Pflicht verstanden. Solidarität mit den Palästinensern und Kritik an Israels Umgang mit diesen ist aber auch jenseits des Islamismus unter Muslimen verbreitet und kann antisemitischen Einstellungen die Tür öffnen. Von daher eignet sich dieses Thema dazu, dass islamistische Gruppierungen mit antizionistischen beziehungsweise antisemitischen Positionen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft auch über ihr extremistisches Kernklientel hinaus auf Zuspruch stoßen.

Als prominentes Beispiel für islamistischen Antisemitismus ist etwa die Schrift „Unser Kampf mit den Juden“ des ägyptischen Muslimbruders Sayid Qutb zu nennen, der darin postuliert, dass Juden seit der Zeit des Propheten Muhammad gegen den Islam intrigieren würden und auch für die Abschaffung des Kalifats im Jahr 1924 verantwortlich seien. Necmettin Erbakan, der Begründer der Milli Görüs-Bewegung behauptet hingegen in seinem programmatischen Werk „Gerechte Ordnung“ (türkisch: Adil Düzen), dass „Zionisten“ durch internationale Organisationen und Wirtschaftsunternehmen den Imperialismus steuern und andere Staaten kontrollieren würden.

Für viele Islamisten ist die Feindschaft gegenüber Israel ein hoch emotionales Thema, sodass sie nicht nur den Staat Israel, sondern häufig auch den jüdischen Glauben ablehnen und unter Umständen feindselig gegenüber Jüdinnen und Juden auftreten. In ideologischer Hinsicht wird hingegen mittlerweile versucht, deutlicher zu differenzieren und vielfach darauf verwiesen, kein Problem mit der jüdischen Religion zu haben, sondern „nur“ mit dem Staat Israel und dem Zionismus. Eine entsprechende Formulierung findet sich sogar in der Charta der HAMAS, die sich jedoch weiterhin dazu bekennt, dass sie an der „Befreiung“ Palästinas „vom Fluss (Jordan) bis zum (Mittel-) Meer“ festhält und zu diesem Zweck auch den Einsatz von Gewalt rechtfertigt. Wie viele andere Islamisten spricht die HAMAS dadurch dem Staat Israel jegliches Existenzrecht ab und agiert damit gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

In einigen muslimisch geprägten Ländern gehören antisemitische Positionen quasi zur Staatsräson. Diese sind manchmal religiös (zum Beispiel Iran), in anderen Fällen eher nationalistisch (zum Beispiel Syrien) begründet, wobei sich vielfach eine Mischung aus beiden Motivlagen findet. Israelfeindliche Äußerungen werden dabei in einigen Fällen von autokratischen Regierungen zur Legitimation ihrer Herrschaft instrumentalisiert, indem sie sich als Bewahrer muslimischer und/oder arabischer Interessen präsentieren. In der Gruppe jener Personen, die in diesen Staaten sozialisiert wurden, ist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung eine deutlich erhöhte Zustimmungsrates zu israelbezogenen antisemitischen Aussagen feststellen.

Ein besonderes Beispiel dafür ist die Islamische Republik Iran, die nicht nur die eigenen Bürger indoktriniert, sondern zusätzlich darum bemüht ist, weltweit antijüdische Strömungen zu stärken und entsprechende Propaganda zu verbreiten. Besonders deutlich wird die Auswirkung der antisemitischen Propaganda im Rahmen des alljährlich stattfindenden al-Quds-Tages, der auf einen Aufruf des früheren Revolutionsführer Khomeini zurückgeht. Auch in Deutschland wurden regelmäßig Menschen mobilisiert, sich an dieser stark antisemitisch geprägten Veranstaltung zu beteiligen, wobei die Resonanz darauf in den letzten Jahren aber deutlich zurückging.

In jüngster Zeit erfolgte die Aufnahme von Kontakten oder offiziellen diplomatischen Beziehungen verschiedener arabischer Staaten (Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain, Marokko, Sudan, Saudi-Arabien) zu Israel (sogenannte „Abraham-Abkommen“). Dieses Vorgehen wird von Islamisten aufs Schärfste verurteilt und als Verrat betrachtet. Aus ihrer Sicht sind die so bereits zustande gekommenen zwischenstaatlichen Friedensverträge als amerikanische Einflussnahme auf korrupte und opportunistische arabische Herrscher zu betrachten, die als willfährige Vasallen des Westens gelten und ihren persönlichen Vorteil den Interessen der islamischen Gemeinschaft unterordnen.

Mit antisemitischen Inhalten sind Islamisten potentiell auch anschlussfähig zu anderen Ideologien und Weltanschauungen. Teilweise sind unter ihnen Sympathien für die nationalsozialistische Judenverfolgung und den Holocaust feststellbar. Ein prominentes Beispiel ist der im Jahr 2022 verstorbene prominente Gelehrte Yusuf al-Qaradawi, der in einer Fernsehsendung den Holocaust als göttliche Strafe für die Juden bezeichnete.

In Einzelfällen sind Zweckallianzen zwischen Islamisten und Rechtsextremisten feststellbar. Es ergeben sich auch Ansätze zur Kooperation mit antiimperialistischen Kräften, die Israel als koloniales Projekt und als Apartheidstaat begreifen. Mit dem auch unter Islamisten verbreiteten Glauben an Verschwörungsmythen gibt es partielle Überschneidungen zum Gedankengut antikapitalistischer Strömungen. Auch die Israel-Boykott-Bewegung findet Sympathie bei Islamisten, die jegliche Schädigung des israelischen Staates befürworten. Strukturelle Verbindungen sind dabei aber bisher nicht feststellbar.

## Aufklärung und Sensibilisierung im Islamismus

Antisemitismus existiert in allen extremistischen Phänomenbereichen. Darum kommt der Aufklärung und Sensibilisierung über Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Präventionsarbeit des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes eine wichtige Rolle zu.

Die Rolle des Antisemitismus als Brückennarrativ bei Entgrenzungs- und Querfrontstrategien wird auch in Vorträgen über Verschwörungsmymen thematisiert. Die Prävention des Antisemitismus im Kontext islamistischer Ideologien leistet das Landespräventionsprogramm „Wegweiser – Stark ohne extremistischen Islamismus“. Das Programm richtet sich vorwiegend an Jugendliche und junge Erwachsene, die bereits mit der islamistischen Szene sympathisieren oder in diese abzurutschen drohen, sowie an deren Umfeld. Dazu gehören etwa Eltern, Lehrkräfte oder Freunde, denen im Einzelfall auch Hilfe angeboten wird. Zusätzlich betreiben die Wegweiser-Beraterinnen und -Berater allgemeine Aufklärungsarbeit zum Thema Islamismus.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz vernetzt sich außerdem in der Antisemitismusprävention in Nordrhein-Westfalen. Zu den Netzwerkpartnern gehören zum Beispiel die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, die Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit – Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA), mit der Wegweiser im Rahmen von Fortbildungen kooperiert, oder politische Stiftungen. Außerdem führt die Landesregierung Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Universität Passau eine Dunkelfeldstudie durch. Innenminister Herbert Reul hat dazu mit der Antisemitismusbeauftragten des Landes, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, am 11. Oktober 2022 die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

In Kooperation mit dem Zentrum für Interkulturelle Kompetenz (ZIK) der nordrhein-westfälischen Justiz und dem Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF) werden darüber hinaus neue zielgruppenspezifische Formate zur Aufklärung über Rechtsextremismus und Islamismus entwickelt und unterstützt, die das Thema Antisemitismus umfassen.

## Reaktionen des islamistischen Spektrums auf die Terrorangriffe der HAMAS am 7. Oktober 2023

Am frühen Morgen des 7. Oktober 2023 startete die den Gazastreifen kontrollierende islamistische Terrorgruppe HAMAS einen Großangriff auf Israel. Zahlreiche Raketen wurden auf israelisches Gebiet abgefeuert, die die israelischen Abwehrmaßnahmen teilweise überwinden konnten und erhebliche Schäden anrichteten. Zeitgleich gelang es Teilen der HAMAS-Miliz, die Sicherungsmaßnahmen zwischen dem Gazastreifen und Israel zu durchbrechen und bis zu zehn Kilometer auf israelisches Territorium vorzudringen. Israelische Zivilisten wurden wahllos ermordet, gefoltert und als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt.

Als Reaktion auf diesen terroristischen Angriff erklärte Israel den Kriegszustand. Infolgedessen kam es zu zahlreichen Luftschlägen und einem Einmarsch israelischer Truppen in den Gazastreifen, die eine Zerschlagung der dortigen HAMAS-Strukturen beabsichtigten. Den Kampfhandlungen in Gaza fielen zahlreiche Kämpfer der HAMAS-Miliz und palästinensische Zivilisten zum Opfer.

### Phänomenübergreifende Reaktionen

Der Antisemitismus ist ein ideologisches Element unterschiedlicher extremistischer Phänomenbereiche. Sowohl im Islamismus als auch im Linksextremismus wird Israel als koloniales Gebilde und Apartheid-Staat diffamiert: Der HAMAS-Angriff wird als Widerstand gegen die „israelische Repression“ verstanden und das Handeln Israels als Terrorismus gegen das palästinensische Volk interpretiert. Der Vorwurf an „den Westen“, doppelte Standards bei der Bewertung der Kriege in der Ukraine und in Israel anzulegen, ist eine weitere Brücke zwischen beiden Phänomenbereichen.

Trotz dieser Anknüpfungspunkte ist derzeit dennoch nicht von einer breiten Querfrontbildung auszugehen. Dem stehen gegenwärtig zu starke ideologische Differenzen entgegen. Dies gilt nicht nur phänomenbereichsübergreifend, sondern auch innerhalb der jeweiligen extremistischen Spektren. Beispielhaft sei hier auf die Ablehnung der HAMAS durch extremistisch-salafistische Akteure verwiesen.

Bei einer langanhaltenden Dauer des Konfliktes ist aber davon auszugehen, dass die gesellschaftlichen Konfliktlinien für Entgrenzungsstrategien genutzt werden: Islamisten könnten versuchen, über ihr Engagement für die palästinensische Sache neue Unterstützung aus der Mitte der Gesellschaft zu gewinnen.

Das pro-palästinensische Demonstrationsgeschehen in Nordrhein-Westfalen war in der Gesamtbeurteilung nicht durch Extremisten geprägt. Islamisten waren — mit Ausnahme der Demonstration am 3. November 2023 in Essen — lediglich sporadisch an Kundgebungen beteiligt und fielen unter den übrigen Teilnehmern kaum auf. Ein deutlich stärkeres Engagement war hingegen im Linksextremismus und im auslandsbezogenen Extremismus erkennbar.

## Reaktionen der verschiedenen islamistischen Strömungen

Dem gesamten islamistischen Spektrum ist eine strikte Ablehnung des Staates Israel, ebenso wie ein stark ausgeprägter Antisemitismus zu eigen. Militante Aktionen werden zum Teil auch von jenen Akteuren befürwortet oder zumindest relativiert, die dem legalistischen Islamismus zuzurechnen sind. Angesichts dieser Voraussetzungen ist die Reaktion von Organisationen des islamistischen Spektrums in Nordrhein-Westfalen auf den Angriff der HAMAS bisher eher verhalten. Dies dürfte vor allem auf verschiedene staatliche Maßnahmen zurückzuführen sein, die deutlich werden ließen, dass der Raum für antisemitische Agitation stark beschränkt ist.

Auch auf individueller Ebene sind verhältnismäßig wenige offene Sympathiebekundungen für die HAMAS zu erkennen, wohl aber wird vielfach zur Solidarität mit Palästina aufgerufen. Zudem wurde auf Social-Media-Kanälen von Akteuren der islamistischen Szene vermehrt propalästinensische „Aufklärungsarbeit“ zum Nahostkonflikt verbreitet; hier wird der Angriff der HAMAS relativiert. Aufrufe zur Ausreise nach Palästina, um sich dem Kampf gegen Israel anzuschließen, waren vereinzelt festzustellen. In einschlägig bekannten Moscheen und in extremistisch-salafistischen Gruppierungen wird Mitgefühl für die palästinensischen Opfer geäußert; darüber hinaus werden die Ereignisse kaum thematisiert: Politisch und auch strafrechtlich relevante Äußerungen von Islamisten sind kaum bekannt geworden. Von der Teilnahme an propalästinensischen Demonstrationen wird teilweise sogar abgeraten.

Diese eher abwartende Haltung steht im Kontrast zu einer sehr hohen Emotionalisierung, die durch die große Zahl an palästinensischen Opfern und die Bilder von Zerstörungen, Toten und Verletzten in Gaza hervorgerufen werden. Von islamistischen Akteuren wurde mehrfach gefordert, dass sich Verantwortungsträger und islamistische Organisationen zu diesem Thema deutlicher positionieren müssten.

### Jihadismus

Sowohl von jihadistischen Gruppierungen, als auch von diesen nahestehenden Medienstellen und einzelnen Anhängern dieser Gruppierungen, werden Drohungen gegen Israel, Europa oder insgesamt den Westen – teilweise mit konkreten Anschlagsvorschlägen – lanciert. Die bereits oben konstatierte hohe Emotionalisierung in pro-palästinensischen Kreisen könnte zudem auch jihadistisch gesinnte Personen dazu motivieren, Anschläge zu begehen und insbesondere jüdische und israelische Einrichtungen anzugreifen.

In der deutschsprachigen jihadistischen Szene finden sich zahlreiche, fast durchweg antisemitische Texte und Videos, in denen neben Solidaritätsbekundungen das Märtyrertum und das Töten von Juden glorifiziert werden. Darüber hinaus ist die Verbreitung von Propaganda der Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden feststellbar, die als militärischer Arm der HAMAS fungieren. Kritik und Polemik richten sich mitunter direkt gegen die deutsche Israel-Politik oder den Zentralrat der Juden in Deutschland. In einigen Posts wird unverblümt zu Anschlägen aufgerufen.

Auch offizielle al-Qaida-Kanäle haben das Geschehen intensiv kommentiert und gratulieren den Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden zu ihrem vermeintlichen Erfolg. Zudem wird zur Unterstützung der Jihad-Kämpfer in Palästina aufgerufen. Im Gegensatz dazu werden von Anhängern des sogenannten Islamischen Staates (IS) in diesem Zusammenhang dogmatische Differenzen angesprochen. So wird zwar darauf verwiesen, dass die HAMAS formal eine islamische Regierung propagiere, in Wahrheit aber die Scharia nicht korrekt anwende und sich zudem vom schiitischen Iran unterstützen lasse. Alle jihadistischen Gruppen eint insgesamt aber der Wunsch nach der Vernichtung Israels und der Kampf zur Befreiung Palästinas und der al-Aqsa Moschee. Kritik an der HAMAS, die bei ihrem Terrorangriff gezielt Morde und schwerste Verbrechen an Zivilisten begangen hat, wird nicht geäußert. Vielmehr wird die HAMAS in einer gemeinsamen Verlautbarung von al-Qaida im Islamischen Maghreb und des Qaida-Ablegers in Mali (JNIM) vom 13. Oktober 2023 sogar lobend erwähnt. Al-Qaida (AQ) ruft darüber hinaus wie auch schon der sogenannte IS weltweit zu Anschlägen gegen jüdische Personen und Einrichtungen sowie der mit ihnen alliierten Kräfte auf.

Nach anfänglicher Zurückhaltung bezog der sogenannte IS am 19. Oktober 2023 in seinem wöchentlichen Online-Magazin Al-Naba offiziell Stellung zu den aktuellen Entwicklungen und nannte unter anderem jüdische und „kreuzzüglerische“ Botschaften, aber auch Anrainer- und Golfstaaten als Anschlagziele. Die muslimische Jugend solle sich mit einem Sprenggürtel ausrüsten, der im Kampf gegen Israel bislang gefehlt habe, und ein Erkennungsmerkmal des göttlichen Kampfes sei. Der IS sei darüber hinaus die einzige Gruppierung, die sich in der Region ernsthaft und effektiv für die Palästinenser einsetze. Der Kampfaufruf des sogenannten IS wurde in der Folge durch eine Kampagne IS-naher Medienstellen begleitet, in der in verschiedenen Bildcollagen der Anschlag eines IS-Anhängers in Brüssel am 16. Oktober 2023 mit dem Nahost-Konflikt verknüpft und als Vorlage für weitere Anschläge gegen Israel

und dessen Verbündete propagiert wird. Außerdem verbreiteten IS-nahe Medienstellen wie „Al-Aza im“ und „Al-Battar“ eine Reihe von Videos, in denen zum einen gegen die HAMAS polemisiert und zum anderen zum Jihad gegen Israel und westliche Staaten aufgerufen wird.

## Extremistischer Salafismus

Jenseits des Jihadismus sind innerhalb des extremistisch-salafistischen Spektrums zahlreiche Solidaritäts- und Sympathiebekundungen mit Palästina festzustellen. Das Thema ist offensichtlich von großer Relevanz für die Szene. Deutlich wird aber auch, dass es vielen salafistischen Akteuren schwerfällt, eine aus ihrer Sicht angemessene Reaktion auf die Ereignisse zu finden und der oft gezeigte verbale Aktivismus erkennbar durch äußere Zwänge gebremst wird. Die Opfer im Gazastreifen werden vor allem als getötete Muslime und nicht nur als Palästinenser gedeutet. Daraus wird eine Verantwortung der gesamten islamischen Gemeinschaft abgeleitet und mehr Solidarität gegenüber den leidenden Glaubensgeschwistern eingefordert. Solche Aufrufe sind oft mit drastischen Darstellungen der leidenden Bevölkerung verbunden, die weite Verbreitung finden und den Handlungsdruck auf Seiten des Betrachters erhöhen sollen. Boykottaufrufe gegen unterschiedliche Unternehmen, die Israel angeblich unterstützen sollen, sind immer wieder zu finden. Als Begründung wird hierbei häufig die Aussage verbreitet, dass mit dem Kauf entsprechender Produkte Firmen, die Israel nahestehen bzw. mitverantwortlich für die Geschehnisse sind, unterstützt werden. Hingegen werden Demonstrationen nicht als Mittel der Wahl gesehen. Aufrufe zur Teilnahme an Kundgebungen erfolgen durch Salafisten nur sehr vereinzelt, da man dort unislamische Verhaltensweisen wie zum Beispiel die fehlende Geschlechtertrennung fürchtet. Infolgedessen scheint in der salafistischen Szene ein Gefühl von Handlungsunfähigkeit verbreitet und man verweist als Ausweg häufig auf den religiösen Bereich. Es sei wichtig, Bittgebete zu verrichten, weil diese eine der stärksten Waffen der Muslime seien. In der aktuellen Situation sei es erforderlich, die Muslime weltweit wieder zur korrekten Ausübung ihres Glaubens zu bringen, um auf diese Weise Veränderung bewirken zu können.

Reichweitenstarke Prediger der Szene greifen die Thematik immer wieder auf. Dazu zählt etwa ein salafistischer Akteur, der mittlerweile in der Türkei lebt. In einem im Internet veröffentlichten Vortrag legt er dar, dass die HAMAS eine demokratisch gewählte Partei sei, die aufgrund der Unterdrückung durch eine Besatzungsmacht auch einen militärischen Arm haben müsse. Sie sei als eine Gruppe von Freiheitskämpfern zu betrachten, die sich in einem gerechtfertigten Kampf gegen eine israelische Übermacht behauptete. Die HAMAS stellt aus seiner Sicht eine gewählte politische Partei dar, die um den Schutz der palästinensischen Bevölkerung bemüht sei. In ihrer Lage habe die palästinensische Bevölkerung gar keine andere Wahl, als die HAMAS zu unterstützen und selbst aktiv mitzuwirken. In vorangehenden Ausführungen hatte er zudem bereits das sachlich falsche Narrativ von einem Genozid an den Palästinensern verbreitet.

Mit Blick auf den Terrorangriff der HAMAS gegen Israel, den er nicht erwähnt, stellt Bernhard Falk die aktuellen Entwicklungen in Nahost als Freiheitskampf der Palästinenser gegenüber dem „kolonialistischen“ Israel dar und begrüßt die Beziehungen der russischen Führung zur HAMAS. Falk engagiert sich im Rahmen der neugegründeten pro-russischen Partei „Aufbruch Frieden-Souveränität-Gerechtigkeit“, für die er als Schatzmeister tätig ist, seinem Bekunden nach für Palästina, indem er islamistische anti-israelische Narrative verbreitet. Seine öffentlichen Auftritte in diesem Kontext bewegen jedoch lediglich ein niedriges ein- bis zweistelliges Personenpotenzial zur Mitwirkung.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die extremistisch-salafistische Szene, nicht zuletzt aufgrund möglicher strafrechtlicher Konsequenzen, bemüht ist, öffentlich gemäßigter Stellung zu nehmen oder gänzlich darauf zu verzichten, was vielen angesichts der hohen Emotionalisierung erkennbar Schwierigkeiten bereitet.

## HAMAS

Die HAMAS hat sich durch ihre Gewalttaten am 7. Oktober 2023 überraschend in den Fokus der Öffentlichkeit gedrängt und versucht sich als die bedeutendste Kraft im Kampf gegen Israel darzustellen. Im islamistischen Spektrum galt sie bereits zuvor als die favorisierte Repräsentanz der Palästinenser. Ihre aktuelle mediale Präsenz hat allerdings dazu beigetragen, dass immer wieder Islamisten ihre Sympathie für die HAMAS bekundeten oder ihre Propaganda teilten.

Vereinzelt gibt es sogar Stimmen im linksextremistischen Spektrum, die die HAMAS zwar als reaktionär betrachten, aber ihren Kampf gegen Israel trotz der begangenen Gräueltaten als wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Imperialismus deuten.

Für HAMAS-Anhänger in Deutschland hat die Entwicklung im Nahen Osten unmittelbare Auswirkungen: Ein Betätigungsverbot wurde durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat am 2. November 2023 verfügt. Jegliche Betätigung für oder Unterstützung der HAMAS ist damit strafbewehrt. Im Nachgang zu dieser Maßnahme kam es am 23. November 2023 bundesweit zu Durchsuchungen bei HAMAS-Anhängern, darunter auch zwei Personen in Nordrhein-Westfalen, die sich intensiv in HAMAS-nahen Strukturen engagiert hatten. Die Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland (PGD), die als wichtigster Anlaufpunkt hiesiger HAMAS-Anhänger zu bewerten ist, verhielt sich äußerst zurückhaltend und hat sich bisher nicht öffentlich zu den Ereignissen in Israel positioniert. Ende November wurde die PGD aus dem Vereinsregister gelöscht. Die Auflösung des Vereins stellt einen harten Einschnitt für die hiesige HAMAS-Szene dar.

## Muslimbruderschaft

Die Muslimbruderschaft (MB) hat den Kampf gegen Israel stets als gerechtfertigten „Verteidigungs-Jihad“ bezeichnet. Der 2022 in Katar verstorbene langjährige spirituelle Mentor der MB, Youssuf al-Qaradawi, vertrat in mehreren islamischen Rechtsgutachten (Fatwas) zwischen 2002 und 2005 die Meinung, Selbstmordattentate auch gegen die israelische Zivilbevölkerung seien legitim. Da alle Männer und Frauen in Israel Wehrdienst leisteten, gäbe es in Israel keine Zivilisten, so die Begründung. 2016 revidierte Qaradawi einige seiner Ansichten, was bei dem palästinensischen MB-Ableger HAMAS auf Unverständnis stieß.

Die internationale Organisation der Muslimbruderschaft hat am 13. Oktober 2023 in einer Stellungnahme die israelischen Angriffe auf Gaza, aber auch das vermeintliche Schweigen der Staaten der Welt kritisiert. Aktuell zitiert die MB auf ihrer internationalen Webseite eine Fatwa des bekannten salafistischen Gelehrten Bin Baz, wonach der militante Jihad in Palästina religiös legitimiert sei und alle Muslime die Pflicht hätten, diesen zu unterstützen. In einem weiteren Beitrag auf diesem Internetauftritt wird der Angriff der HAMAS glorifiziert: „Am 7. Oktober 2023 ... brach eine heroische Gruppe von Allahs Dienern ... auf... und schuf eine seltene Geschichte des Heldentums und des Opfers.“ Weiter heißt es: „In dieser Phase des Konflikts mit dem Feind ist es eine der wichtigsten Pflichten der islamischen Umma, ihre Absicht zum Jihad auf dem Wege Gottes [Anmerkung: gemeint ist der militante Jihad] zu erneuern und jede materielle und moralische Unterstützung für unsere Brüder in Palästina bereitzustellen.“

In Deutschland wird die Muslimbruderschaft von der Deutschen Muslimischen Gemeinschaft (DMG) repräsentiert. Diese hat sich bislang nicht zu den terroristischen Angriffen der HAMAS auf den Staat Israel geäußert. Eindeutig extremistische Reaktionen würden allerdings auch nicht dem Bild entsprechen, um das die Anhänger der Muslimbruderschaft in Deutschland bemüht sind.



## Hizb Allah und schiitischer Islamismus

Die Islamische Republik Iran (IRI) befürwortete die terroristischen Angriffe und bekundete Solidarität mit der HAMAS. Iran als zentraler Akteur in der sogenannten „Achse des Widerstands“, der sich dem Kampf gegen Israel verschrieben hat, ist aber trotz dieser antisemitischen Grundhaltung offensichtlich nicht daran interessiert, sich zum aktuellen Zeitpunkt selbst intensiver in den Konflikt einzubringen. Er schickt stattdessen von ihm gesteuerte Akteure ins Feld, deren Handlungen nicht unmittelbar auf Teheran zurückzuführen sind. Aus diesem Grund hat die libanesische Hizb Allah, die sehr eng an die IRI angebunden ist und deren bedeutendstes Druckmittel gegenüber Israel darstellt, bisher kaum in die Auseinandersetzungen eingegriffen. Schiitische Gruppierungen wie die Huthi-Rebellen im Jemen oder iranentreue Milizen im Irak agieren hingegen weniger zurückhaltend und werden durch Iran auch nicht gezügelt.

Die Huthi-Bewegung, die sich selbst als „Ansar Allah“ (Helfer Gottes) bezeichnet, hat Israel den Krieg erklärt und ist bemüht, dem Land militärisch zu schaden. So wurden Raketen abgefangen, die offensichtlich von Huthis auf die israelische Stadt Eilat abgefeuert wurden. Die Hizb Allah im Libanon reagierte hingegen wesentlich zurückhaltender. Der Generalsekretär der Hizb Allah, Hassan Nasrallah, hatte in seiner ersten Stellungnahme seit Beginn des Konflikts am 3. November 2023 den Angriff der HAMAS als „zu 100 Prozent palästinensisch organisiert“ bezeichnet. In seiner zweiten Rede binnen einer Woche anlässlich des „Tag des Märtyrers“ am 11. November 2023 verkündete Nasrallah erneut keine Ausweitung der Kampfhandlungen und Unterstützung der HAMAS, die über den Beschuss grenznaher israelischer Gebiete hinausgehen. Zuvor hatte die Hizb Allah mehrfach angekündigt, bei einer israelischen Bodenoffensive in Gaza nicht tatenlos zusehen zu wollen. Diese Aussagen wurden seitens HAMAS-Unterstützern vielfach als Mangel an Solidarität mit der HAMAS wahrgenommen. Die Aktivitäten der schiitischen „Achse des Widerstands“ können bisher somit als eher als symbolisch gewertet werden.

In Nordrhein-Westfalen sind im schiitisch-extremistischen Spektrum bisher kaum Reaktionen auf die aktuelle Nahost-Krise festzustellen. Obgleich das Thema eine große Betroffenheit verursacht und schiitische Islamisten sehr bewegt, gibt es keine Hinweise darauf, dass sie sich in nennenswerter Form an pro-palästinensischen Demonstrationen beteiligen oder diese sogar selbst organisieren. Nur sehr vereinzelt wurden Stimmen von schiitisch-islamistischen Funktionären laut, die eine Unterdrückung der Palästinenser anprangern und eine diesbezügliche Zensur der öffentlichen Meinung in Deutschland beklagen. In der Vergangenheit waren verschiedene Akteure des schiitischen Islamismus durch eine besonders ausgeprägte Israelfeindschaft aufgefallen, deren Kulminationspunkt der jährliche al-Quds-Tag war, der bis 2019 mit einer Demonstration in Berlin begangen wurde. Das Schweigen des schiitischen Islamismus zur aktuellen Situation dürfte insbesondere auf die Vereinsverbote (ausführlich dazu im Kapitel „Strukturen des nicht-salafistischen Islamismus“) und auf die strafrechtliche Verfolgung der letzten Jahre zurückzuführen sein.

## Hizb ut-Tahrir (HuT)

Im gesamten islamistischen Spektrum zählen Akteure mit Bezügen zur verbotenen HuT zu jenen, die sich in Bezug auf die aktuelle Eskalation des Nahostkonflikts am deutlichsten in der Öffentlichkeit positionieren. Sie sind erkennbar darum bemüht, die Situation zu ihren Gunsten zu nutzen: Sie versuchen, pro-palästinensische Einstellungen unter Muslimen zu instrumentalisieren, um ihre islamistische Botschaft zu verbreiten und ihren Adressatenkreis erheblich zu erweitern. Die Ideologie der HuT ist islamistisch-identitär, aber nicht jihadistisch.

Bisheriger Höhepunkt der bundesweiten Aktivitäten des HuT-Spektrums war, neben einem etwa 500 Personen umfassenden Protest in Hamburg Ende Oktober 2023, eine Demonstration am 3. November 2023 in Essen, die rund 3.000 Teilnehmer zählte. Hauptredner der pro-palästinensischen Demonstration war ein prominenter Aktivist der HuT-nahen Gruppierung Generation Islam (GI). In seiner Rede beschrieb er unter anderem die aktuellen israelischen Angriffe als „Völkermord in seiner reinsten Definition“. Zudem bezeichnete er Israel als faschistisches Regime und warf dem Staat Israel vor, ethnische Säuberungen zu begehen. Israel wolle die Menschen in Gaza töten und sie vertreiben. Die Kundgebung war erkennbar durch die Ideologie der HuT geprägt. Auf den während der Demonstration gezeigten Plakaten und den verwendeten Parolen wurde offen das Kalifat gefordert. Die Veranstaltung hatte damit eine deutliche islamistische Prägung. GI war in Nordrhein-Westfalen bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht offen in Erscheinung getreten. In Nordrhein-Westfalen gibt es auch keine festen Organisationsstrukturen. Allerdings erreicht die Gruppierung mit ihren Auftritten in den sozialen Medien ein Publikum im mittleren fünfstelligen Bereich. Die HuT agierte in Nordrhein-Westfalen bisher sehr konspirativ und war weniger offensiv als in Hamburg oder Berlin. Die Demonstration in Essen zeigt allerdings, dass auch hier ein entsprechendes Mobilisierungspotenzial vorhanden ist. Ihre Online-Propaganda wirkt offensichtlich auch auf die hiesige Szene und entfaltet zunehmend Wirkung. Die Demonstration stellt somit eine neue Qualität islamistischer Aktivitäten dar.

In ihren Internetpublikationen äußert sich GI in teils drastischen Worten zum aktuellen Konflikt und greift diesen immer wieder auf. GI rief zudem am 5. November 2023 zu einem sogenannten „Twitterstorm“ auf X (vormals Twitter) um 19 Uhr unter dem Hashtag #StaatsräsonTötet auf. Hinsichtlich des Erfolges des „Twitterstorms“ ist zu beobachten, dass das Hashtag #StaatsräsonTötet in den deutschsprachigen Interaktionen zum aktuellen Konflikt auf X zeitweise einer der meistgenutzten Hashtags war. Unter diesem Hashtag wurden auf X innerhalb kurzer Zeit 142.000 Posts abgesetzt. Die Verteilung von Flyern ist ein weiteres Instrument der HuT, um Personen zu mobilisieren. Thematisiert wird der Nahostkonflikt dergestalt, dass die Aussage in Frage gestellt wird, wonach die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson sei. Diese Flyer wurden bundesweit verteilt, darunter auch in mehreren Städten in Nordrhein-Westfalen. Die HuT nutzt dabei geschickt umstrittene Thesen und provokante Aussagen, um jenseits ihrer Kernklientel ihre Botschaften zu platzieren.

In der Gesamtbetrachtung ist deutlich erkennbar, dass die HuT die Eskalation des Nahostkonflikts instrumentalisieren will, um durch das Engagement für die palästinensische Sache für ihre panislamischen und islamistischen Ideen zu werben und damit auch Zielgruppen zu adressieren, die unter anderen Umständen nicht für ihre Propaganda empfänglich wären.

## Furkan-Gemeinschaft

Die vor allem im Raum Dortmund aktive Furkan-Gemeinschaft agiert beinahe sektenartig und ist sehr stark politisiert. Sie gehört zu den wenigen islamistischen Organisationen, die eigenständig Demonstrationen zum Nahostkonflikt ausrichteten. Die Furkan-Gemeinschaft hat in den sozialen Medien schnell auf die terroristischen Angriffe der HAMAS auf den Staat Israel reagiert. Dort wird das übliche Opfernarrativ bedient; die Angriffe werden als Akt der Selbstverteidigung dargestellt. Aktuelle Berichterstattungen über die HAMAS werden in Form einer Schuldumkehr als unwahr dargestellt. Zur einer pro-palästinensischen Demonstrationen in Dortmund konnte die Furkan-Gemeinschaft im November 2023 deutlich mehr Personen (350) als ihre in ganz Nordrhein-Westfalen nur 70 Personen umfassende Anhängerschaft mobilisieren.

## Prävention und Aussteigerprogramm

### Kernbotschaften

- » Wesentliche Elemente der Prävention sind Ganzheitlichkeit und Nachhaltigkeit. Um eine breite Vernetzung aller notwendigen Partner umzusetzen, ist die Prävention ressortübergreifend und langfristig angelegt.
- » Ein intensives und breit angelegtes Konzept zur Sensibilisierung durch Verfassungsschutz, Polizei und ihre Partner gewährleistet eine umfangreiche Information der Öffentlichkeit und der einschlägigen Multiplikatoren hinsichtlich des Islamismus, seiner Erscheinungsformen und der Präventionsprogramme.
- » Das Präventionsprogramm Wegweiser offeriert jeweils durch einen Träger vor Ort mit einem multiprofessionellen Team eine niedrigschwellige und unabhängige Beratung von gefährdeten oder mit dem islamistischen Spektrum sympathisierenden Jugendlichen und ihrem Umfeld, die seit November 2023 auch online per Chat angeboten wird.
- » Das Aussteigerprogramm Islamismus (API) begleitet durch ein multiprofessionelles Team von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes ausstiegswillige Extremistinnen und Extremisten bei ihrem Ausstieg aus dem islamistischen Spektrum.
- » Das Demokratieverständnis Jugendlicher und junger Erwachsener soll durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit gefördert und eine Auseinandersetzung mit dem Thema angeregt werden. Auftritte auf Messen und Veranstaltungen sowie eine zielgruppenorientierte Ansprache, unter anderem durch den Einsatz moderner medialer Mittel, Techniken und Netzwerke werden zur Umsetzung dieser Ziele eingesetzt.
- » Die Kreispolizeibehörden setzen Kontaktbeamte für interkulturelle und religiöse Angelegenheiten (KIA) ein. Diese bauen gute und auf gegenseitigem Vertrauen basierende Kontakte zu Bevölkerungsteilen mit Migrationshintergrund auf.

## Primärprävention durch den Verfassungsschutz

Durch Vorträge und Fortbildungen sensibilisiert der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz landesweit für Gefahren des Extremismus, er informiert über Strategien, Erscheinungsformen und Ideologien extremistischer Spektren. Diese Aufklärungsarbeit zählt in Nordrhein-Westfalen zum gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes. Veranstalter ist der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen in der Regel nicht selbst, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligen sich vielmehr auf Einladung durch staatliche und zivilgesellschaftliche Bildungsträger. Langjährig bewährt haben sich Kooperationsveranstaltungen mit der Landeszentrale für politische Bildung. Ein wesentlicher Teil der Aufklärungsarbeit findet im Bildungsbereich statt, etwa im Rahmen der Sensibilisierung von angehenden Lehrern.

Die große Nachfrage nach Vorträgen durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes zum Thema Islamismus ist ein Beleg für den hohen Informationsbedarf der Öffentlichkeit sowie staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen und Organisationen. Er zeigt auch die große fachliche Expertise, die dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen in der öffentlichen Wahrnehmung hier zugewiesen wird. Anfragen kamen unter anderem aus den Justizvollzugsanstalten, politischen Gremien, Behörden, Beratungsstellen, Stiftungen und insbesondere Schulen, wo der größte Bedarf an Information und Sensibilisierung deutlich wird. Mit der Aufklärung dieser breitgefächerten Zielgruppen wird dem gesamtgesellschaftlichen Ansatz der Präventionsarbeit Rechnung getragen.

Darüber hinaus informiert der Verfassungsschutz generell über extremistische Bestrebungen sowie Beratungs- und Ausstiegsansätze seiner Programme in Veröffentlichungen, wie dem jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht, in Broschüren, Fachartikeln und Flyern. Interessierte können sich daneben auf der Webseite und in Bezug auf die Aussteigerprogramme in den sozialen Netzwerken informieren.

Da Jugendliche eine Hauptzielgruppe von Extremisten sind, nutzt der Verfassungsschutz unter anderem Veranstaltungen wie die Gamescom in Köln oder den Tag der Medienkompetenz im nordrhein-westfälischen Landtag, um gerade junge Menschen mit seinen Angeboten zu erreichen.

Weitere Projekte sind „Prisma“, bei dem Aussteiger aus den unterschiedlichen Phänomenbereichen ihre Erfahrungen schildern, sowie die Video- und Social-Media-Kampagne „Jihadi fool“, die humorvoll über islamistische Internetpropaganda aufklärt.

## Sekundäre Prävention – Wegweiser

Das Präventionsprogramm „Wegweiser – Stark ohne islamistischen Extremismus“ wurde im Jahr 2014 in Nordrhein-Westfalen initiiert. Es richtet sich an Personen, die bereits mit dem islamistischen Spektrum sympathisieren oder sich diesem annähern sowie an deren soziales Umfeld. Es verfolgt das Ziel, insbesondere bei jungen Menschen einen Radikalisierungsprozess bereits in seinen Anfängen zu verhindern. Neben Beratungsangeboten für das soziale Umfeld bezieht die Arbeit von Wegweiser vorrangig auf die betroffenen Personen selbst. Mit Hilfe eines umfassenden Angebots können ihnen Perspektiven für ihre Zukunft und Wege außerhalb der „Radikalisierungsfälle“ eröffnet werden.

Das Programm ist mit landesweit 24 Standorten dezentral und niedrigschwellig organisiert und wird vollumfänglich vom Ministerium des Innern finanziert. Unabhängige zivilgesellschaftliche oder kommunale Träger vor Ort richten zur Durchführung des Programms jeweils eine Beratungsstelle ein und stellen für die persönliche Beratungsarbeit geschultes Personal ein.

Das Angebot der Wegweiser-Beratungsstellen wurde im November 2023 um eine Online-Komponente erweitert. Die neu gestaltete Webseite bietet über eine informative Internetseite einen niedrigschwelligen Zugang zu den Wegweiser-Angeboten und will vor allem junge Menschen ansprechen, die sich mit ihren Fragen und Sorgen über eine Chatfunktion direkt an die Wegweiser-Beratungskräfte wenden können. Die Beratung ist anonym, vertraulich und kostenlos. Sukzessive wurden die Wegweiser-Standorte durch zusätzliche Online-Berater ergänzt und die Beratungskräfte für die Anforderungen der Online-Beratung speziell geschult.

Aufgrund der vielfältigen möglichen Auslöser für eine Radikalisierung ist Wegweiser entsprechend breit aufgestellt. Die Trägerorganisation und die Beratungskräfte können jeweils auf ein großes örtliches Netzwerk verschiedenster Akteure und Einrichtungen zurückgreifen. Dazu gehören insbesondere Schulen, Vereine, Sozialverbände, kommunale Ämter, Jobcenter, Polizei und lokale Moscheegemeinden. Die Beratungskräfte der Wegweiser-Standorte sind zusätzlich auch für Personen und Institutionen ansprechbar, die allgemeine Informationen über den Islamismus benötigen. Sie halten Vorträge, bieten Fortbildungen an oder stellen Informationsmaterialien zur Verfügung.

Das Beratungsangebot von Wegweiser wird intensiv nachgefragt und stößt auf sehr positive Resonanz. Seit dem Start des Programms im Jahr 2014 bis zum Dezember 2023 haben über 1.500 direkt Betroffene das Angebot von Wegweiser angenommen. Darüber hinaus sind fast 39.000 Anfragen zu Informationsmaterial und Gespräche, zum Beispiel mit dem sozialen Umfeld von Betroffenen, zu verzeichnen. Über 8.200 Sensibilisierungsveranstaltungen, wie Vorträge oder Workshops für Schüler, fanden statt.

In den Jahren 2021 und 2022 wurde Wegweiser von einem externen Institut wissenschaftlich evaluiert. Die in dem Evaluationsbericht ausgesprochenen Handlungsempfehlungen werden seit Beginn 2023 gemeinsam mit den Beratungsstellen umgesetzt.

## Tertiäre Prävention – Aussteigerprogramm

Im Bereich der tertiären Prävention betreibt der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2014 ein Aussteigerprogramm Islamismus (API). Aussteigerprogramme sind ein Kernelement der Extremismusprävention. Sie ermöglichen Angehörigen extremistischer Spektren eine Rückkehr in die Gesellschaft.

Das API ist stellvertretend für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz in allen wesentlichen Arbeitsbereichen der AG Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums (GTAZ) vertreten, die unter der Geschäftsführung und Beteiligung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine zentrale, behördliche Austauschplattform im Gesamtkontext islamistischer Radikalisierung bietet.

Das API richtet sich an stark radikalisierte und in das islamistische Spektrum fest eingebundene Personen, die sich aus der Szene lösen wollen. Dazu gehören Personen mit tendenziell hoher Sicherheitsrelevanz – beispielsweise Personen, die wegen terroristischer Straftaten eine Haftstrafe verbüßen beziehungsweise verbüßt haben oder die aus Jihadgebieten zurückgekehrt sind. Das API bietet Ausstiegswilligen professionelle Unterstützung beim Ausstieg aus der islamistischen Szene sowie bei der Wiedereingliederung in die demokratische Gesellschaft. Damit wird das Ziel verfolgt, weitere einschlägige Straftaten zu verhindern und das extremistische Personenpotenzial zu reduzieren.

Voraussetzungen für eine Teilnahme am Programm sind Freiwilligkeit, grundsätzliche Gesprächsbereitschaft und die Bereitschaft, extremistische Denkmuster zu hinterfragen. Die beiden Kernelemente der Ausstiegsarbeit sind die systematische Aufarbeitung der extremistischen Vergangenheit und Ideologie sowie die Unterstützung bei der psychosozialen Stabilisierung der ausstiegswilligen Personen. In persönlichen Gesprächen werden Einstiegsprozesse beleuchtet und undemokratische Denkmuster hinterfragt. Ein Ausstieg ist ein langwieriger Prozess, bei dem immer wieder Rückschläge auftreten können. Die Ausstiegsbegleitung kann dabei lediglich andere Wege aufzeigen, die Veränderung des Verhaltens und der Einstellung verbleibt in der Verantwortlichkeit der am API Teilnehmenden selbst.

Ausstiegswillige Personen sehen sich regelmäßig mit multiplen Problemlagen konfrontiert. Arbeitslosigkeit, finanzielle Schwierigkeiten, Drogen- und Alkoholabhängigkeiten oder die Herausforderung, den Alltag plötzlich ohne die „einfachen“ und strukturgebenden Antworten der islamistischen Ideologie

bewältigen zu müssen, können eine beginnende Distanzierung von der Szene unterbrechen. Aus diesem Grund bietet das API neben der Aufarbeitung der Ideologie auch zur psychosozialen Unterstützung zahlreiche Hilfsangebote zur Bewältigung alltäglicher Herausforderungen an, wie zum Beispiel Unterstützung bei Behördengängen, bei der Eingliederung in Qualifizierungsmaßnahmen, bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche sowie bei der Schuldner- und Drogenberatung

Das API greift auf ein weitreichendes Netzwerk aus (Sicherheits-)Behörden (unter anderem Polizei und Justiz), relevanten Präventionsakteuren und Hilfesystemen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zurück.

Der Ausstieg wird durch ein multiprofessionelles Team von Mitarbeitern begleitet. Durch die Anbindung beim Verfassungsschutz steht ihnen besonderes, an der aktuellen Lage orientiertes Fachwissen zum extremistischen Spektrum zur Verfügung. Dies schafft eine Grundlage für passgenaue Methoden der Deradikalisierung und der psychosozialen Stabilisierung.

### Fallzahlen des API

20 Fälle sind nach Überprüfung durch das API in andere Hilfesysteme überführt worden. 46 Fälle wurden erfolgreich abgeschlossen. Hierbei ist zu beachten, dass Ausstiegsprozesse langwierig sind und in der Regel drei bis fünf Jahre dauern, bis ein Fall erfolgreich abgeschlossen werden kann. In 25 Fällen hat das API eine Begleitung abgebrochen. In 27 weiteren Fällen wurde seitens am API-Teilnehmender die Zusammenarbeit abgebrochen. Gründe für einen Abbruch der Zusammenarbeit können zum Beispiel andere Schwerpunkte beim Hilfebedarf der Teilnehmenden sein. In 41 Fällen war bereits im Recherchestadium ersichtlich, dass bei der jeweiligen Person keine Gesprächsbereitschaft besteht. 51 Personen haben bei einer aktiven Ansprache eine Begleitung durch das API abgelehnt.

Das API hat die fachliche Expertise im Team weiter ausgebaut und seine Arbeit auch im länderübergreifenden Austausch erfolgreich fortgesetzt. Im Jahr 2022 wurde das API wissenschaftlich evaluiert. Die Ergebnisse werden bereits seit 2023 umgesetzt.

## Polizeiliche Präventionsmaßnahmen

### Allgemeine Präventionsmaßnahmen

Der Runderlass „Polizeiliche Kriminalprävention“ des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen (IM NRW) vom 9. September 2019 setzt Standards im Aufgabenfeld der Prävention von politisch motivierter Kriminalität und damit auch zur Prävention von Islamismus. Polizeiliche Maßnahmen zur Prävention von Politisch motivierter Kriminalität zielen auf deren Verhinderung beziehungsweise Reduzierung ab. Sie sind darauf ausgerichtet, potenzielle Täter von der Begehung von Straftaten abzuhalten und tragen dazu bei, dass Bezugspersonen von potenziellen Tätern Radikalisierungsverläufe erkennen und folgerichtig handeln.

Im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) werden die für die Kriminalprävention relevanten Informationen über die Erscheinungsformen und Entwicklungen der Kriminalität, Projekte der Kriminalprävention, Ergebnisse wissenschaftlicher Grundlagenarbeit, Erfahrungen der Praxis sowie sonstige präventionsrelevanten Erkenntnisse zusammengeführt und den Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen (KPB NRW) aufbereitet zur Verfügung gestellt. Unter anderem stellt das LKA NRW den KPB NRW Mustervorträge zu verschiedenen Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität zur Verfügung. Darüber hinaus beteiligt es sich auf Länder- und Bundesebene an Gremien-, Grundlagen- und Netzwerkarbeit der Prävention.

### Radicalisation Awareness Network (RAN)

Ein weiterer Netzwerkpartner des LKA NRW bei der Präventionsarbeit Politisch motivierter Kriminalität ist das RAN. Das RAN ist ein Netzwerk für Praktikerrinnen und Praktiker der Präventionsarbeit aus der gesamten Europäischen Union, das 2011 durch die EU-Kommission ins Leben gerufen wurde und durch diese finanziert wird. Ziele sind die Vernetzung und der Austausch zwischen Fachleuten aus verschiedenen Bereichen der Präventionspraxis und aus verschiedenen Staaten zur Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus. Dies geschieht unabhängig vom Bereich des Extremismus und umfasst beispielsweise Rechtsextremismus genauso wie Islamismus oder Strukturen linker Militanz. So sollen Ansätze und Konzepte weitergetragen und verbessert werden. Das RAN publiziert die Ergebnisse und informiert darüber hinaus über Neuigkeiten aus Forschung und Politik rund um die Themen Radikalisierung, Extremismus, Terrorismus und Prävention. So will das Netzwerk auch über den Kreis der Beteiligten hinaus Fachleuten helfen, Praxiserkenntnisse aus verschiedenen europäischen Ländern zu nutzen und die eigene Arbeit zu verbessern.

## Weitere Projekte

### Projekt Kommunen gegen Extremismus

Ein weiteres, inzwischen bewährtes Instrument der Extremismusprävention ist das 2014 im Kreis Mettmann durch den Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem polizeilichen Staatsschutz initiierte Projekt „Kommunen gegen Extremismus“. Die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Kommunen beruht im Wesentlichen auf einem Informationsaustausch in beide Richtungen und soll jedweden Extremismus bereits im Vorfeld der Entstehung entgegenwirken. Verfassungsschutz und Staatsschutz stehen den Kommunen hierzu dauerhaft unterstützend zur Verfügung. Neben dem Austausch bietet das Projekt zudem Sensibilisierungs- und Aufklärungsveranstaltungen an. Bis heute wurde das Projekt auf acht Landkreise und drei kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen erweitert. Auch für die Zukunft sind weitere Ausdehnungen beabsichtigt. Seit 2014 gab es um die 390 Fragen und Hinweise aus den Kommunen. Teilnehmende Kreise und kreisfreie Städte sind bisher: Kreis Mettmann, Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, die Kreise Paderborn, Viersen, Herford und Düren sowie Remscheid, Mönchengladbach und Köln.

### IMAG

2016 wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) Salafismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe eingerichtet, die ressortübergreifend – unter Einbeziehung von Wissenschaft sowie Experten aus Zivilgesellschaft und Praxis – innerhalb eines Jahres ein ganzheitliches Handlungskonzept zur Bekämpfung des gewaltbereiten, verfassungsfeindlichen Salafismus und zur Salafismusprävention erarbeitet hat. Im Mai 2022 wurde ein interdisziplinär besetzter wissenschaftlicher Beirat gegründet, der die Arbeit der IMAG flankiert und in strategischen Fragestellungen berät.

Die IMAG ist darauf ausgerichtet, den Gefahren des gewaltbereiten, verfassungsfeindlichen Salafismus mit dem Fokus auf Deradikalisierung einzelner und der Sensibilisierung der Gesamtgesellschaft nachhaltig zu begegnen. Sie hat ihre Tätigkeit jedoch inzwischen auf den gesamten Bereich des Islamismus ausgeweitet. Der Name der Interministeriellen Arbeitsgruppe wurde 2023 entsprechend angepasst, so dass sich diese nun IMAG Islamismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe nennt.

Die Präventionsstrategien aus dem Handlungskonzept setzen in der frühen Kindheit an und berücksichtigen insbesondere Sozialräume sowie die verschiedenen Einflüsse, mit denen von Radikalisierung gefährdete Personen auf ihrem Lebensweg konfrontiert werden. In diesem Zusammenhang wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention durchgeführt. Beispiele dafür sind die flächendeckende Struktur der Wegweiser-Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen, eine Vielzahl an Projekten zu Demokratiebildung, Empowerment und Wertevermittlung sowie die Einrichtung eines themenbezogenen Internetportals der Landesregierung.



## Rückkehrkoordinierender (RKK)

In Nordrhein-Westfalen und in weiteren teilnehmenden Bundesländern dient der RKK als Bindeglied zwischen Sicherheitsbehörden, Regelstrukturen der Länder und Kommunen sowie zum Bund und zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, um den Umgang mit Rückkehrern aus Jihad-Gebieten zentral zu koordinieren. Dadurch wird gewährleistet, dass sämtliche Erkenntnisse zu Rückkehrverhalten bei einer zentral eingerichteten Stelle zusammenlaufen und von dort kanalisiert werden. Das Ziel dieses multidisziplinären und ganzheitlichen Ansatzes besteht darin, über eine Deradikalisierung die Reintegration der Rückkehrenden zu erreichen.

## Verbindungsbeamter zum Justizvollzug

Der VB ist seit 2019 organisatorisch im für Prävention und Aussteigerprogramme zuständigen Referat im Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen angesiedelt. Auf der einen Seite ist er Ansprechpartner der Justizvollzugsanstalten zu allen Angelegenheiten, die den Verfassungsschutz betreffen, auf der anderen Seite ist er in der Sicherheitsbehörde selbst zu allen Themen rund um den Justizvollzug ansprechbar. Der VB bündelt somit den phänomenübergreifenden Informationsaustausch in beide Richtungen.

## Fachstelle Islamismusprävention

Die Fachstelle Islamismusprävention (FIP) begleitet die Islamismusprävention im Referat 614 „Prävention, Aussteigerprogramme“ des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie wirkt durch Aufklärung und Qualifizierung am Erfolg der Prävention mit und begleitet fachliche und wissenschaftliche Inhalte auf allen Präventionsebenen in der Islamismusprävention. Außerdem führt die FIP Sensibilisierungsmaßnahmen durch und dient als Schnittstelle zu wissenschaftlichen Instituten und Netzwerken.

## CoRE-NRW – Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia

Das wissenschaftliche Netzwerk Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia, kurz CoRE NRW, erforscht Bedingungen und Formen extremistischer Radikalisierung in unterschiedlichen Phänomenbereichen sowie entsprechende Präventionsmaßnahmen. Es wurde 2016 begründet und hat zum Ziel, den Austausch zwischen Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zu stärken. Das Bonn International Center for Conversion (BICC) ist seit 2019 die Koordinierungsstelle des Netzwerkes. Seitens der Sicherheitsbehörden bringen sich das LKA NRW und der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz mit ihren Erkenntnissen im Wissenschaftsnetzwerk CoRE NRW aktiv ein und können zugleich ihre Arbeit durch aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse ergänzen. Durch den gemeinsamen Austausch wird Wissen aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft gebündelt und fließt wiederum in Forschung und Praxis ein.

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, das für CoRE NRW federführend ist, förderte bisher 13 Projekte, von denen zurzeit noch fünf laufen.

## Internationale Zusammenarbeit

Im Bereich der Islamismusprävention steht der Verfassungsschutz auch mit zahlreichen internationalen Partnern in einem gewinnbringenden fachlichen Austausch. Kontakte bestehen zum Beispiel zu Großbritannien und dem Präventionsprogramm PREVENT, zum CVE-Programm (Countering Violent Extremism) der USA sowie zu Flandern und der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien.

## Trends und Prognosen

- » Der Jihadismus befindet sich nach dem Niedergang des quasistaatlichen Gefüges des sogenannten IS in Syrien und im Irak und dem damit einhergehenden Reputationsverlust in einer Findungs- und Orientierungsphase, stellt aber immer noch eine ernstzunehmende globale Bedrohung dar.
- » Der militärische Sieg über den sogenannten IS war mit einem deutlichen und nachhaltigen Rückgang dieser Gefahr verbunden. Gegenwärtig verfügt keine jihadistische Gruppierung über jene Fähigkeiten, die dem militärischen Potenzial und den logistischen Möglichkeiten des sogenannten IS in seiner Hochphase entsprechen. Insbesondere besteht derzeit kein attraktives Ausreiseziel für Jihad-Willige, das jihadistisch motivierten Personen die Realisierung ihrer Gewaltfantasien und die Ausbildung an Waffen ermöglichen würde.
- » Die Gefahr von komplexen Anschlägen durch Hit-Teams scheint derzeit vor allem vom ISPK auszugehen. Die Fähigkeiten anderer transnationaler jihadistischer Gruppierungen sind eher begrenzt, aber von der weiteren globalen Entwicklung abhängig. Regionale Krisen und der Zerfall staatlicher Ordnungsstrukturen (failed states), könnten dazu führen, dass sich diese Situation relativ kurzfristig ändert und jihadistische Gruppierungen ein Machtvakuum nutzen, um ein eigenständiges Herrschaftsgebiet und damit eine Ausgangsbasis für eine neue globalterroristische Struktur zu etablieren. Eine derartige Entwicklung könnte sich perspektivisch in Subsahara-Afrika einstellen.
- » Die Ideologie des gewaltbereiten Islamismus hat zwar an Strahlkraft eingebüßt, besitzt für einige aber immer noch eine hohe Attraktivität und stellt damit auch in Zukunft eine große Herausforderung für die innere Sicherheit dar. Sie dient weiterhin als Inspirationsquelle, die das Potenzial besitzt, weltweit zu niedrigschwelligen terroristischen Angriffen zu verführen. Insbesondere konspirative Kleingruppen oder Einzelpersonen, die sich durch Online-Inhalte radikalieren, aber über kaum realweltliche Anbindung an Terrorgruppen verfügen, sind für die Sicherheitsbehörden schwer zu detektieren und dürften auch in Zukunft das Anschlagsgeschehen dominieren. Damit besteht weiterhin eine hohe abstrakte Gefahr islamistischer Anschläge in Deutschland.
- » In vielen Fällen werden Anschlagspannungen aus dem jihadistischen Spektrum mangels eigener rechtlicher Befugnisse nur aufgrund der technischen Aufklärung ausländischer Partnerdienste zu verhindern sein. Bisher zeichnet sich hier auch langfristig keine Lösung für diese Fähigkeitslücke deutscher Sicherheitsbehörden ab, sodass die Bundesrepublik in erheblicher Weise von der Kooperationsbereitschaft anderer Staaten abhängig bleiben wird.
- » Neue sicherheitspolitische Herausforderungen und die sich abzeichnende multipolare Weltordnung bergen die Gefahr, dass jihadistische Gruppierungen langfristig nicht wie bisher politisch weitgehend isoliert agieren, sondern unter Umständen zumindest regionale Verbündete finden und den Anschluss an politische Kräfte suchen könnten, die wie sie dem „Westen“ ablehnend gegenüberstehen und dessen Einfluss in der Welt bekämpfen wollen. Konkrete Anzeichen für eine derartige Entwicklung sind gegenwärtig zwar noch nicht erkennbar, dennoch ist dies ein Szenario, das die Sicherheitsbehörden vor dem Hintergrund der sich aktuell verändernden Weltlage im Blick behalten müssen.
- » Der extremistische Salafismus hat aus dem Scheitern des sogenannten IS seine Lehren gezogen und wird wahrscheinlich auch in nächster Zeit weniger konfrontativ auftreten als noch vor einigen Jahren. Während in der Vergangenheit Akteure der Szene teilweise sehr deutlich mit dem Jihadismus sympathisierten, ist dieses Phänomen mittlerweile seltener zu beobachten. Viele Salafisten fokussieren sich wieder stärker auf ihre Kernthemen wie religiöse Bildung und Mission und sehen von provokanten Auftritten in der Öffentlichkeit ab. Sie haben erkannt, dass das aggressive Agieren von Jihadisten lediglich kurzfristig Wirkung zeigt und langfristige missionarische und gesellschaftspolitische Arbeit wesentlich nachhaltiger ist, weshalb sie ihr Verhalten entsprechend angepasst haben.

- » Das Internet bietet Islamisten nach wie vor vielfältige Möglichkeiten zur Vermittlung ihrer Ideologie, zur Vernetzung mit Gleichgesinnten und zur Missionierung. Die meisten Islamisten sind im Hinblick auf das sich wandelnde Kommunikationsverhalten aufgeschlossen und verstehen es geschickt, die allgemeine Resonanz auf spezifische neue Plattformen für ihre Interessen zu nutzen und ihre Präsenz dort auszubauen. Dies geht einher mit dem Trend, dass Inhalte in immer einfacherer Form kommuniziert und teilweise in vereinfachter Form vermittelt werden.
- » Eine wachsende gesellschaftliche Herausforderung stellen „identitäre Islamisten“ dar, wie sie insbesondere im Umfeld von Gruppierungen zu beobachten sind, die der Hizb ut-Tahrir nahe stehen. Sie verstehen es geschickt, kontroverse gesellschaftliche Debatten aufzugreifen und sich als vermeintliche Vertreter muslimischer Interessen zu gerieren. Dieser Teil des extremistischen Spektrums fällt vorwiegend durch seine massive Präsenz im Internet auf, während realweltliche Aktivitäten nur sporadisch an die Öffentlichkeit gelangen. Die Demonstration in Essen am 3. November 2023 hat gezeigt, dass die langjährige Internetpropaganda auf diversen Kanälen ihre Wirkung entfalten konnte und die HuT mittlerweile dazu in der Lage ist, regional eine größere Zahl an Unterstützern zu mobilisieren. Das offene Eintreten für ihre extremistischen Ziele wird sich voraussichtlich auch in Zukunft fortsetzen, wobei sich abzeichnet, dass man von der bisher zu beobachtenden Zurückhaltung bei Veranstaltungen in der Öffentlichkeit abrückt und das islamistische Gedankengut verstärkt auch auf offener Straße artikuliert. Damit ist zumindest hier eine konträre Entwicklung zum Bereich des extremistischen Salafismus zu erkennen.
- » Für die Zukunft dürften vor allem jene islamistischen Akteure an Relevanz gewinnen, die sich nicht in „ethnische Enklaven“ zurückziehen, sondern die auf eine „Integration des Islamismus“ setzen. Konkret bedeutet dies, dass ideologische Botschaften vermehrt in deutscher Sprache kommuniziert werden und sich die Inhalte nicht an Themenfeldern der Herkunftsländer orientieren, sondern auf die Lebenswirklichkeit einer in Deutschland sozialisierten Schicht zugeschnitten ist. Ein daraus resultierender Anpassungsdruck lässt sich bereits im Falle vieler islamistischer Akteure feststellen, die bisher in unterschiedlicher Intensität auf diese Entwicklung reagieren. Die gegenwärtige Institutionalisierung des Islam in Deutschland ist eine besonders volatile Phase, in der vorrangig Akteure aus dem legalistischen Islamismus bemüht sein werden, Einfluss zu nehmen und sich entsprechend in Position zu bringen. Aufgabe der Sicherheitsbehörden wird es sein, entsprechende Entwicklungen frühzeitig zu detektieren und in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen.
- » In der jüngeren Vergangenheit sah sich die gesamte islamistische Szene einem steigenden Druck der Sicherheitsbehörden ausgesetzt, der auf vielerlei Maßnahmen zurückzuführen ist, insbesondere aber anhand der jüngeren vereinsrechtlichen Verbote gegen die Hizb Allah, die HAMAS und salafistische Strukturen greifbar wird. Diese hatten nachweislich eine starke Signalwirkung in die Szene und dürften mit dafür verantwortlich sein, dass sich islamistische Organisationen im Bundesgebiet nach dem terroristischen Angriff der HAMAS auf Israel überwiegend zurückhielten und eine öffentliche Positionierung weitgehend vermieden. Sie tragen dazu bei, dass die Aktivitäten der betroffenen Szenen nicht auf dem gleichen organisatorischen Niveau fortgeführt werden können und sowohl ihr Handlungsspielraum als auch die propagandistische Reichweite erheblich limitiert sind. Gegenwärtig ist erkennbar, dass die Szene darauf mit einem erhöhten Maß an Konspirativität reagiert, aber immer noch um Antworten auf diese Entwicklung ringt.

## Zeitleiste - Relevante Ereignisse im Islamismus mit Nordrhein-Westfalen-Bezug ab 2020

- » April 2020: Betätigungsverbot für die schiitisch-islamistische Hizb Allah durch das Bundesministerium des Innern. Bundesweit werden vier Moscheen durchsucht, darunter auch Vereine in Münster und Dortmund.
- » Mai 2021: Verbot des bundesweit tätigen salafistischen Hilfsvereins „Ansaar International“ einschließlich seiner Teilorganisationen durch das Bundesministerium des Innern, da er Hilfsgelder zur Unterstützung terroristischer Organisationen zweckentfremdet hatte.
- » September 2021: Verhaftung eines minderjährigen Syrers, der einen Anschlag auf die Synagoge in Hagen plante, aber noch keine ernsthaften Schritte unternommen hatte.
- » März 2022: Verbot des „Islamischen Kulturvereins Nuralislam“ in Dortmund durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen.
- » März 2022: Verbot des Hizb Allah-nahen Moscheevereins Fatime Versammlung e.V. in Münster, der das „Imam Mahdi Zentrum“ in Münster betrieb, durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen. Zeitgleich wird ein weiterer Hizb Allah-naher Verein in Bremen durch die dortige Innenbehörde verboten.
- » Januar 2023: Mit der Verhaftung eines Iraners, der von Castrop-Rauxel aus einen Anschlag mit Giftstoffen für die zurückliegende Silvesternacht geplant hatte, konnte das Ziel, möglichst viele Menschen mit Rizin oder Cyanid zu töten, vereitelt werden.
- » Im April 2023 tötete ein jihadistisch motivierter Syrer, der sich zum IS bekannte, zunächst einen 35-jährigen in der Duisburger Altstadt und verletzte im April in einem Duisburger Fitnessstudio vier Menschen mit einer Stichwaffe schwer.
- » Juni 2023: In Nordrhein-Westfalen werden sieben mutmaßliche Mitglieder einer jihadistischen Terrorzelle festgenommen, die aus Zentralasien stammen und möglicherweise im Kontakt zum afghanischen IS-Ableger Islamischer Staat Provinz Khorasan (ISPK) standen.
- » Oktober 2023: Ein 29-Jähriger Jihadist, der sich laut Staatsanwaltschaft bereit erklärt haben könnte, ein Verbrechen zu begehen, wurde in Duisburg festgenommen. Er war bereits 2017 zu fünf Jahren Jugendstrafe wegen Mitgliedschaft in der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ verurteilt worden und hatte die Haft vollständig verbüßt.
- » November 2023: Islamistische Demonstration zum Nahostkonflikt in Essen mit 3.000 Teilnehmern, die u.a. durch Anhänger der verbotenen Hizb ut-Tahrir organisiert wurde.
- » November 2023: Vereinsrechtliche Durchsuchungen durch das Bundesministerium des Innern gegen das IZH und von diesem beeinflusste Strukturen. Der Einfluss des IZH war auch in Nordrhein-Westfalen wahrnehmbar. Hier wurde ein Objekt durchsucht.
- » November 2023: Im Nachgang zum Betätigungsverbot gegen die HAMAS werden auch zwei Objekte in Nordrhein-Westfalen durchsucht.
- » November 2023: Festnahme von zwei jihadistisch motivierten Jugendlichen im Alter von 15 und 16 Jahren, die einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Leverkusen geplant haben sollen.
- » Dezember 2023: Nach Hinweisen von Nachrichtendiensten konnten mehrere Verdächtige festgenommen werden, die mutmaßlich im Auftrag des Islamischen Staats Provinz Khorasan (ISPK) Anschläge an Weihnachten und/oder Silvester, unter anderem in Köln, durchzuführen beabsichtigten.





## **Impressum**

Herausgeber

Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Friedrichstraße 62-80  
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01  
Telefax: 0211/871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821  
Telefax: 0211/871-2980

kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de  
www.im.nrw.de/verfassungsschutz

Stand: Januar 2024

Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstraße 62-80  
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 871 01  
Telefax: 0211 871 3355

[poststelle@im.nrw.de](mailto:poststelle@im.nrw.de)  
[www.im.nrw](http://www.im.nrw)

